



## Planspiel WTO

Welthandel im Wandel?

# Impressum

Herausgegeben von der  
Landeszentrale für politische Bildung  
Baden-Württemberg  
Lautenschlagerstraße 20  
70173 Stuttgart

Tel.: +49 711 16 40 99 0  
E-Mail: [lpb@lpb-bw.de](mailto:lpb@lpb-bw.de)  
Internet: [www.lpb-bw.de](http://www.lpb-bw.de)

Konzeption  
Thomas Waldvogel nach einer Idee von Verena Scheuble und Anita Firner

Redaktion  
Thomas Waldvogel

Autorinnen und Autoren  
Dr. Angela Geck und Thomas Waldvogel

Mit- und Weiterentwicklung  
Freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LpB; Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler der Politischen Tage; Steuerungsgruppe Planspiele LpB.

Druck  
WIRmachenDruck GmbH, Backnang

Bildnachweis  
Titelfoto: [picture-alliance/dpa](http://picture-alliance.com)

Redaktionsschluss Oktober 2018

ISBN 978-3-945414-50-7

# Inhaltsverzeichnis

Impressum .....	2
Planspielend lernen!.....	4
Didaktisch-methodische Einführung .....	8
Thematisch-inhaltliche Einführung zur WTO .....	11
Spielablauf und Ablaufmatrix .....	17
Tipps und Tricks.....	20
M.1 – Szenario – Die WTO in der Krise? .....	22
M.2 – WTO-Geschäftsordnung.....	24
M.3 - Arbeitsblatt für die Vorbereitung auf die WTO-Ministerkonferenz .....	25
M.4 - Rollenkarten	
Australien .....	28
Benin.....	30
Brasilien .....	32
Burkina-Faso.....	34
China .....	36
Ecuador .....	38
EU .....	40
Indien .....	44
Kanada .....	46
Kolumbien.....	48
Mali.....	50
Saint Lucia .....	52
Saint Vincent .....	54
Tschad .....	56
USA .....	58
Vorsitz .....	62
M.4 - Antrag.....	65
M.4 - Themendossier: Subventionen für Baumwolle.....	66
M.4 - Themendossier: Verbraucherschutz bei GMO .....	68
M.4 - Themendossier: Zölle auf Bananen.....	70
Lösungsvorschläge .....	72
Reflexionshandreichung .....	74
Inhaltliche Auswertung des WTO-Planspiels: Konfliktlinien transparent machen .....	76
Literatur und Links.....	78

# Planspielend lernen!

## Eine methodisch-didaktische Betrachtung der Planspielmethode

Planspiele sind mittlerweile eine etablierte Methode in der politischen Bildung, wenngleich systematische Betrachtungen eher selten sind (vgl. Oberle/Leunig 2017). Eine systematische Betrachtung setzt eine Einordnung des Planspiels in das Methodenrepertoire der politischen Bildung voraus. Das Planspiel bildet eine Makromethode in der politischen Bildung. Sie ist in ihrer Anwendung methodisch voraussetzungsvoll, weil in ihr eine Vielzahl an Arbeitstechniken und Mikromethoden zum Einsatz kommen. Die Teilnehmenden üben im Planspiel vielfältige Arbeitstechniken ein – neben methodischen Grundfertigkeiten wie dem Sammeln von Informationen oder Erstellen von Protokollen sind auch kommunikative Fähigkeiten wie das Moderieren von Diskussionen gefragt. Mikromethoden (z.B. Textanalyse) setzen die verschiedenen Arbeitstechniken in einen speziellen Funktionszusammenhang, die in ihrer Komposition den Lernzielen des Planspiels dienen. Als Makromethode bildet das Planspiel also das übergeordnete methodische Strukturmuster, während die Mikromethoden und Arbeitstechniken die einzelnen Lern- und Arbeitsschritte innerhalb des makromethodischen Rahmens bestimmen (vgl. Straßner 2013).

Für eine systematische Betrachtung der Planspielmethode scheint neben ihrer Klassifizierung als Makromethode eine terminologische Klärung angezeigt: Das Planspiel lässt sich der übergeordneten Kategorie der Simulation zuordnen. Während für Rollenspiele, die ebenfalls in diese Kategorie eingeordnet werden können, die Identifikation der Spielenden mit einer Rolle prägend ist, stehen in Planspielen diese identifikatorischen Prozesse nicht an vorderster Stelle. Zwar füllen Planspielende in aller Regel auch ein Rolle aus, vielmehr als die gespielte Person sind sie in ihrer Rolle aber Träger von Positionen, Repräsentationen von Konfliktlinien, die sich entlang eines

politischen Problems entfalten (vgl. Massing 2010). Eine erfolgreiche Rollenidentifikation ist demnach auch in Planspielen wichtig, weil erst durch Rollenidentifikation eine authentische Repräsentation von Positionen und Argumenten gelingen kann. Anders als im Rollenspiel ist die Rollenidentifikation aber nur eine notwendige, keinesfalls eine hinreichende Voraussetzung für ein gelingendes Planspiel. Im Entscheidungsspiel, als drittes Element in der simulativen Trias aus Rollen-, Plan- und Entscheidungsspiel, wird der Kern eines Planspiels wie unter einem Brennglas konzentriert. Es unterscheidet sich vom Planspiel neben seiner Kompaktheit vor allem in seiner Fokussierung auf das politische Basiskonzept Entscheidung (Weißeno et al. 2010). (Zeit)Aufwendige Interaktionsphasen finden in Entscheidungsspielen zumeist nicht statt. Die prozesshafte Dimension von Politik (Politics), die in beiden Spielarten im Fokus steht, wird auf Entscheidungsprozesse verkürzt. Planspiele können demgegenüber die Politics-Dimension facettenreicher darstellen und ermöglichen zudem Lernprozesse in der formal-institutionellen (Polity) und inhaltlichen Dimension (Policy) des Politischen.

### Grundcharakteristika von Planspielen

Schon das Kompositum Plan-Spiel verweist auf die zentralen Grundcharakteristika der Methode. Der erste Teil des Wortes spiegelt den simulativen Modellcharakter wider: Die politische Realität wird im Planspiel didaktisch reduziert, um sie den Lernenden leichter zugänglich zu machen. Allerdings wird die Realität nicht verfälschend abgebildet, vielmehr bleibt das Elementare und Fundamentale eines politischen Problems erhalten und wird durch ein repräsentatives Beispiel veranschaulicht.

Der zweite Teil des Wortes weist auf den Spielcharakter der Methode hin: Planspiele ermöglichen Probehandeln im sanktionsfreien Raum, indem die Teilnehmenden „einen durch Regeln begrenzten Spiel-Raum durch eigenes spielerisches Handeln ausfüllen“ (Schirrmeister/Plessner 2014). Eng

damit verbunden ist der Offenheitscharakter von Planspielen, denn Verlauf und Ergebnis unterliegen einer ständigen (Spiel-)Dynamik und können bestenfalls antizipiert, jedoch nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden.

### Politikdidaktische Begründung von Planspielen: Prinzipien, Beutelsbach und Kompetenzen

Die kurze Darstellung der Grundcharakteristika von Planspielen gibt erste Hinweise für eine fachdidaktische Begründung der Planspielmethode in der politischen Bildung. Sie ermöglicht erstens die Umsetzung zentraler didaktischer Prinzipien. In der, aus dem Modellcharakter von Planspielen abgeleiteten, didaktischen Reduktion lässt sich eine klare Fallorientierung der Methode erkennen. Exemplarisches Lernen wird ermöglicht, der Lernweg verläuft induktiv vom repräsentativen Beispiel hin zum Abstrakten bzw. Allgemeinen.

Die zentrale Rolle von politischen Problemstellungen in Planspielen begründet die Problemorientierung der Methode. Die Problemorientierung impliziert im Planspiel auch Aktualität und Zukunftsorientierung als didaktische Prinzipien: Ausgehend von der Problembeschreibung eines aktuellen Ausgangszustandes wird durch die angestrebte Problemlösung ein erwünschter Endzustand prospektiv bearbeitet. Eng verbunden mit der Problemorientierung ist auch das Kontroversitätsprinzip, wie es im Beutelsbacher Konsens niedergeschrieben ist. In Planspielen werden Problemstellungen durch die Teilnehmenden in unterschiedlichen Rollen multiperspektivisch verhandelt. Das Kontroversitätsgebot, wonach alles, was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, auch im Unterricht kontrovers erscheinen soll, ist der Planspielmethode also immanent. So wird zudem einer Indoktrination effektiv vorgebeugt, das Überwältigungsverbot hat in der Planspielmethode also höchste Gültigkeit. Das Planspiel ist eine aktivierende, partizipative Methode in der die Handlungsorientierung politischer Bildung beispielhaft umgesetzt wird. Der Spielcharakter der Methode fördert aktives Probedenken im sanktionsfreien Raum. Auch die im Beutelsbacher Konsens eingeforderte

Schüler(interessen)orientierung kann als didaktisches Prinzip im Planspiel verwirklicht werden: Aus politikdidaktischer Perspektive scheint beispielsweise die Vermittlung der Funktionsweise internationaler Organisationen wie der Welthandelsorganisation (engl.: World Trade Organization; kurz: WTO) schwierig. Zwischen internationalen Organisationen wie der WTO und der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler liegt eine vermeintlich kaum zu überwindende Distanz. Der Einsatz von Planspielen stellt hier eine Erfolg versprechende Methode dar, die Distanz zwischen der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler und den internationalen Organisationen zu verringern, denn sie bietet den Spielenden die Möglichkeit, zumindest ansatzweise (simulative) Primärerfahrungen zu sammeln.

In der Planspielmethode sind aber nicht nur die Umsetzung zentraler didaktischer Prinzipien der politischen Bildung und die Einhaltung der „drei Gebote“ aus dem Beutelsbacher Konsens in besonderer Weise angelegt. Die Methode bietet drittens großes Potenzial für den Kompetenzerwerb in politischen Bildungsprozessen. Der Erwerb von Kompetenzen scheint nicht nur auf Grund der Verankerung in den Bildungsplänen aller Schularten in Baden-Württemberg geboten, sondern vielmehr auch deshalb, weil für das Leitbild des interventionsfähigen Bürgers Kompetenzen eine notwendige Voraussetzung darstellen.

Die Sachkompetenz hat im Planspiel deshalb besondere Relevanz, „weil ein Mangel an Sachwissen im Spiel unmittelbar als Mangel an Handlungswissen erfahren wird“ (Schirrmeister/Plessner 2014).

Planspiele stellen an die Teilnehmenden methodisch einen hohen Anspruch. Um in einen Diskurs mit anderen Spielenden treten zu können, bedarf es unterschiedlicher Techniken. Es gilt die relevanten Informationen herauszufiltern, (rollen)eigene Interessen zu artikulieren und diese dann durchzusetzen. Planspiele sind also methodisch voraussetzungsvoll, können aber bei adäquater Passung in besonderem Maße zur Förderung der Methodenkompetenz beitragen. Eine methodische Überforde-

rung der Teilnehmenden ist durch eine gute Vorbereitung und Betreuung zu vermeiden, weil sie sich als Frusterlebnis direkt negativ auch auf die erlebte Handlungskompetenz niederschlagen kann. Ziel der handelnden Planspielakteure ist die Artikulation und Durchsetzung (rollen)eigener Interessen, Meinungen und Urteile. Diese Ziele versuchen die Teilnehmenden im Rahmen der gesetzten, institutionellen „Spielregeln“ zu realisieren. Hierbei werden eine Vielzahl demokratischer Handlungsweisen eingeübt: Verhandlungen, Koalitionsbildung, Perspektivenübernahme, Kompromissfindung und unterschiedliche Abstimmungsverfahren. Planspiele können in dieser Hinsicht besonders zur Förderung der politischen Handlungskompetenz beitragen. Eng hiermit verbunden ist die Stärkung der politischen Urteilskompetenz der Planspielenden. Neben der Analyse der eigenen Positionen und Argumente müssen diese mit alternativen Sichtweisen verglichen werden. Zudem müssen in verschiedenen Phasen eines Planspiels begründete Entscheidungen getroffen werden, in denen die Sach- und Werturteile der Teilnehmenden unmittelbar zu Tage treten. Diese sollten von den Urteilenden plausibel begründet, gegebenenfalls modifiziert oder revidiert werden können.

### Grundelemente eines Planspiels

So vielfältig und unterschiedlich Planspiele auch sind, so lassen sich doch wiederkehrende Grundelemente benennen.

#### Szenario

Das Szenario hat die Funktion, die Planspiel-Welt zu gestalten. In ihm werden das Setting des Planspiels eingeführt, das politische Problem entfaltet und die grundlegenden Konfliktlinien skizziert. Das Szenario beantwortet die Fragen: Was wird verhandelt? Wer sind die Verhandellenden? Welche grundlegenden Verhandlungspositionen gibt es? Und wo finden die Verhandlungen statt?

#### Rollenkarten

Die Rollenkarten greifen diese Fragen auf, spezifizieren die im Szenario angelegten Informationen auf der Ebene des einzelnen

Akteurs. Die Rollenkarten sind essenziell für die Rollenfindung und geben den Planspielenden rollenspezifische Informationen. In ihnen ist eine detaillierte Rollenbeschreibung enthalten, die rolleneigenen Positionen und Argumentationsmuster werden entfaltet. Die Rollenkarte ermöglicht dem einzelnen Spielenden, seine rollenspezifische Position in der Planspiel-Welt zu bestimmen und ist die Grundlage für die Entwicklung einer rollenadäquaten Spielstrategie. In ihrer Gesamtheit bilden sie wie Mosaiksteine das Gesamtbild des Planspiel-Kosmos.

#### Ablaufplan und „Spielregeln“

Der Ablaufplan macht die chronologische Abfolge des Planspiels transparent. Die einzelnen Spielschritte, Aufgaben und Ziele werden offengelegt, den Teilnehmenden eine zeitliche Orientierung geboten. Der Ablaufplan wird zumeist durch zusätzliche Materialien wie beispielsweise eine Geschäftsordnung o.ä. ergänzt. Neben der zeitlichen Festlegung aus dem Ablaufplan erhalten die Planspielenden so die „Spielregeln“, die den Spielraum begrenzen und Hilfe für die Navigation in der Planspiel-Welt bieten. Ablaufplan und zusätzliche „Spielregeln“ beantworten also die Frage, wie gespielt wird.

#### Zusatzmaterialien

Mit Zusatzmaterialien kann die Planspiel-Welt ausgeschmückt werden. Tisch- und Namensschilder, Vordrucke, Fahnen und Hintergrundinformationen sollten in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden, weil sie den Teilnehmenden die Rollenidentifikation und den Eintritt in die Planspiel-Welt erleichtern. Zusatzmaterialien schaffen die passende Atmosphäre, geben Hilfestellung und können auf diese Weise einen nicht unerheblichen Beitrag zum Gelingen des Planspiels leisten.

#### Die Phasenstruktur von Planspielen

Das Planspiel als didaktisch reflektierte Methode der politischen Bildung lässt sich strukturell in Phasen untergliedern. Wenn gleich auf Grund der großen Vielfalt von Planspielen die Phasenmodelle im Detail

variieren können, lassen sich doch drei grundlegende Phasen festhalten:

### **Einführungsphase (Briefing)**

Ziel der Einführungsphase ist es, den Teilnehmenden einen motivierenden Einstieg in das Planspiel zu geben. Hierbei ist es wichtig, die Relevanz des Planspiels für die Lebenswelt(en) der Spielenden offenzulegen. Die Einführung vollzieht sich dabei auf unterschiedlichen Ebenen: neben der thematisch-inhaltlichen Einführung ist je nach Komplexität des Planspiels auch eine institutionelle, zwingend jedoch eine methodische Einführung angezeigt. Um im weiteren Verlauf einen störungsfreien Spielfluss zu erreichen, sollten in dieser Phase auch die organisatorischen Rahmensetzungen vermittelt werden: Szenario, Spielregeln und die Rollenverteilung sollten detailliert besprochen werden. Darüber hinaus sollte den Teilnehmenden in dieser Phase ausreichend Zeit für die Einarbeitung in die eigene Rolle, die rollenspezifischen Positionen und Argumentationsmuster sowie die Möglichkeit zur Rollenidentifikation gegeben werden.

### **Simulationsphase**

Die Simulationsphase bildet die eigentliche Spielphase des Planspiels. Hierbei ist von besonderer Bedeutung, „dass der Beginn der eigentlichen Simulationsphase mit einem expliziten Wechsel von der Metaebene auf die Handlungsebene verbunden wird“ (Schirrmeister/Plessner 2014) und für die Planspielenden auch als ein solcher erkannt wird. Ein klares Startsignal wie das gemeinsame Betreten eines Plenums, das Abspielen einer Hymne oder eine Eröffnungsrede können hier unterstützend wirken. Die Simulationsebene sollte während des Planspiels nur noch in absoluten Ausnahmefällen verlassen werden, um die Spielwelt nicht zu durchbrechen.

Die Simulationsphase stellt einen hohen Anspruch an die Spielenden. Lerneffekte auf der Spielebene folgen hier einem reziprozirkulären Muster. Die Spieldynamik, das Handeln und Urteilen aller Spielenden wirkt unmittelbar auf die politischen Kompetenzen jedes einzelnen Lernenden. Im Wechselverhältnis des eigenen Urteilen und Han-

delns und der Dynamik der Spielumgebung erhalten die Lernenden direkt Rückmeldung. Diese Rückkoppelungen führen in Verbindung mit spielinternen Reflexionsprozessen zu erfahrungsbasierten Lerneffekten und neuen Handlungsweisen im Spiel. Auch diese treten wieder in Wechselwirkung mit der Lernumgebung, der Zirkel des erfahrungsbasierten Lernens setzt sich auf einem komplexeren Niveau kontinuierlich fort (vgl. Capaul / Ulrich 2010). Diesen Prozess gilt es aufmerksam zu begleiten und zu unterstützen.

### **Auswertungs- und Reflexionsphase (Debriefing)**

Am Ende eines Planspiels steht zwingend die Auswertungs- und Reflexionsphase. Die Gewährleistung dieser zeitlich letzten Phase ist notwendige Voraussetzung für einen erfolgreichen Lernprozess im Planspiel! Ohne Debriefing bleiben die erworbenen Kompetenzen situativ, im spezifischen Lernkontext gebunden. Erst eine systematische Reflexion führt zu einer Dekontextualisierung und zur Befähigung zu einer selbstständigen Anwendung der im Planspielkontext erworbenen Kompetenzen (Capaul/Ulrich 2010).

Mit dem Übergang von der Simulationsphase zum Debriefing ist ein erneuter Wechsel von der Spiel- auf die Meta-Ebene verbunden. Deshalb ist der Phasenwechsel allen Spielenden eindeutig kenntlich zu machen. Zur Systematisierung der Debriefing-Phase hat sich deren Unterteilung in drei Phasen bewährt: Nach der Rollendistanzierung erfolgt eine (1) Spielauswertung, in der das Geschehene auf der Spielebene analysiert wird. Im Anschluss erfolgt (2) die Spielreflexion, in der der Spielverlauf, dessen Ergebnis und die Methode bewertet werden. Den Abschluss bildet die Phase des (3) Transfers, in der insbesondere der Realitäts- und Wissenschaftsbezug hergestellt werden. Im gesamten Reflexionsprozess sind zudem stets die konkreten Lernerfahrungen der Teilnehmenden offenzulegen. Insbesondere im Schulkontext kann darüber hinaus die Identifizierung von Wissenslücken für die Planung der Weiterführung im Unterricht gewinnbringend sein (vgl. Schirrmeister/Plessner 2014).

## Didaktisch-methodische Einführung

Das vorliegende Planspiel simuliert eine Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (engl. World Trade Organization; kurz: WTO). Anhand der drei exemplarischen Themenfelder Zollabbau, Subventionsabbau und Verbraucherschutz wird die Arbeits- und Funktionsweise der Welthandelsorganisation durch die Teilnehmenden nacherlebt. Diese vertreten in ihren Rollen als Minister, Senior Officials und Botschafter die Interessen ihres Landes in der WTO. Insgesamt kommen 15 Delegationen verschiedener Mitglieder für die Verhandlungsrunde zusammen. In zwei Verhandlungs- und Abstimmungsrunden versuchen die Teilnehmenden ein gemeinsames Dokument zu verabschieden.

Ökonomisch orientierte Simulationen sind in der Planspielmethodik weit verbreitet. Hingegen sind (wirtschafts-)politisch ausgerichtete Planspiele in diesem Themenfeld eher selten. Hier setzt das Planspiel „Welthandel im Wandel?“ an. Es betont die politischen Aushandlungsprozesse, denen die ökonomischen Interessen der einzelnen Länder zugrunde liegen. Ein weiterer Mehrwert des Planspiels ist es, dass es durch seine Dauer von ca. 5 Zeitstunden und seine Phasenstruktur sehr gut in den Schulalltag integrierbar ist. Darüber hinaus bietet es sich als Ausgangspunkt für weiterführende Diskussionen an, beispielsweise über aktuelle protektionistische Maßnahmen in der internationalen Wirtschaftspolitik oder aber über die Bedeutung von sogenannten „mega-regionals“ wie TTIP, CETA, u.a.

Das Planspiel „Welthandel im Wandel?“ ist ein im Rahmen des Schulprogramms der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, den sogenannten Politischen Tagen, vielfach erprobtes Planspiel. Vor einigen Jahren in der Außenstelle Freiburg entwickelt, wird es seitdem jährlich evaluiert und überarbeitet. Es erweitert das Portfolio der Planspielreihe um die Politikbereiche „Internationale Wirtschaftspolitik“ und „Globalisierung“, in welchen bisher noch kein Angebot vorliegt.

### Zielgruppe, Bildungsplan-Relevanz, Lernziele

Zielgruppe des Planspiels sind Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II. Das Planspiel kann aber auch in der außerschulischen politischen Bildungsarbeit eingesetzt werden. Insgesamt sind im Planspiel 15 Länderdelegationen aus Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern vorgesehen. Zusätzlich wird noch die Rolle des Vorsitzes der Ministerkonferenz bereitgestellt. Als Teilnehmerzahl ist daher eine Gruppengröße von 15 bis 48 Personen denkbar.

Die Themenfelder „Internationale Beziehungen“ und „Globale Gütermärkte“ weisen einen hohen Bildungsplanbezug auf; sie sind in allen politikorientierten Fächern bzw. Fächerverbänden (Gemeinschaftskunde, EWG, WZG) an den verschiedenen Schularten bedeutende Unterrichtsinhalte. Weiterhin sind die bildungsplanbezogenen Entwicklungen zu beachten: Mit der Bildungsplanreform 2016 ist das Aufkommen des Faches „Wirtschaft“ als eigenständiges Unterrichtsfach verbunden. Wirtschaftspolitische Lehrinhalte werden an Bedeutung gewinnen. Hier stellt das Planspiel „Welthandel im Wandel?“ ein grundlegendes Angebot für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler dar.

Vorrangiges Lernziel ist es, dass die Teilnehmenden anhand wirtschaftspolitischer Herausforderungen, wie sie in der Welthandelsorganisation verhandelt werden, die Möglichkeiten und Grenzen internationaler Ordnungspolitik beurteilen können (Urteilskompetenz). Dazu analysieren und vergleichen die Teilnehmenden wichtige Positionen und Argumente zu exemplarischen Konfliktthemen des internationalen Welthandels (Analysekompetenz). In konkreten Verhandlungen versuchen sie, diese rollenadäquat zu vertreten und ein gemeinsames Abschlussdokument zu gestalten (Handlungskompetenz).

### 1. Vorbereitung und Einführung

Vor Beginn des Planspiels sollten die Teil-



nehmenden über grundlegendes Wissen aus drei verschiedenen Bereichen verfügen. Zum ersten sind dies Kenntnisse über Ziele, Struktur und Funktionsweise der Welthandelsorganisation sowie insbesondere über die Bedeutung der Ministerkonferenz. Die thematisch-inhaltliche Einführung in diesem Heft bietet dazu kompakt aufbereitete Informationen (weitere Quellen finden Sie in der Linkliste). In den Online-Materialien finden Sie zudem Domino-Steine mit denen Sie spielerisch zentrale Begrifflichkeiten in Kleingruppen erarbeiten können.

Zum zweiten benötigen die Schüler Hintergrundinformationen über die Themenfelder, die während der Ministerkonferenz verhandelt werden. Auch hierzu bietet die thematisch-inhaltliche Einführung grundlegende Informationen. Darüber hinaus finden Sie Themendossiers mit Hintergrundinformationen in diesem Heft.

Drittens ist eine Einführung in das Planspiel als Methode der politischen Bildung zu leisten.

### **Vorbereitung auf die Rolle des Vorsitzes**

Die Ministerkonferenz wird vom Vorsitz geleitet. Dieser bestimmt den Verlauf der Konferenz und gewährleistet die Einhaltung der Geschäftsordnung. Der Vorsitz hat eine besondere Verantwortung für das Gelingen des Planspiels. Daher sollte die Rolle entweder von der Lehrkraft selbst oder einem motivierten Schüler-Team, welches von der Lehrkraft unterstützt wird, übernommen werden. In jedem Fall ist ausreichend Zeit für die Vorbereitung auf diese Rolle notwendig.

### **Organisatorische Vorbereitung**

Um die richtige Atmosphäre für die Simulation zu schaffen, ist ein entsprechender äußerer Rahmen wichtig. Zum einen sollte der Raum groß genug sein, um in diesem die Tische in „U“-Form stellen zu können. An das offene Ende des „U“ sollte ein Rednerpult oder ein dafür angemessener Ersatz und ein Tisch für den Vorsitz gestellt werden. Darüber hinaus kann es von Vorteil sein, während des Planspiels noch einen zwei-

ten Raum zur Verfügung zu haben, der in den informellen Phasen als Beratungsraum dient. Außerdem stehen idealerweise ein PC, Beamer und/oder eine Dokumentenkamera zur Verfügung. Auf der Internetseite [www.planspiele.lpb-bw.de](http://www.planspiele.lpb-bw.de) finden Sie unterstützende Utensilien und zusätzliche Materialien online. Im Kapitel „Tipps und Tricks“ dieses Heftes finden Sie Ideen, wie sich die Spielatmosphäre verbessern lässt sowie einige hilfreiche organisatorische Erfahrungswerte aus der Praxis.

## **2. Die Vorbereitungsphase**

Vor Beginn des eigentlichen Planspiels sollten in der Vorbereitungsphase das Szenario „Die WTO in der Krise?“ und die Geschäftsordnung detailliert besprochen werden. Um die Verhandlungsprinzipien erarbeiten zu können, finden Sie (fiktive) Fallbeispiele in den Online-Materialien. Bevor die Rollenvergabe erfolgt, sollte zudem der Ablauf des Planspiels gemeinsam durchgesprochen werden. Danach erfolgt die Rollenvergabe. Soweit nicht bereits geschehen, wird zuerst die Rolle des Vorsitzes besetzt. Die übrigen Sitzungsteilnehmer werden den verschiedenen Länderdelegationen zugeteilt. Dies erfolgt am besten per Zufall. Je nachdem mit wie vielen Schülern gespielt wird, können die Rollen auch mehrfach besetzt werden. Bevor die Rollenkarten ausgeteilt werden, wird der Arbeitsauftrag für die nächste Phase besprochen: Jede Rolle hat die Aufgabe, eine Eröffnungsrede vorzubereiten und eine Rednerin oder einen Redner zu bestimmen. Ziel der Rede ist es, den anderen Teilnehmenden die Positionen des eigenen Staates bezüglich der Verhandlungspunkte zu verdeutlichen. Anschließend erhalten die Delegierten zusätzlich zu ihrer Rollenkarte das Formblatt zur Eröffnungsrede. Auch der Vorsitz erarbeitet eine Eröffnungsrede und bereitet sich darauf vor, die Sitzung zu leiten.

## **3. Die Spielphase**

Zu Beginn der Spielphase begrüßt der Vorsitz zunächst die Anwesenden und prüft die Anwesenheit der Länderdelegationen. Anschließend hält der Vorsitz seine Begrüßungsrede. Es folgen die Eröffnungsreden

der Länderdelegationen in alphabetischer Reihenfolge. Bei dieser ersten Runde soll noch keine Aussprache oder Diskussion erfolgen.

Nachdem alle Eröffnungsreden gehalten wurden, entlässt der Vorsitz die Delegierten in die ersten externen Verhandlungen. Mit dem Antragsformular erhalten die Delegierten die Möglichkeit, Anträge für die Gestaltung eines gemeinsamen Abschlussdokuments zu stellen. Die Delegierten dürfen dann das Plenum verlassen und „informell“ verhandeln. Falls vorhanden, können sie sich dazu auch in den „Beratungsraum“ zurückziehen. Fertige Anträge werden anschließend beim Vorsitz abgegeben und von diesem für die anschließenden Abstimmungen in eine Übersichtstabelle eingetragen oder anderweitig geordnet.

Im Anschluss an eine kurze Pause kehren die Delegierten ins Plenum zurück. Nach einer knappen Wiederholung der zentralen Punkte aus der Geschäftsordnung (vor allem die Artikel 5 bis 8) werden die eingegangenen Anträge besprochen. Dies sollte nach folgendem Muster geschehen: Der im Antrag genannte Verantwortliche stellt den Antrag mit Erläuterungen im Plenum vor. Andere, den Antrag unterstützende Staaten, können Ergänzungen anfügen und ihre Beweggründe ausführen. Danach wird die Gelegenheit zur offenen Debatte gegeben. Den Abschluss bildet die Abstimmung über den Antrag. Danach werden nach gleicher Maßgabe die weiteren Anträge bearbeitet.

Die zweite offizielle Sitzung ist für den Vorsitz deshalb eine besondere Herausforderung, da er zum einen die Debatte strukturiert und gleichzeitig auf die Einhaltung der Regeln sowie des Ablaufs zu achten hat. Übernimmt ein Schüler-Team die Vorsitzrolle, sollte die Lehrkraft in jedem Fall auf die Einhaltung der Regeln achten, bei der Strukturierung der Debatte helfen und somit auch den zeitlichen Rahmen setzen.

Im Anschluss an die formelle Phase wird wieder in eine informelle Phase gewechselt. Sollten die Länderdelegationen weitere Informationen wünschen, können Sie hier auf die Themendossiers hingewiesen werden. Erneut erarbeiten die Delegierten Anträge,

die anschließend wie oben beschrieben besprochen und zur Abstimmung gestellt werden. Am Ende wird dann über das gesamte Abschlussdokument als Ganzes abgestimmt. Nach einer kurzen Abschlussrede durch den Vorsitz schließt dieser förmlich die Sitzung und beendet damit das Planspiel.

#### 4. Reflexions- und Auswertungsphase

Die Teilnehmenden werden von der Lehrkraft aus ihren Rollen entlassen. Dieser Schritt ist wichtig, um zu signalisieren, dass die Simulation nun zu Ende ist. Möglichst direkt danach sollte das Planspiel gemeinsam mit den Schülern ausgewertet und reflektiert werden. Dabei können Methoden wie die „Positionslinie“ eingesetzt werden und/oder ein gelenktes Unterrichtsgespräch geführt werden. Für Lehrkräfte bietet das Heft am Ende des Materialteils einige Anregungen zu möglichen Methoden und Fragestellungen: Die Lösungsvorschläge geben einen Überblick über unterschiedliche Reformoptionen, die Methode zu den Konfliktlinien nimmt das internationale Wirtschaftssystem in den Blick, die Reflexionshandreichung gibt methodische Hinweise und einen Fragenkatalog an die Hand. Auf diese letzte Phase ist deshalb besonders Wert zu legen, weil die angestrebten Reflexionsprozesse die politische Urteilsfähigkeit der Schüler in besonderem Maße befördern. Zum Abschluss des Planspiels sollte den Schülern noch die Gelegenheit gegeben werden, ein Feedback zum Erlebten zu geben.

# Thematisch-inhaltliche Einführung zur WTO

Auch wenn heute bilaterale und regionale Handelsabkommen bei der Regulierung des internationalen Handels eine bedeutende Rolle spielen und protektionistische Maßnahmen eine Renaissance zu erfahren scheinen, bildet die Welthandelsorganisation (WTO) als das Forum zur Aushandlung multilateraler Regeln weiterhin den Kern der Welthandelsordnung. Die öffentliche Aufmerksamkeit, die die WTO erfährt, ist seit den Tagen der von heftigen globalisierungskritischen Protesten begleiteten Ministerkonferenz in Seattle 1999 deutlich zurückgegangen. Stattdessen beherrschen in Deutschland einzelne Freihandelsabkommen wie das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen der EU und Kanada und die Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen der EU und den USA die öffentliche Debatte - ebenso wie die protektionistischen Maßnahmen der U.S.-Administration Trump. Diese Verlagerung der Aufmerksamkeit erklärt sich aus den mangelnden Ergebnissen der Doha-Verhandlungsrunde der WTO, die sich seit 2001 dahinschleppt. Die Funktion der Organisation kann aber weder von protektionistischen Bestrebungen noch von einem Netzwerk bilateraler und regionaler Abkommen übernommen werden. Für eine effektive und gerechte Regulierung des globalen Handels sind multilaterale Regeln notwendig. Die Schwierigkeiten der WTO spiegeln die Komplexität der Aufgabe wider, Regeln zu finden, die die Interessen aller derzeit 164 Mitgliedsländer berücksichtigen.

## Entstehung der WTO aus dem GATT

Die Geschichte der multilateralen Regulierung des Welthandels beginnt bereits im Jahre 1947 mit dem Abschluss des General Agreement on Trade and Tariffs (GATT). Das GATT war ein Bestandteil der nach dem Ende des zweiten Weltkriegs unter der Führung der USA errichteten Weltwirtschaftsordnung. Die zunächst 23 Vertragspartner verpflichteten sich auf den schrittweisen Abbau von Zollschränken und die Liberalisierung ihrer Handelsbeziehungen. Im Laufe der nächsten Jahrzehnte

traten mehr und mehr Länder dem GATT bei und das allgemeine Zollniveau wurde im Rahmen mehrerer Verhandlungsrunden deutlich gesenkt. Mit dem zunehmenden Wegfall der Zollschränken rückten andere Themen wie nicht-tarifäre Handelshemmnisse (z.B. unterschiedliche Umwelt- und Verbraucherschutzstandards, handelsverzerrende Subventionen), der Umgang mit geistigen Eigentumsrechten und Investitionen sowie der Handel mit Dienstleistungen in den Fokus der Verhandlungen. Erste GATT-Ergänzungen zu diesen Themen wurden in den 1970er Jahren beschlossen. 1994, am Ende der letzten Verhandlungsrunde des GATT, der sogenannten Uruguay-Runde, wurde das GATT um das General Agreement on Trade in Services (GATS) und das Abkommen zu Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPS) ergänzt. Alle drei Abkommen wurden unter dem Dach einer neuen internationalen Organisation, der WTO, zusammengefasst, die im Januar 1995 ihren Betrieb aufnahm.

## Ziele und Prinzipien

Das Ziel der WTO ist die Liberalisierung des Welthandels. Die Regeln der Organisation berücksichtigen, dass Länder in bestimmten Situationen ihre Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz schützen müssen. Temporäre Schutzmaßnahmen sind zum Beispiel erlaubt, wenn plötzliche Importwellen auftreten. Entwicklungsländern wird generell eine langsamere Liberalisierung zugestanden als den entwickelten Ländern. Letztlich basiert die WTO jedoch auf dem Glauben, dass Liberalisierung zu steigendem Wohlstand und wirtschaftlicher Entwicklung in allen Ländern führt. Darüber hinaus wird die multilaterale Handelsordnung von den Prinzipien der Nichtdiskriminierung und der Reziprozität bestimmt. Das Prinzip der Nichtdiskriminierung verbietet es Mitgliedsländern beim Import in irgendeiner Weise zwischen den Produkten verschiedener Mitgliedsländer zu diskriminieren. Das heißt, Importe aus allen Mitgliedsländern müssen denselben Zollsätzen unterliegen und auch die sonstigen

Einfuhrbestimmungen dürfen keine Bevorzugung bestimmter Handelspartner beinhalten. Das Prinzip der Reziprozität besagt, dass Mitgliedsländer in den Verhandlungen über weitere Liberalisierungsschritte gleichwertige Konzessionen austauschen sollen. Das bedeutet nicht, dass im Ergebnis alle Länder dieselben Zollsätze und handelspolitischen Regulierungen einführen müssen. Vielmehr geht es darum, dass die Mitgliedsländer sich gegenseitig Marktöffnungen zusagen, die mit vergleichbaren Zugewinnen an Exportchancen im Gegensatz zum Status Quo verbunden sind.

### Entwicklungsländer in der WTO

Zu den Prinzipien der WTO gehört es auch, Liberalisierung entwicklungsfördernd zu gestalten. Entwicklungsländer genießen daher ein Special and Differential Treatment (S&D). Das bedeutet zum einen, dass ihnen ein größerer Spielraum zum Schutz der heimischen Wirtschaft zugestanden wird. Bei neuen Liberalisierungsschritten sollen ihnen geringere Zollkürzungen, spezielle Ausnahmeregelungen und längere Übergangsfristen gewährt werden. Das heißt, die entwickelten Länder erwarten von Ihnen keine volle Reziprozität. Zum anderen haben sich die entwickelten Länder verpflichtet, bei der Liberalisierung nach Möglichkeit Sektoren zu priorisieren, in denen Entwicklungsländer Exportinteressen haben.

Für die Einordnung als Entwicklungsland gibt es in der WTO keine festgelegten Kriterien. Es herrscht das Prinzip der Selbst-Einordnung. Da der Status eines Entwicklungslandes mit Vorteilen wie S&D verbunden ist, beanspruchen in der Regel auch relativ fortgeschrittene Schwellenländer noch eine Einordnung als Entwicklungsland. Einige entwickelte Länder, insbesondere die USA, haben in den letzten Jahren gefordert, dass große Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien nicht mehr dieselben Begünstigungen erfahren sollen wie andere Entwicklungsländer. Eine Differenzierung zwischen verschiedenen Kategorien von Entwicklungsländern ist jedoch sehr schwierig durchzusetzen. Die einzige allgemein akzeptierte Sonderkategorie sind in der WTO die Least-Developed Countries (LDCs).

Diese werden nach den Kriterien der Vereinten Nationen (VN) bestimmt und genießen fast komplette Ausnahmen von Liberalisierungsverpflichtungen. Bei den übrigen Entwicklungsländern sowie insbesondere bei den großen Schwellenländern gibt es hingegen oft erbitterte Verhandlungen über das genaue Ausmaß von S&D.

Trotz derartiger Auseinandersetzungen sind geringere Liberalisierungsaufgaben für Entwicklungsländer in der WTO inzwischen Standard. Weniger konkret ausgewirkt hat sich bisher die Selbstverpflichtung der entwickelten Länder, Entwicklungsländern verbesserten Marktzugang für ihre Exportgüter zu verschaffen. Für LDCs wird über einen zoll- und quotenfreien Zugang zu den Märkten aller entwickelten Länder verhandelt, aber selbst hier konnte bisher in der WTO kein Konsens erzielt werden. Im Rahmen bilateraler Abkommen gewähren viele Länder mit Genehmigung der WTO LDCs einen präferentiellen (= bevorzugten) Marktzugang. Das heißt die Produkte dieser Länder werden mit geringeren Zöllen belegt als die anderer Länder. Solange diese Bevorzugung für alle LDCs (oder auch alle Entwicklungsländer) gleichermaßen gilt, ist eine solche Abweichung vom Nichtdiskriminierungsprinzip erlaubt. Entwicklungsländer, die nicht in die Kategorie der LDCs fallen, profitieren aber meist nicht von solchen Handelspräferenzen. Sie haben damit zu kämpfen, dass oft gerade in den Sektoren, in denen ihre Exportinteressen liegen, noch hohe Zollschränken und andere Handelshemmnisse existieren. So wurden im GATT landwirtschaftliche Produkte und Textilien lange Zeit von Liberalisierungsschritten ausgenommen, da diese Bereiche von den entwickelten Ländern als sensibel betrachtet wurden. Mit der Gründung der WTO wurden die beiden Sektoren in das allgemeine Regelwerk eingegliedert, aber vor allem im Agrarbereich konnte eine effektive Liberalisierung bisher noch nicht umgesetzt werden.

### Aufbau der Organisation

Die WTO hat ihren Sitz in Genf, ihr Sekretariat umfasst gut 600 Mitarbeiter und wird von einer Generalsekretärin oder einem Gene-

ralsekretär geleitet. Das höchste Entscheidungsgremium ist die Ministerkonferenz, die in der Regel alle zwei Jahre im November/Dezember stattfindet und bei der die für Außenhandel zuständigen Minister der Mitgliedsländer grundlegende Entscheidungen treffen. In der Zwischenzeit übernimmt der Allgemeine Rat die Rolle des Entscheidungsgremiums. Hier sind ebenfalls alle Mitgliedsländer vertreten, aber statt der Minister kommen üblicherweise die Botschafter der ständigen Vertretungen zusammen, die die meisten Mitgliedsländer bei der WTO in Genf eingerichtet haben. Die WTO verfügt auch über ein Streitschlichtungsverfahren, das entscheidend zur Stärke der Organisation beiträgt. Ist ein Mitgliedsland der Ansicht, dass ein anderes Mitgliedsland sich nicht an die Regeln der WTO hält und ihm dadurch ein Schaden entsteht, kann es das andere Land vor dem Streitschlichtungsgremium der WTO verklagen. Das Streitschlichtungsgremium beruft dann ein Expertenpanel ein, das ähnlich einem Gericht den Fall verhandelt und eine Entscheidung fällt. Hält sich ein verklagtes Mitgliedsland nicht an die Entscheidung des Expertenpanels, kann das klagende Land zu Vergeltungsmaßnahmen (z.B. Erhöhung der eigenen Zölle für Produkte des verklagten Landes) autorisiert werden.

### Ablauf einer Ministerkonferenz

Die Ministerkonferenz wird jedes Mal von einem anderen Mitgliedsland ausgerichtet, der Handelsminister oder die Handelsministerin des Gastgeberlandes übernimmt die Leitung der Ministerkonferenz. Eine wichtige Rolle spielt außerdem der WTO-Generalsekretär bzw. die WTO-Generalsekretärin. Er oder sie versucht zwischen den Mitgliedsländern zu vermitteln und Kompromisse vorzubereiten. Die Wirtschafts- und/oder Außenminister der Mitgliedsstaaten (je nach dem in wessen Kompetenz der Außenhandel fällt) reisen mit Delegationen an, die sich in der Größe erheblich unterscheiden. Große und reiche Länder reisen üblicherweise mit einer Gruppe von mehreren Hundert Personen an, darunter Mitarbeiter der Ministerien, Berater und Anwälte aber auch Vertreter der Wirtschaft und zivilgesellschaftlicher Interessengruppen. Am anderen Ende der

Skala bestehen die Delegationen kleiner Entwicklungsländer aus einer zwei- oder sogar nur einstelligen Zahl von Personen. Neben den Vertretern der Mitgliedsländer sind bei der WTO-Ministerkonferenz auch Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen (NROs) präsent, die sich meist kritisch mit der Welthandelsordnung auseinandersetzen, und Journalisten, die über den Verlauf und das Ergebnis der Verhandlungen berichten. Diese können die Ministerkonferenz jedoch nur von außen beobachten, bei den eigentlichen Verhandlungen haben sie keinen Zugang. Die NROs können in einem von der WTO bereit gestellten NRO-Zentrum eigene Treffen und Diskussionsrunden abhalten, an denen mitunter auch Regierungsvertreter teilnehmen. Für die Presse veranstalten die WTO sowie einzelne Mitgliedsländer Pressekonferenzen.

Entschieden wird in der WTO generell im Konsens. Jedes Mitgliedsland hat eine Stimme und kann mit dieser theoretisch ein Veto gegen Entscheidungen einlegen. In dem internationalen Abkommen, auf dem die WTO basiert, ist die Möglichkeit einer Mehrheitsentscheidung vorgesehen, von dieser wurde aber in der Geschichte der WTO noch nie Gebrauch gemacht. Dass Entscheidungen im Konsens getroffen werden, ist seit GATT-Tagen ein ungeschriebenes Gesetz. Die Verhandlungen bei der Ministerkonferenz zielen darauf ab, einen Konsens unter den Mitgliedsländern herbeizuführen, der am Ende im Plenum festgestellt wird. Dazu finden nach den offiziellen Reden der Mitgliedsländer im Eröffnungsplenum informelle Verhandlungen in verschiedenen kleineren und größeren Gruppierungen statt. Teils organisiert der WTO-Generalsekretär bzw. die WTO-Generalsekretärin Treffen zwischen Ländern, die bei einem bestimmten Thema die zentralen Verhandlungspartner sind, teils initiieren die Vertreter der Länder selbst Treffen mit Gleichgesinnten oder Verhandlungsgegnern. In diesen informellen Verhandlungen kommen die Machtverhältnisse zum Vorschein: Wichtige Handelsmächte werden zu vielen Treffen eingeladen, ihre Zustimmung zu einem Kompromiss gilt als essentiell. Neben den USA und der EU zählen derzeit Australien und Kanada, aber auch die Schwellenlän-

der Brasilien, China und Indien zum informellen innersten Entscheidungszirkel der WTO. Kleinere und ärmere Länder hingegen scheinen in den Verhandlungen oft marginalisiert. Nicht selten werden sie erst dann konsultiert, wenn die zentralen Verhandlungspartner sich bereits auf ein Ergebnis geeinigt haben.

Eine wichtige Rolle für die Verhandlungen spielen Gruppen, zu denen sich Länder mit gemeinsamen Interessen zusammenschließen. Vor allem Entwicklungsländer treten oft als Gruppen auf, um ihren Einfluss auf die Verhandlungen zu erhöhen. Feste Gruppen bilden zum Beispiel die LDCs und die Afrikanischen Länder sowie die Afrikanischen, Karibischen und Pazifischen (AKP) Länder, die als ehemalige Kolonien in der EU Handelspräferenzen genießen. Diese drei Gruppen treten auch gemeinsam unter dem Namen Gruppe der 90 (G90) auf. Andere Gruppen sind themenspezifische Koalitionen. So ist zum Beispiel die von Brasilien und Indien angeführte Gruppe der 20 (G20) ein Zusammenschluss von Entwicklungs- und Schwellenländern, die sich für die Liberalisierung der Agrarmärkte der entwickelten Länder einsetzen. Die Gruppe der 33 (G33) vertritt unter der Führung von Indonesien Entwicklungsländer, die Schutzmaßnahmen für ihre eigenen Agrarmärkte fordern. Die Gruppe der 10 (G10) besteht aus einer Reihe von entwickelten Ländern wie Japan, der Schweiz und Norwegen, die ihre Agrarmärkte möglichst wenig liberalisieren möchten.

### Die Doha-Runde

Die Doha-Runde ist die erste Verhandlungsrunde der WTO. Sie wurde 2001 in Doha, Katar, ins Leben gerufen und sollte ursprünglich 2005 abgeschlossen werden. Um die Entwicklungsländer, von denen viele noch mit der Umsetzung der Verhandlungsergebnisse der letzten GATT-Runde beschäftigt und skeptisch gegenüber einer neuen Runde waren, zu gewinnen, wurde die Runde Doha-Entwicklungsrunde getauft. Die Fortsetzung der in der Uruguay-Runde begonnenen Liberalisierung des Agrarmarkts, von der sich viele Entwicklungsländer neue Exportchancen erhofften, sollte ein zentraler Bestandteil der Runde werden und auch sonst

sollten die Interessen der Entwicklungsländer im Fokus stehen. Schon bald zeigte sich jedoch, dass die verschiedenen Mitgliedsländer sehr unterschiedliche Interessen hatten und gerade im Bereich des Agrarhandels gestalteten sich die Verhandlungen sehr schwierig. Lange Zeit trat die Runde auf der Stelle und wurde bereits mehrfach tot gesagt. Erst 2013 konnten mit dem bei der Ministerkonferenz in Bali geschnürten Bali-Paket einige erste Verhandlungserfolge erzielt werden. Dieses beinhaltete vor allem ein Abkommen über Standards moderner Zollprozeduren (Trade Facilitation). Bei der Ministerkonferenz 2015 in Nairobi wurde ein zweites Paket an Beschlüssen verabschiedet, bei dem das Verbot von Exportsubventionen im Agrarbereich das Kernstück darstellt. Die schwierigen Themen wie die allgemeinen Subventionen im Agrarbereich aber auch weitere Liberalisierungsschritte im Handel mit nicht-agrarischen Gütern und Dienstleistungen sind bisher ungelöst. Die WTO-Ministerkonferenz 2017 endete ergebnislos und ohne gemeinsame Abschlusserklärung.

### Kritik und Reformvorschläge

Aufgrund des mangelnden Fortschritts der Doha-Runde, aber auch aufgrund ihrer grundlegenden Prinzipien und Verfahrensweisen ist die WTO Kritik aus vielen Richtungen ausgesetzt. Befürworter eines liberalen globalen Handelssystems sind besorgt über die ausbleibenden Ergebnisse auf multilateraler Ebene. Sie fürchten, dass die Regeln des Welthandels zukünftig in bilateralen und regionalen Abkommen geschrieben werden oder gar Opfer protektionistischen Aktivismus werden und dass die Welt dadurch in konkurrierende Handelsblöcke zerfällt. Daher fordern Sie, dass die Entscheidungsstrukturen der WTO z.B. durch die Schaffung eines gewählten Führungsgremiums oder durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen effizienter gestaltet werden und dass die WTO sich neuen Themen wie Investitionen oder globalen Wertschöpfungsketten zuwendet. Von Seiten vieler Entwicklungsländer und im Bereich der Entwicklungspolitik tätigen NROs hingegen wird die Dominanz der großen Handelsmächte in den Entscheidungsprozessen der WTO und

die asymmetrische Liberalisierung zugunsten von Sektoren, die für entwickelte Länder von Interesse sind, kritisiert. Diese Akteure fordern im Gegensatz zu den erstgenannten, dass Entscheidungsverfahren inklusiver und transparenter gestaltet werden und dass die WTO die Themen der Doha-Runde, allen voran die Liberalisierung des Agrarmarkts, abschließt, bevor über neue Themen nachgedacht wird. Schließlich gibt es eine Reihe zivilgesellschaftlicher Gruppen aus den Bereichen der Entwicklungspolitik, der Umwelt- und globalisierungskritischen Bewegung, die die von der WTO propagierte Liberalisierung des Welthandels grundlegend ablehnen. Sie befürchten, dass Handelsliberalisierung zu einer Entmachtung der Staaten, zu einem rücksichtslosen Vormarsch globaler Konzerne und zu Ausbeutung, Armut und Umweltzerstörung führt. Die Radikalen unter ihnen fordern die Abschaffung der Organisation. Die Gemäßigten fordern, dass Menschen- und Arbeiterrechte sowie Umwelt- und Verbraucherschutzstandards in das WTO-Regelwerk aufgenommen werden. Davon allerdings wollen wiederum viele Entwicklungsländer nichts wissen, da sie ihre relativ geringen Standards und Löhne als ihren einzigen Wettbewerbsvorteil betrachten.

### Verhandlungsthemen und Akteure

Im Planspiel werden auf einer fiktiven Ministerkonferenz in Deutschland drei verschiedene Themen aus dem Bereich des Agrarhandels verhandelt, zu denen Sie in den Materialien ausführliche Themendossiers finden: Zölle am Beispiel von Bananen, Subventionen am Beispiel von Baumwolle und Verbraucherschutzstandards am Beispiel von Genmanipulierten Organismen (GMOs).

Zollabbau ist das klassische Thema der WTO. Im Agrarbereich sind diese durchschnittlich noch deutlich höher als im Bereich der nicht-agrarischen Güter. Der Abbau von Zöllen auf landwirtschaftliche Produkte ist auch in der Doha-Runde ein wichtiges Thema. Als Fallbeispiel dienen im Planspiel die Zölle auf Bananen, um die es in der WTO zwischen 1992 und 2009 heftige Auseinandersetzungen gab. Anlass des Streits waren die Zollerleichterungen, die

die EU den AKP-Staaten im Rahmen des Lomé-Abkommens gewährte und die diese gegenüber lateinamerikanischen Produzenten begünstigten. Lateinamerikanische Staaten, die viele Bananen exportieren, wie Ecuador und Kolumbien forderten ein Ende der Bevorzugung von AKP-Bananen. Da die Bananenproduktion in Lateinamerika von großen multinationalen Unternehmen wie Chiquita dominiert wird, die ihren Sitz in den USA haben, trat auch die USA als Streitpartei auf. Auf der anderen Seite standen die EU und deren traditionelle Bananenlieferanten in der Karibik, insbesondere die Inselstaaten St. Lucia und St. Vincent und die Grenadinen. Die Auseinandersetzung mit der Bananenimportpolitik der EU regt zur Reflexion über die Frage der Differenzierung zwischen Entwicklungsländern an. Während die Auseinandersetzungen über die Liberalisierung des Agrarmarkts in den Verhandlungen der Doha-Runde weitgehend entlang der Nord-Süd-Konfliktlinie verlaufen, gibt es durchaus Interessenunterschiede innerhalb des Südens sowie des Nordens. (Themendossier „Zölle auf Bananen“)

Der Abbau der erheblichen Subventionen, die viele entwickelten Länder ihren Landwirten zahlen, ist einer der zentralen Streitpunkte der Doha-Runde. Im Planspiel geht es um Subventionen für Baumwolle, ein Thema das in der Doha-Runde eine große symbolische Bedeutung erlangte, nachdem vier kleine LDCs (Benin, Burkina Faso, Mali und Tschad), deren Wirtschaft in hohem Maße vom Baumwollexport abhängt, im Namen von Liberalisierung und Entwicklung ein Ende der Baumwollsubventionen forderten. Der Ansicht der auch Cotton-4 genannten Gruppe nach treiben die Subventionen reicher Länder die Weltmarktpreise für Baumwolle in den Keller und gefährden damit die Lebensgrundlage afrikanischer Baumwollproduzenten. Die Forderung nach Abschaffung der Baumwollsubventionen richtete sich vor allem gegen die USA, die der größte Baumwollexporteur sind und deren Subventionspolitik daher einen großen Einfluss auf die Weltmarktpreise hat. Auch wenn es sich bei dem Streit über Baumwollsubventionen auf den ersten Blick um einen klassischen Nord-Süd-Konflikt zwischen den USA und vier kleinen afrikanischen

LDCs handelt, veranschaulicht die Tatsache, dass China seinen Baumwollproduzenten inzwischen deutlich höhere Subventionen zahlt als die USA, dass auch zwischen den Ländern des Südens große Unterschiede in Bezug auf Einkommen und Handlungsspielräume bestehen. (Themendossier „Subventionen für Baumwolle“)

Beim Thema Verbraucherschutz geht es um die Frage, welche Handelseinschränkungen zur Gewährung von Produktsicherheit und Verbraucherinformation zulässig sind und welche nicht. Das Planspiel behandelt exemplarisch das Thema Genetisch Modifizierter Organismen (GMOs), bei dem Vorstellungen über angemessene Verbraucherschutzrichtlinien in verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich sind. Die Trennlinien verlaufen dabei quer zu den Kategorien der Industrie- und Entwicklungsländer. Im Hintergrund stehen große Unterschiede in der öffentlichen Meinung zu GMO, aber auch wirtschaftliche Interessen. So spiegeln die strengen Regeln der EU die große Skepsis gegenüber GMO in der Bevölkerung wider. In den USA und Kanada aber auch einigen Schwellenländern wie Brasilien und Indien hingegen werden bereits in großem Stile gentechnisch modifizierte Pflanzen angebaut. Im Planspiel macht das Thema deutlich, wie komplex die Regulierung von Verbraucherschutzstandards in Handelsabkommen ist und dass hierbei auch zwischen westlichen Industrienationen sehr unterschiedliche, kulturell geprägte Vorstellungen existieren können. (Themendossier „Verbraucherschutz bei GMO“)



---

## **Spielablauf und Ablaufmatrix**

## Spielablauf und Ablaufmatrix

Zeit	Phase	Material / Medien
<b>Einführungsphase (Einarbeitung I)</b>		
60 min	<p><b>Begrüßung und thematische Einführung</b></p> <p>Was ist die WTO: Aufgaben, Funktion?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Domino</li> <li>• Fallbeispiele zu den vier Prinzipien</li> </ul> <p>Einführung in das WTO-Planspiel</p>	Präsentation, Domino-Steine, Fallbeispiele (Online-Material)
<b>Vorbereitungsphase</b>		
30 min	<p>Besprechung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Szenario</li> <li>• Ablauf</li> <li>• Geschäftsordnung</li> </ul> <p>Vergabe der Rollenkarten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einarbeiten in die eigene Rolle, Position und Argumentation.</li> <li>• Delegationen und Vorsitz erarbeiten eine Eröffnungsrede.</li> </ul>	<p>Szenario, Ablaufplan, Geschäftsordnung</p> <p>Rollenkarten; Formblatt Eröffnungsrede</p>

<b>Spielphase (Anwendung)</b>		
<p>180 min (inkl. Pausen)</p>	<p>Eröffnung der WTO-Konferenz: Erstes Plenum</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Begrüßung und Vorstellung</li> <li>• Statements/Länderpräsentation</li> </ul> <p>Externe Verhandlungsrunde I</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Informelle Verhandlungen</li> <li>• Anträge verfassen und abgeben</li> </ul> <p>Zeit für Aussprache in den Delegationen (Vorbereitung der Abstimmung im Plenum).</p> <p>Abstimmungsrunde I</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Besprechung der Anträge inklusive Begründungsstatements (pro Antrag ein Land)</li> <li>• Abstimmung über die einzelnen Anträge</li> </ul> <p>Externe Verhandlungsrunde II</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Informelle Verhandlungen</li> <li>• Anträge verfassen und abgeben</li> </ul> <p>Abstimmungsrunde II</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Besprechung der Anträge inklusive Begründungsstatements (pro Antrag ein Land)</li> <li>• Abstimmung über die einzelnen Anträge</li> </ul>	<p>Tisch- und Namensschilder (Online-Material); Rednerpult o.ä.</p> <p>Antragsformular</p> <p>Antragsformular</p>
<b>Reflexionsphase</b>		
<p>30 min</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rollendistanzierung, inhaltliche Auswertung, Realitätsbezug, (Methoden-)Reflexion, Feedback</li> </ul>	<p>Reflexionshandreichung Präsentation (Online-Material)</p>

## Tipps und Tricks

### Gruppengröße → Ideal sind 30–32 Personen, optional auch spielbar mit 15 bis 48

Es gibt im vorliegenden Planspiel 15 verschiedene Länderrollen und die Rolle des Vorsitzes. Bei 30–32 Teilnehmenden sind alle Rollen doppelt besetzt. Spielt man mit weniger als 30 Personen sind manche Rollen nur einzeln besetzt. Bei weniger als 15 Teilnehmenden sollte zum einen darauf geachtet werden, dass alle drei Ländergruppen (Industriestaaten, Schwellenländer und Entwicklungsstaaten) vertreten sind. Für das Gelingen des Planspiels ist es wichtig, dass eine Delegation aus der Gruppe der Cotton-4-Gruppe, die U.S.-Delegation, jeweils eine Delegation aus einem lateinamerikanischen und AKP-Staaten sowie die EU-Delegation teilnehmen. Nehmen mehr als 30 Personen teil, werden Rollen entsprechend dreifach besetzt.

### Utensilien → Rednerpult, Länder- und Namensschilder

Planspiele leben auch von der Atmosphäre. Diese entsteht mit den passenden Utensilien. Wenn möglich, sollte ein Rednerpult zur Verfügung stehen. Ansonsten kann auch ein separater Tisch benutzt werden. Damit der Vorsitz sich Gehör verschaffen kann, wird entweder ein Debatten-Hammer, eine Glocke o. Ä. benötigt. Tischschilder mit dem jeweiligen Ländernamen sind für das Hineinfinden in die Rolle und die Abstimmungen wichtig. Sie können unter [www.planspiele.lpb-bw.de](http://www.planspiele.lpb-bw.de) heruntergeladen werden. Ansteckschilder oder Kreppband mit dem jeweiligen Ländernamen vereinfachen das gegenseitige Erkennen.

### Dresscode → Verbesserung der Spielatmosphäre

Um der Simulation einen besonderen Charakter zu verleihen und das Einfinden in die Rollen zu erleichtern, hat es sich in der Praxis bewährt, für den Tag der Simulation förmliche Kleidung als „Dresscode“ festzulegen. Wesentlich ist, dass die gesamte Klasse mitmacht.

### Rollenvergabe → Gezielte Vergabe und Auslosen

Für den Erfolg des Planspiels ist es von Bedeutung, dass Schlüsselrollen mit motivierten und „aktiven“ Schülern besetzt werden. Wenn Sie als Lehrkraft die Gruppe kennen, können Sie die Besetzung dieser Rollen selbst festlegen. In der Praxis hat es sich auch bewährt, die Gruppe nach Vorschlägen für eine Besetzung der Schlüsselrollen zu fragen. Die restlichen Rollen werden nach dem Zufallsprinzip vergeben. Da das Gelingen der Sitzung stark von den Vorsitzenden abhängt, sollte diese Rolle von der Lehrkraft übernommen werden, falls sich kein motiviertes und geeignetes Schüler-Team findet.

### Anfang des Planspiels → Gemeinsames Betreten des Raumes

Um dem Planspiel einen eindeutigen Beginn zu geben, hat es sich bewährt, gemeinsam mit der ganzen Gruppe zunächst den Raum zu verlassen. Nach einem „Abschütteln“ der sonstigen Rolle als Schüler und einer kurzen Ansprache an die nun vor der Tür versammelten „Delegationen“ betreten alle Teilnehmenden in ihrer neuen Rolle feierlich den „Sitzungssaal“.

### Sprachregelungen → Immer wieder betonen

Grundsätzlich ist darauf zu achten, dass sich alle Teilnehmenden siezen. Außerdem sollten die Delegierten ihre Reden immer mit „Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Delegierte, ...“ beginnen. Gesprochen wird immer in der dritten Person oder „Wir-Form“: „Kanada ist der Meinung, dass ... Wir fordern, ...“. Generell sollten die Teilnehmenden einen höflichen, diplomatischen Ton wählen: „Wir begrüßen diese Forderung.“ statt „Diese Forderung ist klasse.“ Diese Sprachregelungen helfen, den formalen Charakter des Planspiels aufrecht zu erhalten.

### **Erinnerung: Notizen machen → Hilfreich um Koalitionen zu bilden**

Für die Delegierten ist es hilfreich, wenn sie sich sowohl während der Eröffnungsreden als auch während der Debatten Notizen machen: Welche Staaten vertreten welche Interessen? Welche Vorschläge werden eingebracht? Dies hilft im Anschluss, um in den informellen Phasen gleichgesinnte Partner zu finden. Erinnern Sie die Teilnehmenden daher regelmäßig daran.

### **Regeln → Mittel zum Zweck**

Die Geschäftsordnung macht den formellen Charakter des Planspiels aus. Sie strukturiert den Verhandlungsprozess und gewährleistet, dass die Prinzipien eingehalten werden. Die Geschäftsordnung soll aber vor allem dazu beitragen, dass die Verhandlungen zielführend ablaufen. Daher sollten die Vorsitzenden nicht rigide auf die Einhaltung der Regeln beharren, sondern diese gegebenenfalls im Laufe des Planspiels anpassen.

### **Anträge aufnehmen → Abtippen oder Dokumentenkamera benutzen**

Damit alle Teilnehmenden einen Überblick haben, über welchen Antrag gerade diskutiert wird, sollten die schriftlich eingereichten Anträge vom Vorsitz abgetippt werden, um sie später an die Wand zu projizieren. Allerdings benötigt das Abtippen etwas Zeit, gerade wenn nach einer informellen Sitzung viele Änderungsanträge gleichzeitig beim Vorsitz abgegeben werden. Alternativ kann auch eine Dokumentenkamera verwendet werden, um so dem Plenum die Anträge zu zeigen. Dies wirkt natürlich weniger professionell und es fehlt dann möglicherweise der Überblick über die verschiedenen Anträge.

### **Pausen → Im Anschluss an den informellen Teil**

Führt man das Planspiel an einem Schulumorgen durch, hat es sich bewährt eine Pause vor die Spielphase zu setzen. Weitere Pausen sollten jeweils an das Ende der externen Verhandlungsrunden vor die Abstimmungen gelegt werden. Der Spielfluss bleibt

so am besten gewahrt und die Teilnehmenden können die Pause für weitere informelle Gespräche nutzen. Wenn zu Beginn der Pause eine Frist zum Einreichen von Anträgen gesetzt wird, können die Vorsitzenden die Pause dafür nutzen, die Anträge abzutippen.

### **Den Vorsitz unterstützen → die Sitzungsleitung gewährleisten**

Der Vorsitz hat eine besondere Funktion für das Gelingen des Planspiels. Deshalb sollte diese Rolle mit einem motivierten und geeigneten Schüler-Team besetzt sein. Sollten Sie merken, dass der Vorsitz in einzelnen Phasen überfordert wirkt, können Sie diesen unterstützen. Um den Spielfluss nicht zu unterbrechen, können Sie als Lehrkraft die „Assistenz“ des Vorsitzes spielen. Den Vorsitz können Sie dann in vielfältiger Weise unterstützen: in der Vorbereitung der offiziellen Sitzungen z.B. durch das Ordnen und besonders das Abtippen der Anträge; während der Sitzung beispielsweise durch das Notieren der Abstimmungsergebnisse in die Übersichtstabelle, das Führen der Redeliste oder als Zeitbeauftragter.

## M.1 – Szenario – Die WTO in der Krise?

Die Welthandelsorganisation (englisch: World Trade Organization, kurz: WTO) steckt in der Krise. Seit ihrer Gründung 1995 wurden kaum neue Regeln für den internationalen Handel beschlossen, weil sich die vielen Mitgliedsländer nicht einigen können. Viele Staaten haben sich daher darauf verlegt, Handelsabkommen mit einzelnen Partnerländern abzuschließen oder sogar den Marktzugang restriktiver zu gestalten. Das führt zu einer verwirrenden Vielzahl an Regeln und ist nachteilig für Länder, die an diesen Abkommen nicht beteiligt oder aber von protektionistischen Maßnahmen betroffen sind. Bei der diesjährigen Ministerkonferenz der WTO in Deutschland wollen die Mitgliedsländer daher endlich Fortschritte in ihren Verhandlungen erzielen. Konkret wird es um drei Themen im Bereich des Handels mit Agrargütern gehen, bei denen die gegenwärtige Situation Probleme bereitet: Zölle auf Bananen, Subventionen für Baumwolle und Verbraucherschutz bei gentechnisch modifizierte Organismen (GMOs).

### Zölle auf Bananen - Die EU-Bananenmarktverordnung

Die EU-Bananen-Marktverordnung	AKP-Bananen	Andere Bananen
Zollquote 1 (857 700 t)	zollfrei	-
Zollquote 2 (2 000 000 t)	zollfrei	Zoll: 100 €/t
Importe außerhalb der Quoten	Zoll: 750 €/t	Zoll: 850 €/t

Bei Zöllen auf Bananen sorgt die Bananenmarktverordnung der EU für Konflikte, die den Import von Bananen aus ehemaligen Kolonien der EU Länder in Afrika, der Karibik und dem Pazifikraum (den sog. AKP-Staaten, siehe Infokasten) gegenüber Bananen aus Lateinamerika begünstigt. Die EU hat ein Quotensystem für den Bananenimport, bei dem eine erste Quote von 857 000 t Bananen exklusiv für AKP-Bananen reserviert ist. Im Rahmen einer zweiten Quote von 2 000 000 Tonnen können sowohl AKP- als auch andere Länder Bananen exportieren. Auf AKP-Bananen wird innerhalb beider Quoten kein Zoll erhoben, Bananen anderer Herkunft hingegen müssen mit 100 Euro/Tonne verzollt werden. Bananenimporte, die die Quoten übersteigen, sind mit einem sehr hohen Zoll belegt, der den Import weiterer Bananen unwirtschaftlich macht. Einige lateinamerikanische Staaten, in denen viele Bananen für den Export angebaut werden, wie Ecuador und Kolumbien fordern eine Gleichbehandlung ihrer Bananen. Unterstützt werden Sie von den USA. Denn die großen Firmen, die lateinamerikanische Bananen weltweit vermarkten, haben ihren Sitz in den USA. Auf der anderen Seite versuchen diejenigen AKP-Staaten, für die Bananen ein zentrales Exportgut sind, wie St. Lucia und St. Vincent and the Grenadines die EU davon zu überzeugen, die bestehende Regelung beizubehalten, weil sie die Konkurrenz der billigeren lateinamerikanischen Bananen fürchten.

### Subventionen für Baumwolle

Einige reiche Länder wie die Industrieländer USA und die Mitgliedstaaten der EU aber auch das Schwellenland China unterstützen ihre Baumwollproduzenten mit erheblichen Subventionen. Dadurch können die Bauern dieser Länder ihre Baumwolle günstig auf dem Weltmarkt verkaufen und der internationale Preis für Baumwolle kann so gering gehalten werden. Das ist ein großes Problem für arme Länder, die ihren Baumwollproduzenten keine vergleichbaren Subventionen zahlen können. Eine Gruppe LDCs, für die Baumwolle ein wichtiges Exportgut ist, Benin, Burkina Faso, Mali und Tschad (die sogenannten Cotton 4, siehe Infokasten), fordert daher ein Verbot von Subventionen für Baumwolle.

## Verbraucherschutz bei Genmanipulierten Organismen (GMOs)

In der EU sind viele Verbraucher sehr skeptisch gegenüber Gentechnik und es gibt strenge Regeln für den Anbau und Verkauf gentechnisch modifizierter Pflanzen. Die Regeln der EU folgen dem „Vorsorgeprinzip“. Dieses sieht vor, dass GMO nicht zugelassen werden, solange irgendwelche Zweifel über ihre Sicherheit für die Umwelt und die menschliche Gesundheit bestehen. Das Vorsorgeprinzip liegt auch dem „Cartagena Protocol on Biosafety“ (CPB)

<b>Cartagena Protocol on Biosafety</b>	
Australien	×
Benin	✓
Brasilien	✓
Burkina Faso	✓
China	✓
Ecuador	✓
EU	✓
Indien	✓
Kanada	×
Kolumbien	✓
Mali	✓
Saint Lucia	✓
Saint Vincent and the Grenadines	✓
Tschad	✓
USA	×

zugrunde, einem internationalen Abkommen, das 170 Länder weltweit ratifiziert haben. In den USA und Kanada hingegen müssen GMO-Pflanzen nur die üblichen Standards der Nahrungsmittelsicherheit erfüllen. Wenn es keine direkten Hinweise auf die Gefährlichkeit des Endprodukts für die menschliche Gesundheit gibt, werden GMO-Produkte zugelassen. In diesen beiden Ländern werden gentechnisch modifizierte Pflanzen bereits im großen Stil angebaut und konsumiert. Andere Länder wie Brasilien und Indien haben zwar einen etwas vorsichtigeren Umgang mit GMOs, bauen aber auch bereits große Mengen einzelner Sorten an. Die dortigen Produzenten, die gerne auch in die EU verkaufen würden, betrachten die strengen EU-Bestimmungen zu GMOs als eine Diskriminierung ihrer Produkte und verlangen, dass ihre Erzeugnisse gleich behandelt werden wie vergleichbare Produkte ohne gentechnische Veränderung.

Experten aus Medien, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft erwarten eine kontroverse Ministerkonferenz mit lebendigen Debatten der Mitglieder. Gespannt blickt die Welt auf die WTO-Ministerkonferenz in Deutschland.

### Wichtige Gruppen in den Agrar-Verhandlungen:

<b>Cairns-Gruppe</b>	Gruppe von Agrarexporteurern (Industrie- und Entwicklungsländer), die Liberalisierung fordert
<b>G20</b>	Gruppe von Entwicklungsländern, die von Industrieländern Liberalisierung fordert
<b>G33</b>	Gruppe von Entwicklungsländern, die Schutzmaßnahmen für Entwicklungsländer fordert
<b>Cotton 4 (C4)</b>	Gruppe von baumwollproduzierenden LDCs, die die Abschaffung von Baumwollsubventionen fordert
<b>AKP</b>	Afrikanische, karibische und pazifische Staaten, die als ehemalige Kolonien enge Handelsbeziehungen mit der EU haben
<b>LDC</b>	Gruppe der Least Developed Countries (=am wenigsten entwickelten Länder; LDC). Diese haben sich in der G 90 (Gruppe 90) zusammengeschlossen.

## M.2 – WTO-Geschäftsordnung

### Artikel 1: Vorsitz und Leitung der Ministerkonferenz

Die Ministerkonferenz wird vom Generalsekretariat der WTO geleitet. Der Vorsitz hat administrative, organisatorische und leitende Funktionen und deshalb kein Stimmrecht in der Ministerkonferenz.

### Artikel 2: Aufgaben des Vorsitzes

Der Vorsitz zeichnet sich für den formal korrekten Ablauf der Konferenz und die Einhaltung dieser Geschäftsordnung verantwortlich. Er erteilt das Rederecht, definiert Fristen und steht den Mitgliedsstaaten als Ansprechpartner zu Verfügung.

### Artikel 3: Ablauf der Ministerkonferenz

Die Konferenz beginnt mit einem „Tour de Table“, in dem jeweils die Vertretenden jedes Mitgliedsstaates ein kurzes Statement zu den Positionen und Zielen Ihres Landes auf der Konferenz abgeben. Für dieses Statement werden die Vertretenden gebeten, sich zu erheben. Es folgen zwei Verhandlungsrunden, in welchen Anträge erarbeitet werden. Die Anträge werden in den Plenardebatten beraten und abgestimmt.

### Artikel 4: Etikette

Es gilt während der gesamten Ministerkonferenz die höfliche Anrede.

### Artikel 5: Grundprinzipien der WTO-Verhandlungen

- (1) Prinzip der Meistbegünstigung (Handelserleichterungen, die gewährt werden, gelten für alle)
- (2) Prinzip der Gegenseitigkeit (Abbau von Handelshemmnissen nur bei Gegenleistungen),
- (3) Prinzip der Inländerbehandlung (Alle Produkte müssen gleich behandelt werden),
- (4) Prinzip der Transparenz (Geheime Abkommen sind nicht erlaubt).

### Artikel 6: Anträge

Die Mitgliedstaaten der WTO-Ministerkonferenz haben das Recht, Anträge einzureichen, in welchen sie konkrete gemeinsame Lösungsvorschläge für mindestens einen Verhandlungsgegenstand zur Abstimmung einreichen. Ein solcher Antrag ist von einem Mitgliedsstaat verantwortlich zu zeichnen und muss von mindestens zwei weiteren Mitgliedsstaaten offiziell unterstützt werden.

### Artikel 7: Notifizierung von Anträgen

Anträge sind fristgerecht dem Vorsitz zur Prüfung einzureichen (sogenannte Notifizierung) und werden bei formaler Korrektheit unter Leitung des Vorsitzes im Plenum zur Abstimmung gestellt.

### Artikel 8: Beschlussfassung

Die endgültige Beschlussfassung erfolgt grundsätzlich einstimmig („Konsensprinzip“) durch die Mitglieder der WTO-Ministerkonferenz. Das Ergebnis wird schriftlich in einem Abschlussdokument festgehalten. Die Abstimmung der Anträge erfolgt im Plenum durch Heben des Tischeschildes.



## M.3 - Arbeitsblatt für die Vorbereitung auf die WTO-Ministerkonferenz

1. Arbeiten Sie aus den vorliegenden Unterlagen (Szenario, Dossier Ihrer Delegation) die Positionen Ihres Landes zu den drei Verhandlungsthemen (Zölle auf Bananen, Subventionen für Baumwolle, Verbraucherschutz bei gentechnisch modifizierten Organismen) heraus.
2. Erstellen Sie ein kurzes Statement für die Eröffnung der WTO-Ministerkonferenz. Die Redezeit beträgt maximal zwei Minuten.
  - Beginnen Sie ihre Rede mit einem Gruß an die anwesenden Delegierten und stellen Sie die Vertreter Ihrer Delegation vor.
  - Gehen Sie zuerst kurz auf die grundsätzliche wirtschaftliche Lage Ihres Landes ein und benennen Sie dann die konkreten Positionen Ihres Landes bezüglich der drei Verhandlungsthemen.
  - Sie können auch mögliche Bündnispartner nennen und Appelle an einzelne Delegationen richten. Fassen Sie sich dabei jedoch kurz!
  - Beenden Sie Ihr Statement, indem Sie Ihren Wunsch zu erfolgreichen Beratungen zum Ausdruck bringen.
3. Falls Ihnen noch Zeit bis zur Eröffnung der Konferenz bleibt: Gestalten Sie eine Strategie, wie Sie in den Verhandlungen Ihre Positionen möglichst umfassend durchsetzen können. Beziehen Sie dabei mit ein, welche Delegationen potentielle Bündnispartner sind und welche Delegationen Sie noch von Ihren Positionen überzeugen müssen.
4. Notieren Sie während der Eröffnungsrunde Informationen von anderen Delegationen, die für Sie von Wichtigkeit sein könnten (mögliche Bündnispartner, wichtige Akteure, zentrale Forderungen, u.a.).

## M.3 - Arbeitsblatt für die Vorbereitung auf die WTO-Ministerkonferenz

Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Delegierte,

Allgemeine Wirtschaftslage:

Zollabbau auf Bananen:

Subventionsabbau auf Baumwolle:

Verbraucherschutz bei gentechnisch modifizierte Organismen – GMO:

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

---

# Rollenkarten

## M.4 - Rollenkarte Australien



LÄNDERINFORMATIONEN	
Größe	7.692.024 km <sup>2</sup>
Hauptstadt	Canberra
Einwohnerzahl	über 88 Millionen
Lage	Kontinent auf der Südhalbkugel, liegt nordwestlich von Neuseeland und südlich von Indonesien.
Entwicklungsstand	Industriation
Mitgliedschaft in WTO-Gruppen	Cairns-Gruppe
Pro-Kopf-BIP	ca. 51.850 USD / 42.586 Euro (2016)

### ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSLAGE

Australien ist flächenmäßig eines der größten Länder weltweit und zudem überaus reich an wertvollen Rohstoffen, wie etwa Gold, Eisenerz und Erdöl. Von der Förderung und dem Export dieser Rohstoffe profitierte die australische Wirtschaft jahrelang und schreibt nunmehr seit über 20 Jahren positive Wachstumszahlen. Allerdings blicken die Australier mit Verunsicherung in die Zukunft, denn die Preise für die in Australien produzierten Rohstoffe auf dem Weltmarkt sinken kontinuierlich. Deshalb versucht die australische Regierung, Reformen und Sparmaßnahmen zur Entlastung des Haushaltes einzuführen. Als Industriation versuchen sie ihre Position auf dem Weltmarkt ebenso zu behaupten wie die EU, die USA und Kanada.

### LANDWIRTSCHAFT

Wie für Industrieländer üblich, ist nur ein sehr geringer Prozentsatz der australischen Arbeitnehmer (2,8 Prozent im Jahr 2016) in der Landwirtschaft beschäftigt. Zwar liegt der Anteil des australischen Bruttoinlandsprodukts, der durch die Landwirtschaft bzw. durch den Bergbau erwirtschaftet wird bei lediglich 10%, jedoch machen diese beiden Sektoren rund 70% der australischen Exporte aus. Die landwirtschaftlichen Betriebe in Australien arbeiten aufgrund sehr großer Betriebsgrößen und moderner Technik äußerst effizient.

Australien zählt zu den größten Baumwollproduzenten auf dem Weltmarkt und exportiert auch einen Großteil der produzierten Menge. 2015/16 konnte Australien beispielsweise 616.000 Tonnen Baumwolle auf dem Weltmarkt absetzen. Australische Baumwolle ist auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig, obwohl Australien seinen Produzenten keine Subventionen zahlt.

### AUSSENHANDEL

Die wichtigsten Exportgüter sind verschiedene Bodenschätze (Kohle, Eisenerz, Gold, Erdöl-Produkte und Erdgas) und Agrarprodukte (Weizen, Baumwolle). Bedeutende Abnehmerländer sind Kanada, Mexiko, China, Japan und Deutschland. Die wichtigsten Importgüter dagegen sind Medikamente, PKW und vor allem Rohöl und raffiniertes Öl.

## SUBVENTIONEN

In den vergangenen Jahrzehnten reduzierte die australische Regierung schrittweise die Subventionszahlungen an ihre Landwirte. Heute haben sie nun im Vergleich mit allen OECD-Ländern (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; internationale Organisation der Industrieländer) die geringsten Subventionen auf Agrarprodukte.

Sie fordern deshalb während der WTO-Verhandlungen einen Abbau der Agrarsubventionen auf Seiten der Industrienationen. Denn die Zahlung von Subventionen stellt ihrer Meinung nach eine Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten Australiens dar. Sie können sich zur Verwirklichung Ihrer Ziele mit Entwicklungs- und Schwellenländern zusammenschließen, die ebenfalls eine Reduzierung der Subventionszahlungen fordern. Australien tritt als Anführer der Cairns-Gruppe auf, in der sich Agrargüter exportierende Länder aller Entwicklungsstufen zusammengeschlossen haben, um sich für eine Liberalisierung des Agrarmarkts einzusetzen.

## ZÖLLE

Aufgrund der Konkurrenzfähigkeit seiner Landwirte, muss Australien die heimische Landwirtschaft nicht wie andere Industrieländer mit hohen Zöllen schützen. Der durchschnittliche angewandte Zoll auf Agrargüter betrug 2016 1,2 Prozent.

## VERBRAUCHERSCHUTZ (GENTECHNISCH MODIFIZIERTE ORGANISMEN - GMOS)

Australien baut im Vergleich zu einigen anderen großen Industrie- und Schwellenländern, wie etwa die USA, Kanada, Brasilien, Indien oder China nur in geringem Umfang auf ca. 0,9 Millionen Hektar (Stand 2016) GMOs an. Dabei handelt es sich um Raps und vor allem um Baumwolle. Von der in Australien angebauten Baumwolle sind inzwischen 99 Prozent genteisch verändert.

Der Anbau und Import von GMOs und daraus hergestellten Produkten unterliegt einem speziellen Genehmigungsverfahren, das aber nicht dem von der EU geprägten Vorsorgeprinzip folgt. Wenn keine Gefährdung durch eine bestimmte GMO festgestellt wird, wird sie zugelassen. Australien ist daher auch nicht dem auf dem Vorsorgeprinzip basierenden „Cartagena Protocol on Biosafety“ beigetreten.

## M.4 - Rollenkarte Benin



LÄNDERINFORMATIONEN	
Größe	112.622 km <sup>2</sup>
Hauptstadt	Porto-Novo
Einwohnerzahl	10,8 Mio. (Stand 2016)
Lage	Staat in Westafrika, grenzt im Norden an Burkina Faso und Niger, im Osten an Nigeria, im Süden an den Atlantischen Ozean und im Westen an Togo.
Entwicklungsstand	Entwicklungsland
Mitgliedschaft in WTO-Gruppen	AKP, Afrikanische Gruppe, LDC, G90, G33, Cotton Four
Pro-Kopf-BIP	ca. 803 USD / 660 Euro (2016)

### ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSLAGE

Benin ist eines der am wenigsten entwickelten und ärmsten Länder der Welt. Die Bevölkerung in Benin wächst schon seit Jahren stark an - um ca. 3,5% jährlich. Das Wirtschaftswachstum dagegen kann mit dieser steigenden Bevölkerungsrate nicht mithalten, und somit wird eine effektive Bekämpfung der Armut in Benin in den kommenden Jahren nicht realisierbar sein. Die Armut ist vor allem in den ländlichen Gebieten gravierend – rund 50 Prozent der Bevölkerung lebt dort unterhalb der Armutsgrenze. Neben der Armut lähmt die kaum vorhandene wirtschaftliche Infrastruktur die Entwicklung des Landes.

Benin ist ein Agrarland: ein Großteil des Bruttoinlandsproduktes ihres Landes wird durch die Produktion und den Export von Agrargütern erwirtschaftet. Neben der Landwirtschaft ist die günstige Lage des beninischen Hafens eine wichtige wirtschaftliche Stütze. Der Handel, der über den Hafen abgeschlossen wird, trägt mit mehr als zehn Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei.

### LANDWIRTSCHAFT

Ein Großteil der beninischen Bevölkerung ist im primären Sektor (Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und Forsten) beschäftigt. 43,4 Prozent der Arbeitnehmer waren 2016 allein in der Landwirtschaft beschäftigt. Das mit großem Abstand wichtigste Anbauprodukt in Benin ist die Baumwolle. Allein 2015/16 konnten die beninischen Baumwollproduzenten 104.000 Tonnen qualitativ hochwertigste Baumwolle herstellen (67.000 Tonnen Baumwollrestbestände vom Vorjahr) und 108.000 Tonnen auf dem Weltmarkt exportieren.

Obwohl Benin viel effizienter und billiger produzieren kann als bspw. die USA, ist die hoch subventionierte, qualitativ schlechtere US-Baumwolle billiger als die beninische Baumwolle. Die Baumwolle aus Benin ist auf dem internationalen Markt somit nur bedingt wettbewerbsfähig und stellt nur einen minimalen Teil der weltweit gehandelten Baumwolle dar. Die beninische Regierung kann sich, im Gegensatz zu den wirtschaftlich starken USA keine nennenswerten Subventionszahlungen im Agrarbereich leisten. Im Außenhandel stellt Baumwolle dennoch das wichtigste Exportgut dar.

## SUBVENTIONEN

Da die wirtschaftlich schwierige Situation Benins eine Subventionierung der einheimischen Wirtschaft nicht zulässt, stellen Subventionen für Landwirte in anderen Ländern eine Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten ihrer Wirtschaft dar. Dies wird besonders am Beispiel der Baumwolle deutlich. Für andere Baumwollproduzenten unter den Entwicklungsländern wie Burkina Faso, Mali und Tschad, aber selbst für Schwellenländer wie Brasilien und Indien stellt die Konkurrenz mit den USA im Baumwollhandel eine ähnliche Herausforderung dar. Sie fordern deshalb in Kooperation mit diesen Ländern eine erhebliche Reduzierung oder eine Abschaffung von Agrarsubventionen, um einen fairen Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu ermöglichen.

Zu bedenken ist dabei auch, dass Baumwollproduzenten und ihre Familien in Benin bei sinkenden Absatzchancen auf dem Weltmarkt von existentiellen Problemen wie Verschuldung und Hunger bedroht sind. Alternative Beschäftigungsmöglichkeiten oder ein Sozialsystem stehen ihnen im Gegensatz zu Landwirten in den Industrieländern kaum zur Verfügung.

## ZÖLLE

Für Sie ist nicht nur die Öffnung der Absatzmärkte in den Industrienationen entscheidend. Gleichzeitig ist der Schutz Ihres eigenen Marktes vor den subventionierten Produkten aus den entwickelten Ländern von größter Bedeutung. Deshalb streben Sie – möglicherweise in Kooperation mit anderen Entwicklungsländern – eine Sonderstellung für Entwicklungsländer im internationalen Marktgeschehen an. Vorstellbar wäre, dass im Falle eines Abbaus von Schutzzöllen in den WTO-Staaten eine Sonderregelung für die ärmeren Staaten getroffen wird und diesen die Beibehaltung eines Schutzzolles erlaubt bliebe. Der durchschnittliche angewandte Zoll bei Agrargütern lag in Benin 2016 bei 15,8 Prozent.

Wie andere AKP-Länder profitierte Benin in der Vergangenheit von dem präferentiellen (= bevorzugten) Marktzugang, den die EU den AKP-Länder aufgrund der historischen Verantwortung für die ehemaligen Kolonien gewährte, ohne dass die AKP-Länder umgekehrt ihre Märkte für EU-Produkte öffnen mussten. Diesen präferentiellen Marktzugang möchten die AKP-Länder als Gruppe unbedingt beibehalten. Auch wenn Benin selbst keine Bananen exportiert, unterstützen Sie daher andere Bananen-exportierende AKP-Staaten in ihren diesbezüglichen Forderungen.

## VERBRAUCHERSCHUTZ (GENTECHNISCH MODIFIZIERTE ORGANISMEN - GMOS)

Benin hat wie die meisten anderen afrikanischen Staaten das „Cartagena Protokoll on Biosafety“ (CPB) ratifiziert, das dem von der EU geprägten Vorsorgeprinzip folgt. Seit 2002 ist in Ihrem Land geregelt, dass es bis auf weiteres nicht zulässig ist in Benin irgendwelche gentechnisch modifizierten Organismen (GMOs) anzubauen oder GMO-Produkte zu importieren. Die Regierung begründet diese strikte Haltung mit dem Vorsorge-Prinzip. GMOs sollen erst eingeführt werden, wenn deren Unschädlichkeit erwiesen ist. In Benin ist das Vorsorgeprinzip noch wichtiger als in der EU, da Benin nicht in der Lage ist, den Anbau von GMO-Produkten effektiv zu kontrollieren und wissenschaftlich zu begleiten, um ungewollte Kreuzungen mit konventionellen Pflanzen zu vermeiden und Risiken frühzeitig zu erkennen.

## M.4 - Rollenkarte Brasilien



LÄNDERINFORMATIONEN	
Größe	8.514.215 km <sup>2</sup>
Hauptstadt	Brasília
Einwohnerzahl	207,1 Mio.
Lage	Größter Staat Südamerikas (47% der Fläche); grenzt an alle Länder Südamerikas außer Chile und Ecuador; Atlantik
Entwicklungsstand	Schwellenland
Mitgliedschaft in WTO-Gruppen	Cairns-Gruppe, G20
Pro-Kopf-BIP	ca. 8.649 USD / 7.104 EUR (2016)

### ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSLAGE

Brasilien ist das wirtschaftlich bedeutendste Land Lateinamerikas und die siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt und verfügt über wichtige Ressourcen (Bodenschätze, Wasser), Arbeitskräfte und gute Bedingungen für die Landwirtschaft. Die meisten Beschäftigten Ihres Landes sind in den folgenden Wirtschaftsbereichen tätig: Landwirtschaft, Nahrungsmittelproduktion, Maschinenbau, Automobil- und Autoteilebau, Eisen- und Metallindustrie und Textilindustrie. Sie versuchen sich zusammen mit anderen großen Schwellenländern wie Russland, Indien, China und Südafrika (sog. BRICS-Staaten) und den Entwicklungsländern zu einer Interessengemeinschaft zusammenzuschließen, um in den WTO-Verhandlungen mehr Druck auf die Industrienationen ausüben zu können. Dazu sollten Sie gegebenenfalls auch die Interessen kleinerer Entwicklungsländern in Ihren Forderungen berücksichtigen.

### LANDWIRTSCHAFT

Die Arbeitsplätze von 30 Mio. Brazilianern hängen direkt oder indirekt von der Landwirtschaft ab. 15,2 Prozent der Arbeitnehmer waren 2016 in der Landwirtschaft beschäftigt. Mit inzwischen ca. 40 Mio. ha Anbaufläche und bis zu drei Ernten pro Jahr ist Brasilien einer der weltgrößten Produzenten von Zuckerrohr, Orangen, Kaffee, Sojabohnen, Mais, Rindfleisch und Geflügel. Zudem ist Brasilien im weltweiten Vergleich der fünftgrößte Produzent sowohl von Baumwolle als auch von Bananen. Brasilien konnte in den letzten Jahren stark vom Rohstoffboom, v.a. im Agrarbereich, profitieren. 42% aller brasilianischen Exportgüter sind landwirtschaftliche Produkte und machen 33% des Bruttosozialproduktes aus.

### AUSSENHANDEL

Brasilien ist ein marktwirtschaftlich orientiertes Schwellenland. Der Anteil der Industriewaren und Dienstleistungen wächst ständig. Der Anteil des Außenhandels am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist trotz Außenhandelsliberalisierung in den 1990er Jahren mit ca. 20% immer noch sehr gering. 2015/16 exportierte Brasilien 939.000 Tonnen Baumwolle und 80.300 Tonnen Bananen. Ihre wichtigsten Handelspartner sind die EU, China, die USA und Argentinien. Zudem sind Sie Mitbegründer und wichtigster Akteur im südamerikanischen Binnenmarkt Mercosul und verstärken zunehmend den Handel mit dessen Mitgliedern (Argentinien, Uruguay, Paraguay und Venezuela).



## SUBVENTIONEN

Sie fordern zusammen mit anderen Schwellen- und Entwicklungsländern einen radikalen Abbau der Agrarsubventionen, denn die wirtschaftliche Situation Ihres Landes lässt eine Subventionierung der einheimischen Landwirtschaft nur in einem geringen Umfang zu. Subventionen für Landwirte in anderen Ländern bilden damit eine Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten Brasiliens. Aussicht auf Einigung im Streit um die Agrarsubventionen besteht Ihrer Ansicht nach nur dann, wenn die reicheren Industrienationen mit dem Abbau der Subventionen beginnen. Sollten sich die Industrieländer diesen Forderungen verweigern, können Sie damit drohen, Ihre eigenen Einfuhrzölle auf Industriegüter weiterhin hoch zu halten und damit den Export der Industrienationen zu behindern. Dies würde den Industriestaaten den Zugang zu einem Großteil des südamerikanischen Marktes erschweren, da sich Brasilien mit den Mitgliedsstaaten des Mercosul einen gemeinsamen Außenzoll teilt. Brasilien hat seinen Baumwollproduzenten in den letzten Jahren teilweise Subventionen gezahlt, wenn sinkende Weltmarktpreise dies nötig machten. Gerne würden Sie jedoch darauf verzichten, wenn die baumwollanbauenden Industrienationen, allen voran die USA, ihre – meist wesentlich höheren – Subventionen ebenfalls streichen würden.

## ZÖLLE

Besonders wichtig für die brasilianische Exportwirtschaft sind Rohstoffe und zwar sowohl landwirtschaftliche als auch mineralische. Deshalb bemühen Sie sich, während den WTO-Verhandlungen, den Markt für landwirtschaftliche Produkte weiter zu liberalisieren. Brasilien selbst hat einen durchschnittlichen angewandten Zoll von 10 Prozent (Stand 2016) auf Agrarprodukte.

Einfuhrzölle von Industrienationen auf landwirtschaftliche Produkte stellen eine Behinderung für Ihre Exportwirtschaft dar. Folglich wehren Sie sich zusammen mit anderen südamerikanischen Staaten gegen die niedrigeren Einfuhrzölle für Bananen in der EU, die den AKP-Staaten gewährt werden. Dabei geht es Ihnen um das Prinzip der Gleichbehandlung von lateinamerikanischen Staaten und der Öffnung des Agrarmarkts. Die Öffnung des EU-Markts für Bananen im Speziellen ist für Brasilien aufgrund der geringen Exportrate bei Bananen aber nicht von zentraler Bedeutung.

## VERBRAUCHERSCHUTZ (GENTECHNISCH MODIFIZIERTE ORGANISMEN - GMOS)

Brasilien hat das „Cartagena Protokoll on Biosafety“ ratifiziert, das dem von der EU geprägten Vorsorgeprinzip folgt. Gesetzlich festgelegte Vorschriften regulieren seit 2005 in Brasilien den Anbau gentechnisch veränderter Organismen. Diese Gesetzesvorgaben zählen im internationalen Vergleich zu den strengeren Regelungen. Jede GMO-Sorte muss einzeln zum Anbau oder Import zugelassen werden. Nahrungs- und Futtermittel, die mehr als 1% GMO enthalten, müssen gekennzeichnet werden.

Trotzdem ist Brasilien mit einer Gesamtanbaufläche von 49,1 Millionen Hektar (Stand 2016) der weltweit zweitgrößte Produzent gentechnisch veränderter Pflanzen. Dabei handelt es sich um Soja, Mais und Baumwolle, die auch in großen Mengen exportiert werden. 67 Prozent der Baumwolle waren GMO-Sorten. Restriktive Einfuhrregelungen für GMO-Produkte in anderen Ländern stellen daher einen Wettbewerbsnachteil für Brasilien dar.

## M.4 - Rollenkarte Burkina Faso



LÄNDERINFORMATIONEN	
Größe	274.000 km <sup>2</sup>
Hauptstadt	Ouagadougou
Einwohnerzahl	17,6 Mio.
Lage	Binnenland im Sudangürtel südlich des großen Nigerbogens, Norden Teil des Sahel
Entwicklungsstand	Entwicklungsland
Mitgliedschaft in WTO-Gruppen	AKP, Afrikanische Gruppe, LDC, G90, Cotton Four
Pro-Kopf-BIP	ca. 717 USD / 589 Euro (2014)

### ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSLAGE

Burkina Faso ist eines der am wenigsten entwickelten und ärmsten Länder der Welt. Bei einem andauernden Bevölkerungswachstum von 3,1% pro Jahr dürfte Burkina Faso schon in wenigen Jahrzehnten an die Grenzen seiner eigenen Ernährungsmöglichkeiten stoßen.

Burkina Faso ist ein Agrarland: ca. 80% der Bevölkerung leben im ländlichen Raum, die Landwirtschaft trägt im Mittel mit etwa 35-39% zum Bruttoinlandsprodukt bei. Allerdings kämpft Ihr Land mit erheblichen Standortnachteilen: ungünstige Binnenlage, schlechter Anschluss an internationale Märkte, Mangel an preisgünstigen Energiequellen, kaum Bodenschätze, geringes Ausbildungs- und Produktivitätsniveau und eine Zunahme der HIV-Infektionen innerhalb der arbeitenden Bevölkerung werden auch in absehbarer Zukunft eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in Burkina Faso hemmen.

### LANDWIRTSCHAFT

80,1% (Stand 2016) der Arbeitskräfte sind im primären Sektor (Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und Forsten) beschäftigt. Trockenheit und Bodenerosion behindern ernsthaft die Entwicklung der Landwirtschaft bzw. führen dazu, dass in vielen Regionen schon heute keine Landwirtschaft mehr betrieben werden kann. Die wichtigsten Anbauprodukte sind Hirse, Mais, Erdnüsse, Reis sowie Baumwolle. Trotz der schwierigen Bedingungen konnte Burkina Faso 2015/16 272.000 Tonnen exportieren.

Obwohl Burkina Faso viel effizienter und billiger produzieren könnte als bspw. die USA, ist die hoch subventionierte, qualitativ schlechtere US-Baumwolle billiger als die burkinische Baumwolle. Die Baumwolle aus Burkina Faso ist auf dem internationalen Markt somit nur bedingt wettbewerbsfähig. Die burkinische Regierung kann sich, im Gegensatz zu den wirtschaftlich starken USA keine nennenswerten Subventionszahlungen im Agrarbereich leisten. Im Außenhandel stellt Baumwolle dennoch das wichtigste Exportgut dar. Weitere wichtige Exportgüter sind Gold und Vieh.

## SUBVENTIONEN

Da die wirtschaftlich schwierige Situation Burkina Fasos eine Subventionierung der einheimischen Wirtschaft nicht zulässt, stellen Subventionen für Landwirte in anderen Ländern eine Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten Ihrer Wirtschaft dar. Dies wird besonders am Beispiel der Baumwolle deutlich. Für andere Baumwollproduzenten unter den Entwicklungsländern wie Benin, Mali und Tschad, aber selbst für Schwellenländer wie Brasilien und Indien stellt die Konkurrenz mit den USA im Baumwollhandel eine ähnliche Herausforderung dar. Sie fordern deshalb in Kooperation mit diesen Ländern eine erhebliche Reduzierung oder eine Abschaffung von Agrarsubventionen, um einen fairen Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu ermöglichen.

Zu bedenken ist dabei auch, dass Baumwollproduzenten und ihre Familien in Burkina Faso bei sinkenden Absatzchancen auf dem Weltmarkt von existentiellen Problemen wie Verschuldung und Hunger bedroht sind. Alternative Beschäftigungsmöglichkeiten oder ein Sozialsystem stehen ihnen im Gegensatz zu Landwirten in den Industrieländern kaum zur Verfügung.

## ZÖLLE

Für Sie ist nicht nur die Öffnung der Absatzmärkte in den Industrienationen entscheidend. Gleichzeitig ist der Schutz Ihres eigenen Marktes vor den subventionierten Produkten aus den entwickelten Ländern von größter Bedeutung. Deshalb streben Sie – möglicherweise in Kooperation mit anderen Entwicklungsländern – eine Sonderstellung für Entwicklungsländer im internationalen Marktgeschehen an. Vorstellbar wäre, dass im Falle eines Abbaus von Schutzzöllen in den WTO-Staaten eine Sonderregelung für die ärmeren Staaten getroffen wird und diesen die Beibehaltung eines Schutzzolles erlaubt bliebe. Der durchschnittliche angewandte Zoll auf Agrarprodukte beträgt in Burkina Faso 15,8 Prozent (Stand 2016).

Wie andere AKP-Länder profitierte Burkina Faso in der Vergangenheit von dem präferentiellen (= bevorzugten) Marktzugang, den die EU den AKP-Ländern aufgrund der historischen Verantwortung für die ehemaligen Kolonien gewährte, ohne dass die AKP-Länder umgekehrt ihre Märkte für EU-Produkte öffnen mussten. Diesen präferentiellen Marktzugang möchten die AKP-Länder als Gruppe unbedingt beibehalten. Auch wenn Burkina Faso selbst nicht in nennenswertem Umfang Bananen exportiert, unterstützen Sie daher andere Bananen-exportierende AKP-Staaten in ihren diesbezüglichen Forderungen.

## VERBRAUCHERSCHUTZ (GENTECHNISCH MODIFIZIERTE ORGANISMEN - GMOS)

Burkina Faso ließ 2008 als erstes westafrikanisches Land GMO-Baumwolle zum Anbau und Verkauf zu. Die Bevölkerung steht dem GMO-Anbau grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber. Obwohl GMO-Saatgut teurer ist als konventionelles und von den Bauern nicht selbst vermehrt werden kann, entschloss sich die burkinische Branchenorganisation für Baumwolle in Kooperation mit dem agrarwirtschaftlichen Konzern Monsanto, GMO-Baumwolle zu testen. Die Produktionssteigerung durch die GMO-Baumwolle blieb jedoch hinter den von Monsanto gemachten Versprechungen zurück und gleichzeitig sank die Qualität der produzierten Baumwolle, was den Absatz auf dem Weltmarkt erschwerte. Die Branchenorganisation beschloss daher 2015 den Anbau von GMO-Baumwolle wieder auslaufen zu lassen. Burkina Faso hat wie die meisten anderen afrikanischen Staaten das „Cartagena Protokoll on Biosafety“ (CPB) ratifiziert, das dem von der EU geprägten Vorsorgeprinzip folgt. Eine nationale Behörde für Biosicherheit ist zuständig für die Zulassung von GM-Sorten für Anbau, Import und Verkauf. Grundsätzlich besteht eine Kennzeichnungspflicht für GMOs und daraus hergestellte Produkte. Die Durchsetzung der Regelungen ist jedoch aufgrund fehlender technischer Kapazitäten schwierig.

## M.4 - Rollenkarte China



LÄNDERINFORMATIONEN	
Größe	9.597.995 km <sup>2</sup> (inkl. Taiwan, Hongkong und Macau)
Hauptstadt	Peking (Beijing)
Einwohnerzahl	1,382 Mrd.
Lage	Ostasien; Pazifikküste
Entwicklungsstand	Schwellenland
Mitgliedschaft in WTO-Gruppen	G20, G33
Pro-Kopf-BIP	ca. 8.929 USD / 7.331 Euro (2016)

### ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSLAGE

Vor etwa 30 Jahren änderte die Kommunistische Partei Chinas ihre Wirtschaftspolitik und beschloss private Initiativen in der Wirtschaft zuzulassen. Diese Politik führte zu wirtschaftlichem Wachstum, auch wenn bis heute Teile der Wirtschaft staatlich gelenkt werden und investitionsgesteuert sind. Nach Einschätzungen wird sich der Wachstumstrend abschwächen und staatliche Stellen werden sich stärker zurückziehen. China hat im Jahr 2010 Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft abgelöst und nach Kaufkraft konnte China 2014 sogar zur größten Wirtschaftsmacht weltweit aufsteigen.

Der Wirtschaftsaufschwung führte in den vergangenen Jahren zu einem wachsenden Wohlstandsgefälle zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung. Zudem kommt es immer wieder zu Arbeiterstreiks aufgrund der schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Industrie und zu verbotenen politischen Protesten gegen die kommunistische Regierung.

China ist zwar ein wirtschaftlich aufstrebendes Schwellenland, die sozialen Entwicklungsindikatoren (Alphabetisierungsrate, Säuglingssterblichkeit, Lebenserwartung, Entwicklung demokratischer Strukturen) hinken der wirtschaftlichen Entwicklung jedoch hinterher. In den WTO-Verhandlungen suchen Sie aufgrund des ähnlichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstandes die Zusammenarbeit mit Brasilien und Indien.

### LANDWIRTSCHAFT

China steht unverändert vor gewaltigen entwicklungspolitischen Aufgaben: Beinahe die Hälfte der Bevölkerung lebt auf dem Land, von der noch über die Hälfte in ihrer wirtschaftlichen Existenz von der Landwirtschaft abhängt. 2016 waren immerhin noch 27,8 Prozent der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft beschäftigt – ein Wert, der deutlich über dem westlicher Industrieländer liegt. Wirtschaftlich spielt die Landwirtschaft aber kaum noch eine Rolle. Ihre Landwirte produzieren weltweit am meisten Getreide und Fleisch. Dennoch sind Sie kaum in der Lage den steigenden Nahrungsbedarf Ihrer Bevölkerung, immerhin nahezu ein Fünftel der Weltbevölkerung, zu decken. Außerdem ist Ihr Land mit einer Produktionsmenge von 4.989.000 Tonnen (2015/16) der weltweit größte Baumwollproduzent und einer der größten Hersteller genmanipulierter Nahrungsmittel.

## AUSSENHANDEL

Der chinesische Außenhandel wuchs in den letzten Jahren rapide und hat sich mehr als verzehnfacht. Die Wachstumszahlen der jüngeren Vergangenheit reichen jedoch nicht mehr an diesen enormen wirtschaftlichen Aufschwung heran, denn die Exportquoten stiegen zuletzt nur noch um knapp 7% bzw. 6% an. Trotz dieser Entwicklung ist China noch immer Exportweltmeister vor den USA und Deutschland. Die wichtigsten Exportgüter sind: elektronische Erzeugnisse, Textilien und Bekleidung, Elektrotechnik, Maschinen und chemische Erzeugnisse. Chinas größter Abnehmer sind die USA, gefolgt von der EU, Hongkong und Japan. Obwohl China weltweit die meiste Baumwolle produziert, spielt es als Baumwollexporteur keine große Rolle.

## SUBVENTIONEN

Nach Indien ist China der zweitgrößte Baumwollproduzent und zahlt mittlerweile auch die höchsten Subventionen an die Baumwollproduzenten. Im Anbaujahr 2015/16 zahlte China seinen Produzenten Subventionen von durchschnittlich 10 US-Cent pro US Pound produzierter Baumwolle. Insgesamt beliefen sich die Subventionen auf 1.1 Milliarden US Dollar. Auf den Weltmarktpreis haben Sie aber noch keinen großen Einfluss, da Sie im Moment vor allem für Ihren Binnenmarkt produzieren. Viel wichtiger ist der Einfluss der US-Subventionen auf den Baumwollpreis, da die USA der größte Exporteur von Baumwolle ist.

## ZÖLLE

Chinas Landwirtschaft ist geprägt von hohem Arbeitseinsatz, von häufig veralteter Technologie und geringen Erträgen. Deshalb besteht bei einem Abbau Ihrer eigenen Schutzzölle die Gefahr, dass etwa 200 Mio. der 800 Mio. in der Landwirtschaft tätigen Chinesen ihre Existenzgrundlage verlieren, wenn Güter aus dem Ausland auf den chinesischen Markt drängen. Deswegen sind Sie daran interessiert, dass China innerhalb der WTO-Ordnung den Status eines Entwicklungslandes behält. Dadurch ist es möglich, Vorteile im Bereich der Markttöffnung zu erzielen (z.B. schrittweise Markttöffnung; möglicherweise Beibehaltung von Schutzzöllen; längere Fristen bei der Umsetzung verschiedener Umweltstandards). Der durchschnittliche angewandte Zoll auf Agrargüterimporte in China beträgt 15,5 Prozent (Stand 2016).

Ein weiteres wichtiges Anliegen Ihrerseits ist der Abbau von Zollschränken in den Industrienationen (Öffnung der Märkte), um die eigenen Produkte auf dem Weltmarkt besser absetzen zu können.

## VERBRAUCHERSCHUTZ (GENTECHNISCH MODIFIZIERTE ORGANISMEN - GMOS)

Die Herstellung gentechnisch veränderter Organismen (GMO) ist ein wichtiger Faktor der chinesischen Agrarwirtschaft. Deshalb fördert die Regierung die Forschung im Bereich der Gentechnik, um zukünftig die Lebensmittelversorgung der wachsenden chinesischen Bevölkerung sichern zu können. Die staatliche Führung ist sehr bestrebt, Biotechnologie in der Landwirtschaft als einen Sektor von strategischer Bedeutung auszubauen. In der Bevölkerung gibt es jedoch teilweise erhebliche Vorbehalte gegen GMO-Produkte.

China hat das „Cartagena Protokoll on Biosafety“ (CPB) ratifiziert, das dem von der EU geprägten Vorsorgeprinzip folgt. Der Anbau und Import von GMOs muss staatlich genehmigt werden. Die Regierung hat eine Liste mit GMO-Nahrungs- und Futtermitteln, sowie Saatgut veröffentlicht, die gekennzeichnet werden müssen.

## M.4 - Rollenkarte Ecuador



LÄNDERINFORMATIONEN	
Größe	283.561 km <sup>2</sup>
Hauptstadt	Quito
Einwohnerzahl	16,2 Mio. (Stand 2015)
Lage	Nordwestküste Südamerikas, Andenstaat am Äquator, grenzt im Norden an Kolumbien und im Süden an Peru.
Entwicklungsstand	Entwicklungsland
Mitgliedschaft in WTO-Gruppen	G20, G33
Pro-Kopf-BIP	ca. 5.803 USD / 4.765 Euro (2016)

### ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSLAGE

Auf Ecuador trifft die klassische Definition eines Entwicklungslandes nicht mehr zu, auch wenn es in einigen Bereichen Rückschläge gab. In den vorherigen Jahren wuchs die ecuadorianische Wirtschaftsleistung kontinuierlich. 2015 kam es jedoch zu einem Einbruch - 2017 stieg das Bruttoinlandsprodukt wieder um 0,2% (im Vergleich zum Vorjahr). Des Weiteren liegt die Arbeitslosigkeit mit 5,12% auf einem sehr niedrigen Niveau, was sich positiv auf die Bekämpfung der Armut auswirkt. Allerdings leben noch immer 32% der Bevölkerung Ihres Landes in Armut. Die ecuadorianische Regierung kümmert sich aber auch zunehmend um die Bildung.

Den wirtschaftlichen Aufschwung verdankt Ecuador seinen reichen Erdölvorkommen. Der Erdölexport machte 2016 etwa 1/3 der gesamten Staatseinnahmen aus und ist somit der mit Abstand bedeutendste Wirtschaftszweig Ecuadors. Die reichen Erdölvorkommen ermöglichen zwar die wirtschaftlich und sozial positive Entwicklung Ecuadors, jedoch birgt die hohe Abhängigkeit von diesem Wirtschaftszweig auch Risiken. Die unberechenbaren Schwankungen des Weltmarktpreises für Erdöl kann für die ecuadorianische Wirtschaft zur Gefahr werden. Seit 2015 zeigt sich dies durch die stark gesunkenen Ölpreise. Während in den vergangenen Jahren hohe Erdölexporterlöse der Regierung umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur erlaubten, musste das Investitionsbudget aufgrund der geringeren Einnahmen 2015 und 2016 erheblich gekürzt werden, wodurch auch das Bruttoinlandsprodukt stark einbrach.

Die trotzdem zunehmende positive wirtschaftliche Entwicklung in Ecuador ermöglicht Ihrem Land weiter in die öffentliche Verwaltung zu investieren und umfangreiche Infrastrukturprojekte umzusetzen. Zudem nahm, als Folge des Wirtschaftswachstums, auch die politische Stabilität in Ihrem Land in den vergangenen Jahren stetig zu.

### LANDWIRTSCHAFT

Neben der Förderung des Erdöls ist die Landwirtschaft die wichtigste Stütze der ecuadorianischen Wirtschaft. Ca. 25% der Ecuadorianer arbeiten im landwirtschaftlichen Bereich. Zu den wichtigsten Anbauprodukten zählen vor allem Kakao und Bananen. Ecuador zählt zu den

weltweit größten Bananenproduzenten und -exporteuren. Ein Großteil der Bananen wird in die Länder des südamerikanischen Kontinentes, die USA und die EU exportiert. Insgesamt wurden 6.039.600 Tonnen Bananen ausgeführt.

Die EU gewährt einigen ehemaligen europäischen Kolonien (AKP-Staaten) einen präferentiellen (= bevorzugten) Marktzugang für den Export ihrer Bananen. Ecuador und zahlreiche weitere südamerikanische Staaten werden durch diesen präferentiellen Marktzugang benachteiligt, da sie höhere Importzölle abführen müssen, um ihre Bananen auf dem europäischen Markt anbieten zu können.

### AUSSENHANDEL

Die ecuadorianische Volkswirtschaft ist, abgesehen vom Erdöl und einigen landwirtschaftlichen Produkten, sehr abhängig von Importen und weist deshalb auch seit Jahren ein Handelsbilanzdefizit auf. Um diesem Defizit entgegenzuwirken, führte die ecuadorianische Regierung hohe Schutzzölle von bis zu 45% für Importwaren ein. Der durchschnittliche angewandte Zoll auf landwirtschaftliche Produkte beträgt 12,3 Prozent (Stand 2016).

### SUBVENTIONEN

Als Entwicklungsland kann es sich Ecuador nicht leisten, seine Landwirte in einem mit den Industrieländern vergleichbaren Maße zu subventionieren. Die Überschwemmung des Weltmarkts mit stark subventionierten und deshalb sehr billigen Agrarprodukten durch die Industrieländer stellt eine Ungerechtigkeit dar, die Ecuador gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der G20-Gruppe bekämpft.

### ZÖLLE

Um die positive wirtschaftliche Entwicklung aufrechterhalten zu können, ist eine Öffnung der Absatzmärkte in den Industrienationen entscheidend. Dies gilt vor allem für den Export von Agrarprodukten wie Bananen. Insbesondere der präferentielle Marktzugang, den die EU den AKP-Staaten gewährt, schadet Ihren Exportgewinnen. Ecuador setzt sich deshalb für einheitliche Einfuhrzölle für alle Entwicklungsländer ein.

Gleichzeitig ist der Schutz des eigenen Marktes vor den subventionierten Produkten aus den entwickelten Ländern von größter Bedeutung. Deshalb streben Sie – möglicherweise in Kooperation mit anderen Entwicklungsländern – eine Sonderstellung für Entwicklungsländer im internationalen Marktgeschehen an. Vorstellbar wäre, dass im Falle eines Abbaus von Schutzzöllen in den WTO-Staaten eine Sonderregelung für die ärmeren Staaten getroffen wird und diesen die Beibehaltung eines Schutzzolles erlaubt bliebe.

### VERBRAUCHERSCHUTZ (GENTECHNISCH MODIFIZIERTE ORGANISMEN - GMOS)

Ecuador hat das „Cartagena Protokoll on Biosafety“ (CPB) ratifiziert, das dem von der EU geprägten Vorsorgeprinzip folgt. In Ecuador ist der Anbau von GMO-Produkten verboten, nicht jedoch der Import. GMO-Sorten von Mais, Baumwolle und Soja werden in erheblichen Mengen importiert.

Seit 2014 müssen Nahrungsmittel, die mehr als 0,9 Prozent GMOs enthalten, gekennzeichnet werden. Für Futtermittel besteht keine Kennzeichnungspflicht.

## M.4 - Rollenkarte EU



LÄNDERINFORMATIONEN	
Größe	4.381.324 km <sup>2</sup>
Hauptstadt	Brüssel und Straßburg
Einwohnerzahl	511,81 Mio. (Stand 2017)
Lage	Europa, z.T. Afrika, Asien, Südamerika
Entwicklungsstand	Industriation
Mitgliedschaft in WTO-Gruppen	Keine Mitgliedschaft in WTO-Gruppen mit Bezug zu den Agrarverhandlungen
Pro-Kopf-BIP	29.200 Euro (2016)

Die Europäische Union vertritt ihre Mitgliedsstaaten in der WTO, wenngleich diese alle auch eigenständige Mitglieder der WTO sind. Der EU-Handelskommissar oder die Handelskommissarin verhandelt für die EU auf der Grundlage eines Verhandlungsmandats, das zuvor vom EU-Rat beschlossen wird. Um ein Abkommen zu unterzeichnen, benötigt der Handelskommissar oder die Handelskommissarin am Ende die Autorisierung durch EU-Rat und EU-Parlament. Die Vielfalt der Positionen der Mitgliedsstaaten macht die Einigung auf eine gemeinsame Linie oft extrem schwierig.

### ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSLAGE

Die Europäische Union bildet den größten Binnenmarkt weltweit, insgesamt erwirtschaftet sie rund ein Viertel des globalen Bruttoinlandsprodukts und gilt als wirtschaftsstarke Region. Das Pro-Kopf-Einkommen unterliegt dabei jedoch je nach Land starken Schwankungen und liegt in Nord- und Westeuropa meist deutlich höher als in den südlichen und östlichen Mitgliedstaaten.

Die wirtschaftlichen Stärken der EU liegen in den Sektoren Dienstleistungen und Industrie. Zur Stärkung der europäischen Industrie fördert die EU neue Technologien und verfügt über zahlreiche Koordinierungsgremien zur Vereinheitlichung von Standards. Außerdem fördert die EU unter anderem die Kooperation vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Forschung und Entwicklung innovativer Produkte für Wachstumsmärkte.

### LANDWIRTSCHAFT

Die Landwirtschaft hat nur eine sehr geringe gesamtwirtschaftliche Bedeutung in der EU (weniger als 2 Prozent der gesamten Wertschöpfung). Wie in anderen Industriestaaten auch ist nur ein geringer Prozentsatz der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft beschäftigt. Allerdings bestehen hier nicht unerhebliche Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedsländern. In Deutschland waren es 2016 beispielsweise 1,4 Prozent, in Polen 11,1 Prozent. Dennoch spielt der Agrarsektor eine wichtige Rolle in der EU-Politik. Bauernverbände haben traditionell einen starken Einfluss auf die Politik.



## AUSSENHANDEL

Etwa zwei Drittel des EU-Handels verläuft innerhalb der Grenzen der Europäischen Union, ein Drittel mit Staaten außerhalb der EU. Insgesamt ist die EU sowohl im Import als auch im Export eine bedeutende Akteurin. Betrachtet man die EU als Ganzes und zählt nur den Handel mit Staaten außerhalb der EU, ist die EU der weltweit zweitgrößte Warenexporteur (nach China) und der zweitgrößte Warenimporteure (nach den USA). Wichtige Handelspartner (im Import und Export) der EU sind China und die USA. Exportiert werden vor allem Maschinen und Fahrzeuge, Chemierzeugnisse und andere Industrieprodukte. Die gleichen Produktgruppen sind auch bei den Importen stark vertreten. Ein weiteres wichtiges Importgut sind mineralische Brennstoffe wie Erdöl, Erdgas und Kohle.

## SUBVENTIONEN

Die Landwirtschaft in der EU ist von hohen Subventionen geprägt, die durch den Gemeinschaftshaushalt getragen werden. Diese dienen dazu, die Landwirtschaft in den EU-Staaten zu erhalten, die ohne Subventionen auf dem Weltmarkt kaum konkurrenzfähig wäre. Außerdem sollen sie den Landwirten ein dem allgemeinen Lebensstandard angemessenes Einkommen garantieren. Der Großteil der Subventionen wird heute als von den Produktionsmengen unabhängige Direktzahlungen an Bauern geleistet, von denen ein Drittel der Gelder an die Bereitstellung besonderer Umweltdienstleistungen wie Anbaudiversifizierung und Erhalt von Grünflächen gekoppelt ist. Zusätzliche Gelder werden für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums bereitgestellt. Die EU verteidigt ihre Subventionen mit folgendem Argument: Landwirtschaft sei nicht nur ein Wirtschaftssektor, sondern erfülle auch kulturelle und soziale Funktionen wie Umweltschutz, Versorgung der Bevölkerung mit lokal erzeugten Lebensmitteln und Erhalt der traditionellen Kulturlandschaft. Aus diesen Gründen möchte die EU ihre Landwirtschaft erhalten. Baumwolle wird in der EU nur in geringen Mengen in Spanien und Griechenland angebaut. 2015/16 exportierte die EU 283.000 Tonnen Baumwollfasern. Der weltweit größte Baumwollexporteur ist die USA mit 1.992.000 Tonnen 2015/16. Im Vergleich zu anderen Ländern zahlt die EU ihren Baumwollproduzenten die höchsten Subventionen pro Kilo produzierter Baumwolle. Insgesamt fallen ihre Subventionen wegen der geringen Produktionsmenge aber vergleichsweise gering aus. So zahlte die EU im Anbaujahr 2015/16 weniger Subventionen als die USA und China. Um die Situation westafrikanischer Baumwollproduzenten zu verbessern, die unter den niedrigen Weltmarktpreisen leiden, wäre daher vor allem ein Abbau der Subventionen Chinas und der USA von Nöten, die wegen der wesentlich höheren Produktions- und Exportmengen einen viel größeren Einfluss auf den Weltmarktpreis haben.

Die Baumwollsubventionen der EU sind notwendig, weil die Anbaubedingungen in der EU vergleichsweise schlecht sind. In den krisengeschüttelten südlichen EU-Ländern Spanien und Griechenland, in denen Baumwolle angebaut wird, spielt Landwirtschaft noch eine relativ große Rolle. Eine Abschaffung der kostspieligen Subventionen ist zwar für die EU als Ganzes ökonomisch sinnvoll, würde aber zu Protesten betroffener Landwirte führen.

## ZÖLLE

Zum Schutz der heimischen Landwirtschaft setzt die EU auch Zölle ein. Der durchschnittliche angewandte Zoll im Agrarbereich liegt in der EU mit 11,1 Prozent (Stand 2016) für ein Industrieland relativ hoch. Bei Bananen ist die eigene Produktion der EU wesentlich geringer als der Bedarf. Es bestehen aber historisch gewachsene Handelsbeziehungen zu ehemaligen Kolonien der Mitgliedsländer in Afrika und der Karibik, für die der Bananenexport eine wichtige Einnahmequelle ist und mit denen die EU ein partnerschaftliches Verhältnis pflegt. Die EU hat ein Abkommen mit den Afrikanischen, Karibischen und Pazifischen (AKP) Staaten geschlossen (Lomé-Abkommen), in dem die EU unter anderem garantiert, dass sich

die Importbedingungen für Bananen aus diesen Staaten nicht verschlechtern werden. Diese Verpflichtung gegenüber den AKP-Staaten ist der Hintergrund der EU-Bananenmarktverordnung, die eine exklusive Quote für AKP-Bananen reserviert und diese insgesamt durch Zollpräferenzen begünstigt. Die EU möchte diese bevorzugte Behandlung von AKP-Bananen beibehalten, um kleinen und wirtschaftlich verletzlichen Bananen-produzierenden Staaten in Afrika und der Karibik wie Saint Lucia und Saint Vincent und die Grenadinen, für die die EU eine historisch bedingte Verantwortung trägt, eine wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. In Saint Lucia und Saint Vincent werden Bananen in kleinen Betrieben im lokalen Besitz angebaut. Für die Bevölkerung dieser kleinen Inselstaaten sind Bananen eine zentrale Einnahmequelle. In Lateinamerika hingegen werden Bananen von US-amerikanischen Konzernen auf großen Plantagen angebaut. Gegen diese sogenannten Dollar-Bananen sind die karibischen Bananen nicht konkurrenzfähig. Die Bananenindustrie in Saint Lucia und Saint Vincent ist daher auf den präferentiellen (= bevorzugten) Zugang zum EU-Markt angewiesen.

### **VERBRAUCHERSCHUTZ (GENTECHNISCH MODIFIZIERTE ORGANISMEN - GMOS)**

Die Europäische Union setzt im Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen (GMO) auf sehr strikte Regulierungen, um die Gesundheit der Bevölkerung nicht zu gefährden. Im Allgemeinen herrscht innerhalb der europäischen Gesellschaft eine eher skeptische Einstellung gegenüber GMOs. Die EU hat daher spezielle Regeln für die Zulassung von GMO für Anbau, Import und Verkauf erlassen, die dem „Vorsorge-Prinzip“ folgen. Die Zulassung erfolgt nur, wenn eine umfangreiche Risiko-Analyse zu dem Schluss kommt, dass keine Gefahr für Konsumenten und die Umwelt droht. Für die Verweigerung der Zulassung ist kein Nachweis schädlicher Wirkungen notwendig, es genügt, wenn solche nicht ausgeschlossen werden können. Darüber hinaus müssen alle Nahrungs- und Futtermittel, die aus GMO hergestellt wurden, zur Information der Verbraucher gekennzeichnet werden.

Das von der EU geprägte Vorsorgeprinzip wurde international im „Cartagena Protocol on Biosafety“ (CPB) festgeschrieben, das von 171 Ländern, inklusive der EU-Staaten, ratifiziert wurde. Auch wenn einzelne Länder wie die USA, Kanada und Australien das CPB nicht ratifiziert haben, betrachtet die EU das Vorsorgeprinzip in Bezug auf GMO als eine internationale Norm. In ihren Beziehungen mit den AKP-Staaten und anderen Entwicklungsländern versucht die EU, diese Länder bei der Entwicklung eigener Gesetzgebungen und Einrichtung effektiver Behörden zur Umsetzung des CPB zu unterstützen.

In der EU werden vergleichsweise wenig GMO-Pflanzen angebaut. Der Großteil davon entfällt auf den Anbau von Mais in Spanien. Dieser Mais wird in kleinen Mengen außerdem in Portugal, Rumänien, der Slowakei und Tschechien angebaut.

Beim Verbraucherschutz möchte die EU keine Kompromisse machen. Die Sicherheit von GMO für die menschliche Gesundheit und die Auswirkungen auf die Umwelt sind noch viel zu wenig erforscht. Das Vorsorge-Prinzip, die zurückhaltende Zulassung von GMO-Produkten und die Kennzeichnungspflicht entsprechen den Wünschen der EU-Bevölkerung. Deshalb möchten Sie nicht, dass die EU aufgrund der Export-Interessen anderer Länder gezwungen wird, notwendige Verbraucherschutzmaßnahmen aufzuweichen.

# PLANSPIEL-REIHE DER LPB



## Öffnungszeiten unserer Shops

### Stuttgart

Lautenschlagerstraße 20  
70173 Stuttgart  
Mo-Do 9.00 – 12.00 Uhr  
13.00 – 15.30 Uhr  
Fr 9.00 – 12.00 Uhr

### Freiburg

Bertoldstraße 55  
79098 Freiburg  
Di/Do 9.00 – 17.00 Uhr

### Heidelberg

Plöck 22  
69117 Heidelberg  
Di 9.00 – 15.00 Uhr  
Mi/Do 13.00 – 17.00 Uhr

### Bad Urach

Hanner Steige 1  
72574 Bad Urach  
Im Tagungszentrum »Haus auf der Alb« in Bad Urach erhalten Sie Publikationen zu den Seminarzeiten. Wenn Sie extra anfahren, rufen Sie am besten vorher an: Telefon 071 25/152-0.

Die Planspiele der LpB sind im Shop der LpB BW und im Webshop für 2 EURO erhältlich und bestellbar.  
[www.lpb-bw.de/shop](http://www.lpb-bw.de/shop)

Plan  
Spiele



lpb

Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg

## M.4 - Rollenkarte Indien



LÄNDERINFORMATIONEN	
Größe	3.287.000 km <sup>2</sup>
Hauptstadt	New Delhi
Einwohnerzahl	Ca. 1,25 Milliarden (Volkszählung 2011)
Lage	Südasien; Indischer Ozean, Arabisches Meer; Golf von Bengalen
Entwicklungsstand	Schwellenland
Mitgliedschaft in WTO-Gruppen	G20, G33
Pro-Kopf-BIP	ca. 1.709 USD / 1.403 Euro (2016/ 2017)

### ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSLAGE

Indien gehört zu den am stärksten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Bis zum Jahr 2050 wird Indien wahrscheinlich nicht nur das bevölkerungsreichste Land der Welt sein, sondern auch nach China und den USA das drittstärkste Bruttoinlandsprodukt weltweit haben. Indien ist jedoch eines der Länder mit den größten sozialen Unterschieden: Einerseits lebt etwa ein Drittel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze (1 USD pro Kopf/Tag) und ca. zwei Drittel stehen weniger als 2 US-Dollar täglich zur Verfügung. Andererseits gibt es in Indien weltweit die meisten Millionäre und Milliardäre. Diese sozialen Ungleichheiten wurden trotz des enormen Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren zusätzlich verstärkt.

### LANDWIRTSCHAFT

Seit den 1990ern hat sich die Ernährungssituation des Landes erheblich verbessert. Indien hat die zweitgrößte Anbaufläche der Erde und ist weltweit führend bei der Produktion von Gewürzen, Reis, Tee, Obst und Gemüse, Zuckerrohr und Milch. In der Baumwollproduktion nimmt Indien momentan den ersten Platz ein. 2015/16 produzierte Indien 5.746.000 Tonnen Baumwolle und exportierte 1.258.000 Tonnen. Indien ist somit nach den USA der zweitgrößte Baumwollexporteur weltweit. Diese positiven Zahlen und Entwicklungen sind ein Ergebnis der „grünen Revolution“. Indien exportiert mittlerweile mehr Agrarprodukte als es importiert und ist entgegen vieler Erwartungen heute theoretisch in der Lage seine Bevölkerung selbst zu ernähren, wengleich in der Praxis jeder fünfte Inder unterernährt ist. In der indischen Volkswirtschaft erwirtschaftet der Agrarsektor aktuell noch ca. 14% des Bruttoinlandsprodukts; aber über die Hälfte der indischen Erwerbstätigen arbeiten direkt oder indirekt in der Landwirtschaft. 45,1 Prozent der Arbeitnehmer waren 2016 direkt in der Landwirtschaft beschäftigt.

### AUSSENHANDEL

Die bedeutendsten Wirtschaftszweige sind einerseits die Bereiche Elektrizitätserzeugung, Konsumgüter, Zement, Stahlerzeugung, Autozulieferindustrie, Biotechnik und Telekommunikation, andererseits das Versicherungs- und Bankwesen sowie die IT- und Softwareindustrie. Die Export- wie Importprodukte sind sehr vielfältig. Die Rangfolge der Exporte nach ihrem Gesamtwert führen Schmuck und Juwelen an, es folgen Textilien (in Folge der niedrigen

Arbeitskosten) und Leder bzw. Lederprodukte. Weitere wichtige Exporte sind landwirtschaftliche Produkte, Mineralien und Meeresprodukte. Immer bedeutender werden die so genannten Dienstleistungsexporte wie Tourismus, Arbeitskräfte und Computersoftware. Die wichtigsten Handelspartner für Indien sind neben den Vereinigten Arabischen Emiraten, die USA und China.

### SUBVENTIONEN

Ein Großteil der indischen Bevölkerung ist im Agrarsektor tätig. Deshalb versuchen Sie aus sozialpolitischen Gründen, Ihren Landwirten eine sichere Existenz zu bieten. Sie können sich jedoch keine mit den Industrienationen vergleichbaren Subventionen an die einheimischen Bauern leisten, da Ihrem Land hierfür das Geld fehlt. Zusammen mit Brasilien und China ist Indien daher daran interessiert, sich mit den Entwicklungsländern zu einer Interessengemeinschaft zusammenzuschließen, die in den Verhandlungen mehr Druck auf die Industrienationen ausüben könnte, um den Abbau von Subventionen auf Agrarprodukte zu verwirklichen. Seine Baumwollbauern hat Indien nur in einzelnen Jahren in einem geringen Umfang subventioniert, wenn niedrige Weltmarktpreise dies nötig machten. Trotzdem konnten Sie Ihre Baumwollexporte in den letzten 10 Jahren sehr stark steigern. Würden Industrieländer wie die USA ihre Subventionen für den Baumwollanbau streichen, könnte Ihr Land einen noch höheren Marktanteil gewinnen.

### ZÖLLE

Ein weiteres wichtiges Anliegen Ihrerseits ist der Abbau von Zollschränken in den Industrienationen im Agrarbereich (Öffnung der Märkte), um Ihre eigenen Produkte absetzen zu können. Indien tritt daher gemeinsam mit Brasilien als ein Anführer der G20 auf. Gleichzeitig ist für Indien jedoch auch der Schutz der eigenen Kleinbauern von höchster Bedeutung. Der durchschnittliche angewandte Zoll auf Agrargüter ist in Indien mit 32,7 Prozent (Stand 2016) auch im Vergleich mit anderen Entwicklungsländern sehr hoch. Deshalb streben Sie – möglicherweise in Kooperation mit anderen Entwicklungsländern – eine Sonderstellung für Entwicklungsländer im internationalen Marktgeschehen an. Vorstellbar wäre, dass im Falle eines Abbaus von Schutzzöllen in den WTO-Staaten eine Sonderregelung für die ärmeren Staaten getroffen wird und diesen die Beibehaltung eines Schutzzolles erlaubt bliebe. Indien engagiert sich daher auch stark in der G33.

### VERBRAUCHERSCHUTZ (GENTECHNISCH MODIFIZIERTE ORGANISMEN - GMOS)

Indien hat das „Cartagena Protokoll on Biosafety“ (CPB) ratifiziert, das dem von der EU geprägten Vorsorgeprinzip folgt. Die Zulassung von GMO-Produkten für den Anbau und Import wird in Indien durch Gesetzgebungslücken, eine ineffiziente Zulassungsbehörde und die Möglichkeit einzelner Bundesstaaten GMO-Zulassungen zu widersprechen, erschwert. Für den Anbau in Indien zugelassen sind bisher ausschließlich GMO-Sorten von Baumwolle. Bei der in Indien angebaute Baumwolle handelt es sich inzwischen zu 95 Prozent um GMO-Sorten. GMO-Baumwolle wurde 2016 auf 10,8 Millionen Hektar angebaut. Viele Beobachter machen GMO-Baumwolle für die enorme Steigerung von Baumwollproduktion und -export in den letzten 10 Jahren verantwortlich. Gleichzeitig gibt es jedoch viele Berichte von indischen Kleinbauern, die durch den Anbau von GMO-Baumwolle in die Verschuldung getrieben wurden. GMO-Saatgut ist teurer als konventionelles Saatgut und kann als Hybrid-Saatgut zudem nicht – wie sonst in vielen Entwicklungsländern üblich – von den Bauern selbst vermehrt und für die nächste Aussaat verwendet werden, sondern muss jedes Jahr neu gekauft werden. Das einzige für den Import zugelassene GMO-Produkt ist in Indien derzeit Öl aus GMO-Soja. Prinzipiell besteht seit 2012 eine Kennzeichnungspflicht für Nahrungsmittel mit GMO-Anteil. Die Richtlinien sind jedoch vage und werden bisher nicht durchgesetzt.

## M.4 - Rollenkarte Kanada



LÄNDERINFORMATIONEN	
Größe	9.984.670 km <sup>2</sup>
Hauptstadt	Ottawa
Einwohnerzahl	36,5 Mio. (1. Quartal 2017)
Lage	Nordamerikanischer Staat zwischen dem Atlantik im Osten und dem Pazifik im Westen, grenzt im Süden an die USA
Entwicklungsstand	Industrienation
Mitgliedschaft in WTO-Gruppen	Cairns-Gruppe
Pro-Kopf-BIP	ca. 44.773 USD/ 36.776 Euro (2017)

### ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSLAGE

Kanada ist der zweitgrößte Flächenstaat der Erde, jedoch relativ dünn besiedelt. Auf der riesigen Fläche von fast zehn Millionen Quadratkilometern leben nur 36,5 Millionen Menschen. Die riesigen Ausmaße, die Kanada geografisch annimmt, werden im Vergleich mit Deutschland deutlich: 82 Millionen Menschen leben in Deutschland auf einer Fläche die nur knapp über 3% der kanadischen Gesamtfläche entspricht.

Trotz der relativ geringen Bevölkerungsanzahl ist Ihr Land die elftgrößte Volkswirtschaft im weltweiten Vergleich. Kanada verfügt über die drittgrößten Erdölvorkommen weltweit und stützt die Wirtschaft, neben der Förderung des Erdöls, auf den Industrie- und den Landwirtschaftssektor. Zudem ist Kanada auch reich an nicht-energetischen Bodenschätzen und Rohstoffen, wie etwa Eisenerz, Gold, Kupfer, Nickel und seltene Erden.

Das Arbeitskräftepotential Kanadas konzentriert sich im südlichen Teil des Landes nahe der amerikanischen Grenze. In diesem Bereich befindet sich ein Großteil der industriellen Produktionsstandorte und folglich lebt dort die Mehrheit der kanadischen Bevölkerung. Der Lebensstandard ist in Kanada auch im Vergleich mit anderen Industrienationen überdurchschnittlich hoch. Als Industrienation will Kanada seine Position auf dem Weltmarkt ebenso behaupten wie die EU, die USA und Australien.

### LANDWIRTSCHAFT

Die Landwirtschaft ist eine wichtige Stütze der kanadischen Wirtschaft. Kanada zählt weltweit zu den wichtigsten Exporteuren landwirtschaftlicher Produkte, obwohl lediglich 8% der kanadischen Gesamtfläche landwirtschaftlich genutzt werden. Die wichtigsten in Kanada produzierten Agrarprodukte sind Getreide, Milch, Vieh und Geflügel. Ähnlich wie in anderen Industrieländern ist mit 2,1 Prozent (Stand 2016) nur ein sehr kleiner Prozentsatz der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft beschäftigt.

Neben der Landwirtschaft sind die Holzproduktion und der Fischfang wichtige Faktoren des kanadischen Primärsektors.

## AUSSENHANDEL

Kanada ist eine Exportnation und strebt deshalb einen freien Welthandel und den Abbau von Handelshemmnissen an. Die wichtigsten Exportgüter sind neben landwirtschaftlichen Erzeugnissen Energierohstoffe, mineralische Rohstoffe, chemische Erzeugnisse, Maschinen, Fahrzeug(teil)e und Fischerei- sowie forstwirtschaftliche Erzeugnisse.

Kanada zieht zudem, auf Grund seines Ressourcenreichtums und der gut ausgebauten wirtschaftlichen Infrastruktur, zahlreiche ausländische Investoren an.

## SUBVENTIONEN

Die kanadische Regierung zahlt ihren Landwirten, im Vergleich zu vielen anderen Industrienationen, relativ geringe Subventionen. Landwirtschaftliche Subventionen wurden in den letzten Jahren zurückgefahren, sodass Kanada heute ein Subventionsniveau hat, das deutlich unter dem Durchschnitt der Industrieländer liegt. Um die Konkurrenzfähigkeit der kanadischen Agrarprodukte auf dem Weltmarkt zu garantieren, versuchen Sie während der WTO-Verhandlungen die anderen Industrienationen davon zu überzeugen Subventionen abzubauen.

## ZÖLLE

Der durchschnittliche Zoll auf landwirtschaftliche Produkte ist in Kanada mit 15,6 Prozent (Stand 2016) für ein Industrieland relativ hoch. Kanada versucht durch Zölle die eigene Landwirtschaft vor ausländischer Konkurrenz zu schützen, vor allem bei solchen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, bei denen kanadische Landwirte den Großteil ihrer Produktion auf dem heimischen Markt verkaufen. Dies ist zum Beispiel bei Milchprodukten der Fall.

## VERBRAUCHERSCHUTZ (GENTECHNISCH MODIFIZIERTE ORGANISMEN - GMOS)

Kanada hat im weltweiten Vergleich die fünftgrößte Anbaufläche für gentechnisch veränderte Pflanzen. 2016 wurden diese sogenannten GMO-Pflanzen auf 11,6 Millionen Hektar angebaut. Die kanadischen Landwirte produzieren vor allem gentechnisch verändertes Getreide wie Raps, Mais oder Soja.

Sowohl in Kanada hergestellte GMOs, als auch aus dem Ausland importierte GMOs werden unter einer Gesetzgebung zu „neuartigen Nahrungsmitteln“ von einer offiziellen Behörde überprüft und zugelassen. Die Kriterien zur Zulassung von GMOs auf dem kanadischen Markt sind aber im Vergleich zu den europäischen Regelungen weniger streng und folgen nicht dem Vorsorgeprinzip. Kanada ist daher auch nicht Mitglied des „Cartagena Protocol on Biosafety“.

Das Zulassungsverfahren für GMO-Produkte ist dasselbe wie für andere neuartige Nahrungsmittel. Überprüft wird nur, ob das Endprodukt sich in einer Weise von älteren Nahrungsmitteln unterscheidet, die ein Gesundheitsrisiko bergen. Eine Kennzeichnungspflicht existiert nur für GMO-Produkte, bei denen die Nährwertgehalte deutlich von denen konventioneller Produkte abweichen oder neue Allergene enthalten sind. In Kanada sind genmanipulierte Produkte weit weniger umstritten als z.B. in der EU. Daraus ergeben sich u.a. Probleme beim Export dieser Produkte in die EU und in die Entwicklungsländer. Während die kanadischen Bauern darin eine legitime Einnahmequelle sehen, lehnen viele Bauern anderer Länder diese Produkte ab.

## M.4 - Rollenkarte Kolumbien



LÄNDERINFORMATIONEN	
Größe	1.138.000 km <sup>2</sup>
Hauptstadt	Santafé de Bogotá
Einwohnerzahl	49,4 Mio.
Lage	Im Nordwesten Südamerikas, grenzt an Panama, Venezuela, Brasilien, Peru und Ecuador.
Entwicklungsstand	Entwicklungsland
Mitgliedschaft in WTO-Gruppen	Cairns-Gruppe
Pro-Kopf-BIP	ca. 5.898 USD / 4.845 Euro (2016)

### ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSLAGE

Kolumbien konnte während der letzten Jahrzehnte mit dem eingeschlagenen marktwirtschaftlichen Kurs beachtliche Erfolge erzielen. Zum einen steigt die kolumbianische Wirtschaftsleistung, abgesehen von einem kurzzeitigen Einbruch als Folge der internationalen Finanzkrise, kontinuierlich an. Das Bruttoinlandsprodukt beispielsweise wuchs 2016 um 1,96% (im Vergleich zum Vorjahr). Zum anderen gelang es Kolumbien die Armutsquote deutlich zu senken. Diese liegt jedoch mit 28% noch immer auf einem beunruhigend hohen Niveau.

Für Konfliktpotential in Kolumbien sorgt auch die hohe soziale Ungleichheit. Einkommen und Vermögen sind ungleich verteilt.

### LANDWIRTSCHAFT

Die Landwirtschaft trägt in Kolumbien entscheidend zur wachsenden Wirtschaftsleistung bei. 13,6 Prozent der Arbeitnehmer waren 2016 in der Landwirtschaft beschäftigt. Zu den wichtigsten kolumbianischen Agrargütern zählen neben Kaffee und Schnittblumen vor allem Bananen. Kolumbien exportiert im weltweiten Vergleich, zusammen mit weiteren lateinamerikanischen Staaten wie Ecuador und Costa Rica, die meisten Bananen. 2016 konnten Kolumbien 1.673.600 Tonnen auf dem internationalen Exportmarkt absetzen.

Die EU gewährt einigen ehemaligen europäischen Kolonien (sogenannte AKP-Staaten) einen präferentiellen (=bevorzugten) Marktzugang für den Export ihrer Bananen. Kolumbien und zahlreiche weitere südamerikanische Staaten werden durch diesen präferentiellen Marktzugang benachteiligt, da sie höhere Importzölle abführen müssen, um ihre Bananen auf dem europäischen Markt anbieten zu können.

### AUSSENHANDEL

Zu den wichtigsten Handelspartnern Kolumbiens zählt neben den USA und der Europäischen Union (EU), in den letzten Jahren auch zunehmend China. Aber auch die lateinamerikanischen Staaten sind wichtige Handelspartner Ihres Landes.



Neben den kolumbianischen Agrarprodukten sind Erdöl, Steinkohle und Nickel wichtige Exportgüter. Importiert werden dagegen vor allem Maschinen, Kraftfahrzeuge, chemische Produkte, Eisen- und Stahlprodukte sowie Kunststoffe.

### SUBVENTIONEN

Als Entwicklungsland kann es sich Ihr Land nicht leisten, seine Landwirte in einem mit den Industrieländern vergleichbaren Maße zu subventionieren. Die Überschwemmung des Weltmarkts mit durch Subventionen verbilligten Agrarprodukten durch die Industrieländer stellt einen Wettbewerbsnachteil für kolumbianische Produkte dar. Als Mitglied der Cairns-Gruppe setzt sich Kolumbien daher für eine Liberalisierung des Agrarmarkts inklusive einer restriktiven Regulierung von Subventionen ein.

### ZÖLLE

Einfuhrzölle der Industrienationen auf Anbauprodukte, wie z.B. Bananen bedeuten für Kolumbien eine enorme Belastung der wirtschaftlichen Situation. Vor allem der präferentielle Marktzugang, den die EU den AKP-Staaten gewährt, schadet Ihren Exportgewinnen. Kolumbien setzt sich deshalb für einheitliche Einfuhrzölle für alle Entwicklungsländer ein.

Für Kolumbien ist aber nicht nur die Öffnung der Absatzmärkte in den Industrienationen entscheidend. Gleichzeitig versuchen Sie, Ihren eigenen Markt vor den subventionierten Produkten aus den entwickelten Ländern zu schützen. Deshalb strebt das Land – möglicherweise in Kooperation mit anderen Entwicklungsländern – eine Sonderstellung für Entwicklungsländer im internationalen Marktgeschehen an. Vorstellbar wäre, dass im Falle eines Abbaus von Schutzzöllen in den WTO-Staaten eine Sonderregelung für die ärmeren Staaten getroffen wird und diesen die Beibehaltung eines Schutzzolles erlaubt bliebe. Der durchschnittliche angewandte Zoll auf landwirtschaftliche Produkte beträgt in Kolumbien 13,7 Prozent (Stand 2016).

### VERBRAUCHERSCHUTZ (GENTECHNISCH MODIFIZIERTE ORGANISMEN - GMO)

Kolumbien hat das „Cartagena Protocol on Biosafety“ ratifiziert, das auf dem von der EU geprägten Vorsorgeprinzip basiert. Für den Anbau und die Vermarktung von GMO-Pflanzen oder daraus hergestellten Nahrungs- und Futtermitteln ist in Kolumbien eine staatliche Zulassung nötig. Dabei werden die Pflanzen auf Risiken für die Umwelt oder die menschliche Gesundheit überprüft. Das Zulassungsverfahren ist nicht besonders streng, aber kann sich zeitlich in die Länge ziehen. Die Regierung erarbeitet derzeit Richtlinien für eine Kennzeichnungspflicht von GMO-Produkten.

Der Großteil der Bevölkerung steht GMO-Produkten aufgeschlossen gegenüber. 2016 wurden in Kolumbien auf 100.000 Hektar GMO-Pflanzen angebaut, darunter Baumwolle, Mais und Blumen. Exportiert werden davon vor allem Blumen. Restriktive GMO-Regelungen in anderen Ländern stellen ein potentiell Exporthindernis für Kolumbien dar.

## M.4 - Rollenkarte Mali



LÄNDERINFORMATIONEN	
Größe	1.240.192 km <sup>2</sup>
Hauptstadt	Bamako
Einwohnerzahl	ca. 17 Mio.
Lage	Binnenstaat in Westafrika, grenzt an Mauretanien, Algerien, Niger, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea, Senegal
Entwicklungsstand	Entwicklungsland
Mitgliedschaft in WTO-Gruppen	AKP, Afrikanische Gruppe, LDC, G90, Cotton Four
Pro-Kopf-BIP	ca. 760 USD / 624 Euro (2015)

### ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSLAGE

Mali zählt zu den ärmsten Ländern der Welt. Mehr als die Hälfte der Malier und Malierinnen leben unterhalb der Armutsgrenze. Zudem wächst die Bevölkerung in Mali, wie in vielen afrikanischen Staaten, schon seit Jahren stark an. Diese Entwicklung birgt weitere Armutsrissen, besonders für die mehrheitlich junge malische Bevölkerung.

Die Entwicklung der Wirtschaft in Mali lässt dagegen auf bessere Lebensumstände für die malische Bevölkerung in der Zukunft hoffen. Denn das in Mali erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt nimmt stetig zu und allein 2016 wuchs die Wirtschaft um 5,79%. Diese positive wirtschaftliche Entwicklung verdankt Mali zum einen der politischen Stabilisierung und zum anderen der damit einhergehenden Verbesserung der Sicherheitssituation. Internationale Geldgeber investieren in Folge der positiven Entwicklung wieder zunehmend in Ihrem Land und sind mitverantwortlich für den wirtschaftlichen Aufschwung.

Die effektive Bekämpfung der gravierenden Armut gestaltet sich jedoch nach wie vor schwierig. Denn das hohe Bevölkerungswachstum und die noch existierenden institutionellen Schwächen ermöglichen nur langsame Fortschritte.

Mali ist ein Agrarland: ein Großteil des malischen Bruttoinlandsproduktes werden durch die Produktion und den Export von Agrargütern erwirtschaftet. Zudem ist Ihr Land reich an Bodenschätzen, wie etwa Gold, Diamanten und Marmor. Gold und Baumwolle zählen zu den wichtigsten Exportgütern Malis.

### LANDWIRTSCHAFT

Ein Großteil der malischen Bevölkerung ist im primären Sektor (Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und Forsten) beschäftigt. 2016 arbeiteten 57 Prozent der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Landwirtschaft. Das mit großem Abstand wichtigste Anbauprodukt in Mali ist die Baumwolle. Mali ist der zweitgrößte westafrikanische Bauwollproduzent und der drittgrößte im Vergleich mit allen afrikanischen Staaten nach Ägypten und dem Nachbarland Burkina Faso. 2015/16 stellten die malischen Baumwollproduzenten beispielsweise 216.000 Tonnen Baumwolle her. Exportiert wurde in diesem Zeitraum sogar eine noch größere Men-

ge von 221.000 Tonnen, wovon teilweise Erträge aus früheren Ernten stammten. Obwohl Mali viel effizienter und billiger produzieren könnte als bspw. die USA, dem größten Baumwollexporteur weltweit, ist die hoch subventionierte, qualitativ schlechtere US-Baumwolle billiger als Baumwolle aus Ihrem Land. Die Baumwolle aus Mali ist auf dem internationalen Markt somit nur bedingt wettbewerbsfähig und stellt nur einen minimalen Teil der weltweit gehandelten Baumwolle dar. Sie können sich jedoch, im Gegensatz zu den wirtschaftlich starken USA keine nennenswerten Subventionszahlungen im Agrarbereich leisten. Im Außenhandel stellt Baumwolle dennoch Ihr wichtigstes Exportgut dar.

### **SUBVENTIONEN**

Da die wirtschaftlich schwierige Situation Malis eine Subventionierung der einheimischen Wirtschaft nicht zulässt, stellen Subventionen für Landwirte in anderen Ländern eine Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten Ihrer Wirtschaft dar. Für andere Baumwollproduzenten unter den Entwicklungsländern wie Benin, Burkina Faso und Tschad, aber selbst für Schwellenländer wie Brasilien und Indien stellt die Konkurrenz mit den USA im Baumwollhandel eine ähnliche Herausforderung dar. Sie fordern deshalb in Kooperation mit diesen Ländern eine erhebliche Reduzierung oder eine Abschaffung von Agrarsubventionen, um einen fairen Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu ermöglichen. Zu bedenken ist dabei auch, dass Baumwollproduzenten und ihre Familien in Mali bei sinkenden Absatzchancen auf dem Weltmarkt von existentiellen Problemen wie Verschuldung und Hunger bedroht sind. Alternative Beschäftigungsmöglichkeiten oder ein Sozialsystem stehen ihnen im Gegensatz zu Landwirten in den Industrieländern kaum zur Verfügung.

### **ZÖLLE**

Für Sie ist nicht nur die Öffnung der Absatzmärkte in den Industrienationen entscheidend. Gleichzeitig ist der Schutz Ihres eigenen Marktes vor den subventionierten Produkten aus den entwickelten Ländern von größter Bedeutung. Deshalb streben Sie – möglicherweise in Kooperation mit anderen Entwicklungsländern – eine Sonderstellung für Entwicklungsländer im internationalen Marktgeschehen an. Vorstellbar wäre, dass im Falle eines Abbaus von Schutzzöllen in den WTO-Staaten eine Sonderregelung für die ärmeren Staaten getroffen wird und diesen die Beibehaltung eines Schutzzolles erlaubt bliebe. Der durchschnittliche angewandte Zoll auf landwirtschaftliche Produkte beträgt in Mali 15,8 Prozent (Stand 2016). Wie andere AKP-Länder profitierte Mali in der Vergangenheit von dem präferentiellen (= bevorzugten) Marktzugang, den die EU den AKP-Ländern aufgrund der historischen Verantwortung für die ehemaligen Kolonien gewährte, ohne dass die AKP-Länder umgekehrt ihre Märkte für EU-Produkte öffnen mussten. Diesen präferentiellen Marktzugang möchten die AKP-Länder als Gruppe unbedingt beibehalten. Auch wenn Mali selbst keine Bananen exportiert, unterstützen Sie daher andere Bananen-exportierende AKP-Staaten in ihren diesbezüglichen Forderungen.

### **VERBRAUCHERSCHUTZ (GENTECHNISCH MODIFIZIERTE ORGANISMEN - GMO)**

Mali hat wie die meisten anderen afrikanischen Staaten das „Cartagena Protokoll on Biosafety“ (CPB) ratifiziert, das dem von der EU geprägten Vorsorgeprinzip folgt. Eine dem Umweltministerium untergeordnete Behörde ist zuständig für die Zulassung von GMOs und GMO-Produkten für den Anbau, Import und Verkauf. Bisher werden keine GMO-Pflanzen angebaut. Bei den Landwirten und Landwirtinnen Ihres Landes besteht ein gewisses Interesse vor allem an der Einführung von im Nachbarland Burkina Faso bereits angebaute GMO-Baumwolle. Große Teile der Bevölkerung sind aber skeptisch gegenüber GMO-Produkten. Grundsätzlich besteht eine Kennzeichnungspflicht für GMOs und daraus hergestellten Produkten. Die Durchsetzung der Regelungen ist jedoch aufgrund fehlender technischer Kapazitäten schwierig.

## M.4 - Rollenkarte Saint Lucia



LÄNDERINFORMATIONEN	
Größe	616,3 km <sup>2</sup>
Hauptstadt	Castries
Einwohnerzahl	Ca. 187.200 (2017, geschätzt)
Lage	Insel der Kleinen Antillen in der Ostkaribik, südlich von Martinique und nördlich von St. Vincent und die Grenadinen.
Entwicklungsstand	Entwicklungsland
Mitgliedschaft in WTO-Gruppen	AKP, G90, G33
Pro-Kopf-BIP	ca. 7.744 USD / 6.361 Euro (2016)

### ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSLAGE

Der mit Abstand wichtigste Wirtschaftszweig der kleinen Karibikinsel ist der Tourismus. Ein Großteil der lucianischen Bevölkerung ist im Tourismusbereich beschäftigt. Neben dem Tourismus trägt der Export von Agrarprodukten entscheidend zum Bruttoinlandsprodukt bei. Zu den wichtigsten Exportgütern zählen neben Mehl und Reis vor allem Bananen.

### LANDWIRTSCHAFT

Die Landwirtschaft ist eine wichtige Stütze der lucianischen Wirtschaft. Rund 15 Prozent der Lucianer sind im primären Sektor (Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und Forsten) beschäftigt. Vor allem der Anbau und der Export von Bananen bereichern die Wirtschaftsleistung, denn trotz der hügeligen Landschaft, die den Anbau von Agrarprodukten erschwert, konnte sich Saint Lucia zu einem der größten Bananenexporteure der nördlichen Antillen entwickeln. Der Bananenexport in Saint Lucia erwirtschaftet in etwa die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts. Jedoch ist die Produktionsquote in den letzten Jahren rückläufig, da immer wieder Naturkatastrophen, wie beispielsweise Hurricanes, die Bananenplantagen schwer beschädigten.

### AUSSENHANDEL

Die benachbarten Inselstaaten (z.B. Saint Vincent) und vor allem die Europäische Union sind die wichtigsten Handelspartner Saint Lucias.

### SUBVENTIONEN

Als kleines Entwicklungsland kann Saint Lucia seinen Landwirten keine nennenswerten Subventionen zahlen. Der globale Bananenmarkt wird zum Glück nicht durch Subventionen reicher Länder verzerrt. Saint Lucia kann aber die Sorgen anderer kleiner Entwicklungsländer nachvollziehen, deren Exportchancen unter dem Dumping subventionierter Agrargüter aus den Industrieländern auf dem Weltmarkt leiden und unterstützt insbesondere betroffene AKP-Länder in ihrem Kampf gegen Baumwollsubventionen.

## ZÖLLE

Das mit großem Abstand wichtigste Anbauprodukt in Saint Lucia sind Bananen. 2015/16 konnten die lucianischen Bananenproduzenten 4.600 Tonnen exportieren. Die Europäische Union (EU) gewährt Saint Lucia und weiteren ehemaligen Kolonien, den sogenannten AKP-Staaten, bereits seit Jahren einen präferentiellen Marktzugang in den europäischen Binnenmarkt.

Während der WTO-Verhandlungen versuchen Sie alles, um den präferentiellen (= bevorzugten) Marktzugang in die Europäische Union zu erhalten. Denn ohne diesen Wettbewerbsvorteil könnten Sie sich im Preiskampf mit den lateinamerikanischen Bananenproduzenten wohl nicht behaupten. In Lateinamerika werden Bananen überwiegend auf großen Plantagen angebaut. Die Löhne der Landarbeiterinnen und Landarbeiter sind niedrig und die Arbeitsbedingungen schlecht. Vermarktet werden die lateinamerikanischen Bananen zum Großteil von drei großen US-amerikanischen Firmen, Chiquita, Dole und DelMonte. In Saint Lucia hingegen werden Bananen allein schon wegen der geographischen Bedingungen in kleineren landwirtschaftlichen Betrieben angebaut. Die Löhne sind etwas höher und die Arbeitsbedingungen vergleichsweise gut. Die Vermarktung der lucianischen Bananen wird von einer nationalen Branchenorganisation organisiert. Die Bananen-Produktion in Saint Lucia ermöglicht vielen Bürgerinnen und Bürgern ein lebenswertes Auskommen. Dieses ist jedoch davon abhängig, dass lucianische Bananen weiterhin in der EU abgesetzt werden können und nicht im direkten Wettbewerb mit den billigen lateinamerikanischen Plantagenbananen stehen.

Neben der Aufrechterhaltung der präferentiellen Handelsbeziehungen zur EU ist für Saint Lucia der Schutz des eigenen Marktes vor den subventionierten Produkten aus den entwickelten Ländern von größter Bedeutung. Deshalb streben Sie – möglicherweise in Kooperation mit anderen Entwicklungsländern – eine Sonderstellung für Entwicklungsländer im internationalen Marktgeschehen an. Vorstellbar wäre, dass im Falle eines Abbaus von Schutzzöllen in den WTO-Staaten eine Sonderregelung für die ärmeren Staaten getroffen wird und diesen die Beibehaltung eines Schutzzolles erlaubt bliebe. Der durchschnittliche angewandte Zoll für Agrarprodukte beträgt in Saint Lucia 16,8 Prozent (Stand 2016).

## VERBRAUCHERSCHUTZ (GENTECHNISCH MODIFIZIERTE ORGANISMEN - GMO)

Saint Lucia hat das „Cartagena Protocol on Biosafety“ unterzeichnet, das auf dem von der EU geprägten Vorsorgeprinzip basiert. Bisher hat Saint Lucia aber keine Gesetzgebung zur Zulassung von GMO für den Anbau, Import und Verkauf oder zur Kennzeichnung von GMO-Produkten. Ein kommerzieller Anbau von GMO-Produkten auf der Insel existiert nicht. Da Saint Lucia viele landwirtschaftliche Produkte, inklusive Mais, Soja, Raps und Baumwolle aus den USA importiert, sind GMO-Produkte auf dem Markt. Gegenwärtig arbeitet die Regierung an einer Gesetzgebung, die den Anbau, Import und Verkauf von GMO und daraus hergestellten Produkten regulieren soll.

## M.4 - Rollenkarte Saint Vincent



LÄNDERINFORMATIONEN	
Größe	389 km <sup>2</sup>
Hauptstadt	Kingstown
Einwohnerzahl	109.800 Einwohner (2017, geschätzt)
Lage	Inselgruppe der Windward Islands im südlichen Teil der Kleinen Antillen, südlich von St. Lucia und nördlich von Grenada.
Entwicklungsstand	Entwicklungsland
Mitgliedschaft in WTO-Gruppen	AKP, G33
Pro-Kopf-BIP	ca. 7.030 USD / 5.774 Euro (2016)

### ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSLAGE

Die Wirtschaft in Saint Vincent stützt sich vor allem auf zwei Sektoren. Zum einen generiert der Tourismus auf der Karibikinsel wichtige Einnahmen und beschäftigt einen Großteil der vincentischen Bevölkerung. Zum anderen tragen der Anbau und der Export von Agrarprodukten entscheidend zum Bruttoinlandsprodukt bei. Vor allem Bananen sind eines der wichtigsten Anbau- und Exportgüter auf Saint Vincent.

15 Prozent der vincentischen Bevölkerung sind im primären Sektor (Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und Forsten), 20 Prozent im Industriesektor und 61 Prozent im Dienstleistungssektor beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit liegt in Saint Vincent mit 22 Prozent auf einem beunruhigend hohen Niveau.

### LANDWIRTSCHAFT

Trotz den erschwerten Produktionsbedingungen auf den hügeligen Landschaften, die Saint Vincent kennzeichnen, konnten die Bananenproduzenten in den letzten Jahren einen beachtlichen Ertrag erzielen.

### AUSSENHANDEL

Zu den wichtigsten Handelspartnern von Saint Vincent zählen neben den benachbarten Inselstaaten Saint Lucia und Trinidad und Tobago vor allem der EU-Mitgliedsstaat Großbritannien.

### SUBVENTIONEN

Als kleines Entwicklungsland kann Saint Vincent seinen Landwirten keine nennenswerten Subventionen zahlen. Der globale Bananenmarkt wird zum Glück nicht durch Subventionen reicher Länder verzerrt. Saint Vincent kann aber die Sorgen anderer kleiner Entwicklungsländer nachvollziehen, deren Exportchancen unter dem Dumping subventionierter Agrargüter aus den Industrieländern auf dem Weltmarkt leiden und unterstützt insbesondere betroffene AKP-Länder in ihrem Kampf gegen Baumwollsubventionen.

## ZÖLLE

Das mit großem Abstand wichtigste Anbauprodukt in Saint Vincent sind Bananen. 2015/16 konnten die Bananenproduzenten in ihrem kleinen Inselstaat 2.000 Tonnen Bananen exportieren. Die Europäische Union (EU) gewährt Saint Vincent und weiteren ehemaligen Kolonien, den sogenannten AKP-Staaten, bereits seit Jahren einen präferentiellen (= bevorzugten) Marktzugang in den europäischen Binnenmarkt. Nur durch diesen Wettbewerbsvorteil können sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben. Denn die großen Bananenproduzenten aus Lateinamerika können Bananen im Gegensatz zu Ihnen wesentlich kostengünstiger produzieren.

In Lateinamerika werden Bananen überwiegend auf großen Plantagen angebaut. Die Löhne der Landarbeiter sind niedrig und die Arbeitsbedingungen schlecht. Vermarktet werden die lateinamerikanischen Bananen zum Großteil von drei großen US-amerikanischen Firmen, Chiquita, Dole und DelMonte. In Saint Vincent hingegen werden Bananen allein schon wegen der geographischen Bedingungen in kleineren landwirtschaftlichen Betrieben angebaut. Die Löhne sind etwas höher und die Arbeitsbedingungen vergleichsweise gut. Die Vermarktung der vincentischen Bananen wird von einer nationalen Branchenorganisation organisiert. Die Bananen-Produktion in Saint Vincent ermöglicht vielen Bürgerinnen und Bürgern ein lebenswertes Auskommen. Dieses ist jedoch davon abhängig, dass vincentische Bananen weiterhin in der EU abgesetzt werden können und nicht im direkten Wettbewerb mit den billigen lateinamerikanischen Plantagenbananen stehen.

Sie setzen sich deshalb während der WTO-Verhandlungen für die Erhaltung des präferentiellen Marktzugangs in die Europäische Union ein. Denn ohne diesen könnte die Agrarwirtschaft in Ihrem Land einbrechen.

Neben der Aufrechterhaltung der präferentiellen Handelsbeziehungen zur EU, versucht Saint Vincent seinen kleinen Binnenmarkt vor den billigen, subventionierten Produkten aus den entwickelten Ländern zu schützen. Deshalb streben Sie – möglicherweise in Kooperation mit anderen Entwicklungsländern – eine Sonderstellung für Entwicklungsländer im internationalen Marktgeschehen an. Vorstellbar wäre, dass im Falle eines Abbaus von Schutzzöllen in den WTO-Staaten eine Sonderregelung für die ärmeren Staaten getroffen wird und diesen die Beibehaltung eines Schutzzolles erlaubt bliebe. Der durchschnittliche angewandte Zoll auf Agrargüter beträgt in Saint Vincent 17,4 Prozent (Stand 2016).

## VERBRAUCHERSCHUTZ (GENTECHNISCH MODIFIZIERTE ORGANISMEN - GMO)

Saint Vincent hat das „Cartagena Protocol on Biosafety“ unterzeichnet, das auf dem von der EU geprägten Vorsorgeprinzip basiert. Bisher hat Saint Vincent aber keine Gesetzgebung zur Zulassung von GMO für den Anbau, Import und Verkauf oder zur Kennzeichnung von GMO-Produkten. Ein kommerzieller Anbau von GMO-Produkten auf den Inseln existiert nicht. Da Saint Vincent viele landwirtschaftliche Produkte, inklusive Mais, Soja, Raps und Baumwolle aus den USA importiert, sind GMO-Produkte auf dem Markt. Gegenwärtig arbeitet die Regierung an einer Gesetzgebung, die den Anbau, Import und Verkauf von GMO und daraus hergestellten Produkten regulieren soll.

## M.4 - Rollenkarte Tschad



LÄNDERINFORMATIONEN	
Größe	1.284.000 km <sup>2</sup>
Hauptstadt	N'Djamena
Einwohnerzahl	13,2 Mio. (Stand 2015)
Lage	Binnenstaat in Zentralafrika
Entwicklungsstand	Entwicklungsland
Mitgliedschaft in WTO-Gruppen	AKP, Afrikanische Gruppe, LDC, G90, Cotton Four
Pro-Kopf-BIP	ca. 1.010 USD / 830 EUR (2015)

### ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSLAGE

Tschad ist eines der ärmsten Länder der Welt; etwa 80% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Immer wieder gibt es Hungersnöte, ausgelöst durch Dürre und Missernten. Grundlage des Überlebens ist die Subsistenzwirtschaft (d.h. Selbstversorgung in kleineren regionalen oder familiären Einheiten). Die Wirtschaftsentwicklung leidet noch unter der mangelhaften Infrastruktur des Landes: mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft wurde das Straßennetz zwar erweitert; öffentlichen Nah- oder Fernverkehr gibt es jedoch nicht. Ihre Wirtschaft ist nach Aufnahme der Erdölexporte in einem tiefgreifenden Wandel begriffen. Sie wurde bisher vom Primärsektor, d.h. vor allem der Landwirtschaft und der Viehzucht dominiert. Mit dem Beginn der Erdölproduktion hat sich das Schwergewicht deutlich auf den sekundären und den tertiären Sektor verlagert. Der Ölpreisverfall seit Ende 2014 hat Tschad daher hart getroffen. Das Haushaltsdefizit wächst stetig, weshalb die Regierung drastische Maßnahmen (insbesondere Kürzungen im Sozialbereich) ergriff. Tschad war im September 2016 Ziel von zwei Missionen des IWF (Internationaler Währungsfonds). Tschad bleibt aber eines der unterentwickeltsten Länder der Welt.

### LANDWIRTSCHAFT

76,6 Prozent (Stand 2016) Ihrer Arbeitskräfte sind nach wie vor in der Landwirtschaft tätig und tragen zu mehr als einem Drittel zum BIP bei. Dabei deckt die überwiegend auf Subsistenz (d.h. Selbstversorgung) ausgerichtete landwirtschaftliche Produktion nur in regenreichen Jahren die Versorgung der Bevölkerung. Neben Baumwolle zählen verschiedene Getreidearten und Süßkartoffeln zu den wichtigsten Anbauprodukten im Tschad.

### AUSSENHANDEL

2015 exportierte Tschad im Schnitt Güter im Wert von gut 4,1 Milliarden US-Dollar. 90% stammen dabei aus Erdölexporten, der Rest ergibt sich aus den Exporten von Baumwolle und Vieh. Neben den regionalen Handelspartnern in Nordafrika sind Hauptabnehmer Portugal, Deutschland und die USA. Traditionelle Importgüter sind vor allem Treibstoffe, Fahrzeuge, Zucker, Getreide und Textilien. Sie kämpfen noch immer mit einem massiven Haushaltsdefizit, das vor allem auf den Bau einer Ölpipeline und die Schaffung zusätzlicher Infrastruktur



in der Förderungsregion zurückzuführen ist. China ist Ihr wichtigster ausländische Investor. Chinesische Staatsfirmen erschließen in Ihrem Land zum einen neue Erdölfelder und zum anderen sind sie für den Bau einer Pipeline und einer Raffinerie im Norden verantwortlich. China investiert zudem in Ihre Verkehrsinfrastruktur.

## SUBVENTIONEN

Von großer Bedeutung - insbesondere für den Export - ist die Baumwollproduktion. Die tschadischen Landwirte konnten 2015/16 ca. 58.800 Tonnen Baumwolle herstellen. Einen Großteil dieser Produktionsmenge, über 57.800 Tonnen, exportierte der Tschad. Obwohl der Tschad viel effizienter und billiger produzieren könnte als bspw. die USA, der größte Baumwollexporteur weltweit, ist die hoch subventionierte, qualitativ schlechtere US-Baumwolle billiger als die tschadische Baumwolle. Die Baumwolle aus Ihrem Land ist auf dem internationalen Markt somit nur bedingt wettbewerbsfähig. Sie können sich jedoch im Gegensatz zu den wirtschaftlich starken USA keine Subventionszahlungen im Agrarbereich leisten. Im Außenhandel stellt Baumwolle dennoch neben dem Erdöl eines Ihrer wichtigsten Exportgüter dar. Für andere Baumwollproduzenten unter den Entwicklungsländern wie Benin, Mali und Burkina Faso, aber selbst für Schwellenländer wie Brasilien und Indien stellt die Konkurrenz mit den USA im Baumwollhandel eine ähnliche Herausforderung dar. Sie fordern deshalb in Kooperation mit diesen Ländern eine erhebliche Reduzierung oder eine Abschaffung von Agrarsubventionen, um einen fairen Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu ermöglichen. Zu bedenken ist dabei auch, dass Baumwollproduzenten und ihre Familien im Tschad bei sinkenden Absatzchancen auf dem Weltmarkt von existentiellen Problemen wie Verschuldung und Hunger bedroht sind. Alternative Beschäftigungsmöglichkeiten oder ein Sozialsystem stehen ihnen im Gegensatz zu Landwirten in den Industrieländern kaum zur Verfügung.

## ZÖLLE

Für Sie ist nicht nur die Öffnung der Absatzmärkte in den Industrienationen entscheidend. Gleichzeitig ist der Schutz Ihres eigenen Marktes vor den subventionierten Produkten aus den entwickelten Ländern von größter Bedeutung. Deshalb streben Sie – möglicherweise in Kooperation mit anderen Entwicklungsländern – eine Sonderstellung für Entwicklungsländer im internationalen Marktgeschehen an. Vorstellbar wäre, dass im Falle eines Abbaus von Schutzzöllen in den WTO-Staaten eine Sonderregelung für die ärmeren Staaten getroffen wird und diesen die Beibehaltung eines Schutzzolles erlaubt bliebe. Der durchschnittliche angewandte Zoll im Agrarbereich beträgt im Tschad auch im Vergleich mit anderen Entwicklungsländern relativ hohe 21,9 Prozent (Stand 2016). Wie andere AKP-Länder profitierte der Tschad in der Vergangenheit von dem präferentiellen (= bevorzugten) Marktzugang, den die EU den AKP-Länder aufgrund der historischen Verantwortung für die ehemaligen Kolonien gewährte, ohne dass die AKP-Länder umgekehrt ihre Märkte für EU-Produkte öffnen mussten. Diesen präferentiellen Marktzugang möchten die AKP-Länder als Gruppe unbedingt beibehalten. Auch wenn der Tschad selbst nicht in nennenswertem Umfang Bananen exportiert, unterstützen Sie daher andere Bananen-exportierende AKP-Staaten in ihren diesbezüglichen Forderungen.

## VERBRAUCHERSCHUTZ (GENTECHNISCH MODIFIZIERTE ORGANISMEN - GMO)

Der Tschad hat, wie die meisten anderen afrikanischen Staaten, das „Cartagena Protokoll on Biosafety“ (CPB) ratifiziert, das dem von der EU geprägten Vorsorgeprinzip folgt. Dem Tschad ist es bisher aber nicht gelungen, eine eigene Gesetzgebung zur Zulassung und Kennzeichnung von GMOs zu erlassen. Es fehlen die Ressourcen und die Expertise, um entsprechende Regeln zu entwickeln und durchzusetzen. GMO werden im Tschad nicht angebaut, können aber aufgrund fehlender gesetzlicher Regelungen frei importiert werden.

## M.4 - Rollenkarte USA



LÄNDERINFORMATIONEN	
Größe	9.857.306 km <sup>2</sup>
Hauptstadt	Washington, D.C.
Einwohnerzahl	319 Mio
Lage	Nordamerikanischer Kontinent; Pazifik- und Atlantikküste.
Entwicklungsstand	Industrienation
Mitgliedschaft in WTO-Gruppen	Keine Mitgliedschaft in WTO-Gruppen mit Bezug zu den Agrarverhandlungen
Pro-Kopf-BIP	ca. 49.695 USD / 40.818 Euro (2015)

### ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSLAGE

Die USA ist die mächtigste Wirtschaftsmacht der Welt, welche allein etwa 25% des jährlichen Welteinkommens erwirtschaftet. 77 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gehen auf den Dienstleistungssektor, 22 Prozent auf den Industriesektor und ein Prozent auf die Landwirtschaft zurück.

Auch die Exportwirtschaft ist nach wie vor eine der wichtigsten Säulen der USA. Immer öfter wird der Vorwurf laut, die USA wollten durch Schutzzölle und die Aufforderung an alle US-Amerikaner, die amerikanische Wirtschaft durch den Kauf von amerikanischen Produkten anzukurbeln, ihre eigene Marktwirtschaft gegenüber anderen bevorzugen.

### LANDWIRTSCHAFT

Lediglich 1,5% der Bevölkerung der USA sind im Agrarsektor beschäftigt (Stand 2016), dennoch weisen die USA die größte agrarisch genutzte Fläche weltweit auf. Bei der Produktion von Baumwolle nehmen sie den zweiten Platz nach China ein. 2015/16 produzierten die amerikanischen Landwirte über 2.806.000 Tonnen Baumwolle. Während China nur einen sehr geringen Teil seiner Baumwolle exportiert, ist es in den USA der Großteil, der in den Export geht. 2015/16 exportierten die USA 1.992.000 Tonnen Baumwollfasern. Die amerikanische Baumwolle ist jedoch nur durch hohe Subventionen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig. Die meist qualitativ bessere Baumwolle aus zahlreichen Entwicklungsländern (z.B. Indien) wird durch diese Subventionspolitik auf den internationalen Märkten zurückgedrängt.

### AUSSENHANDEL

In den USA werden so viele Importgüter abgesetzt wie in keinem anderen Land der Welt und Ihr Land liegt bezüglich der Höhe seiner Exporte nur hinter China zurück.

Die wichtigsten Exportgüter sind verschiedene Bodenschätze (Gold, Erze), Elektronik, Flugzeuge, Kfz und Agrarprodukte (Weizen, Zucker, Tabak, Orangen). Bedeutende Abnehmerländer sind Kanada, Mexiko, China, Japan und Deutschland. Die wichtigsten Importländer sind nach wie vor China, Kanada, Mexiko, Japan und Deutschland.

## SUBVENTIONEN

Immer wieder werden die Agrarsubventionen als gewichtiges Mittel im amerikanischen Wahlkampf gebraucht. Denn die meisten Staaten im mittleren Westen der USA sind vom Absatz ihrer landwirtschaftlichen Produkte abhängig. Durch die Einfuhr günstiger Agrarprodukte aus Schwellen- und Entwicklungsländern sehen die in den USA ansässigen Bauern ihre Vormachtstellung bedroht.

Besonders die Subventionen für Baumwolle sorgen immer wieder für Konfliktpotenzial innerhalb der WTO-Verhandlungen. Denn Baumwolle kann in Entwicklungsländern wie Benin, Burkina Faso, Mali, Tschad, Indien und Brasilien weitaus effizienter und billiger, zudem oft in besserer Qualität als in den USA produziert werden. Die US-Baumwolle ist nur durch die Subventionierung billiger. Würden die Subventionen komplett abgeschafft, würden die US-Baumwollexporte einbrechen. Bei einem Abbau der Subventionen ist mit heftigen Protesten der Bauernverbände vor allem in den Südstaaten zu rechnen, wo Baumwolle angebaut wird.

Trotzdem hat die USA ihre Subventionsprogramme für Baumwolle bereits zurückgefahren. In der Anbausaison 2015/16 zahlte die USA ihren Baumwollproduzenten ca. 460 Mio. US-Dollar an Subvention, China dagegen gab ca. 5,5 Mrd. US-Dollar für Baumwollsubvention aus. Insgesamt verfolgen Sie in der Landwirtschaft massive Exportinteressen und sind deshalb nur zu minimalen Zugeständnissen beim Abbau von Subventionen bereit – zumindest solange nicht alle anderen großen Agrarexporteure und die bedeutenden Schwellenländer wie China, Brasilien und Indien ihre Subventionen ebenfalls abbauen. Gleichzeitig fordern Sie die Öffnung fremder Märkte, um Ihre subventionierten Agrarprodukte absetzen zu können.

## ZÖLLE

Die USA versuchen, sich durch Zölle auf bestimmte Waren vor Konkurrenz aus dem Ausland zu schützen. Diese Schutzzollpolitik stößt aufgrund der wirtschaftlichen Führungsposition der USA und der derzeitigen weltwirtschaftlichen Lage weltweit häufig auf Kritik.

Im Agrarbereich liegt der durchschnittliche angewandte Zoll der USA mit 5,2 Prozent vergleichsweise niedrig (Stand 2016). Ihre landwirtschaftlichen Produkte sind – wenn auch teilweise nur aufgrund von Subventionen – auf dem Weltmarkt sehr konkurrenzfähig. Da Sie viele Agrargüter exportieren, vertreten Sie eine strikt liberale Wirtschaftspolitik und setzen sich für die Öffnung der Märkte anderer Länder ein.

Obwohl in den USA selbst keine großen Mengen an Bananen produziert werden, haben Sie ein großes Interesse an der Liberalisierung des EU-Bananenmarktes. Denn die drei großen Firmen, die einen Großteil der lateinamerikanischen Bananen vermarkten, Chiquita, Dole und Del Monte haben alle ihren Sitz in den USA. Der präferentielle (= bevorzugte) Marktzugang, den die EU ehemaligen Kolonien (die AKP-Staaten) gewährt, stellt nach Ihrer Auffassung einen Verstoß gegen die WTO-Regelungen dar. Die Bevorzugung der AKP-Staaten ist ein unfairer Wettbewerbsvorteil, der den mittel- und südamerikanischen Bananenproduzenten den Marktzugang in die EU erschwert.

## VERBRAUCHERSCHUTZ (GENTECHNISCH MODIFIZIERTE ORGANISMEN - GMOS)

In den USA existieren Regelungen die gentechnisch veränderte Organismen (GMO) vor der Zulassung auf dem amerikanischen Markt überprüfen, allerdings sind diese wesentlich liberaler als die Regelungen der EU und vieler andere Länder, die auf dem Vorsorgeprinzip

basieren. Ihr Land ist daher auch nicht Mitglied des „Cartagena Protocol on Biosafety“. Die Regelungen der USA basieren vielmehr auf dem Prinzip der substantiellen Gleichheit, d.h. GMO-Produkte unterliegen denselben Kontrollen für Nahrungs- und Futtermittelsicherheit wie konventionelle Produkte. Geprüft wird nur, ob das fertige Produkt Substanzen enthält, von denen nachweislich eine Gesundheitsgefahr ausgeht. Ist dies nicht der Fall, werden GMO-Produkte zugelassen. Es besteht auch keine Kennzeichnungspflicht. Die Verbraucher in den USA haben zum Großteil keine Vorbehalte gegen GMO-Produkte. Die strengen Sicherheitsvorkehrungen der EU und anderer Länder halten sie für Hysterie und versteckten Protektionismus.

Die USA sind, mit einer Nutzfläche von 72,9 Millionen Hektar (Stand 2016), auf denen gentechnisch verändertes Getreide angebaut wird, weltweit führender Produzent von GMOs. 2015 machte beispielsweise der Anteil der in den USA produzierten gentechnisch veränderten Baumwolle 90% der Gesamtmenge aus. Aus den strengeren GMO-Bestimmungen der EU und vieler anderer Länder ergeben sich Probleme beim Export amerikanischer Agrarprodukte. Die USA setzen sich daher für Standards der GMO-Regulierung ein, die sich an wissenschaftlich nachweisbaren Gefahren orientieren und versteckten Protektionismus verbieten.

Dass sich viele Entwicklungsländer z.B. in Afrika am von der EU geprägten Vorsorgeprinzip orientieren, halten Experten in den USA für einen großen Fehler. Gerade in Entwicklungsländern könnten GMO-Pflanzen beispielsweise durch geringeren Wasserbedarf oder eine höhere Schädlingsresistenz zur Vereinfachung der Landwirtschaft, Steigerung der Ernten und Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln beitragen.

Bisher konnte die Wissenschaft keine allgemeinen negativen Effekte von GMO-Nahrungsmitteln auf die menschliche Gesundheit nachweisen. Die Verbraucher in den USA haben zum Großteil keine Vorbehalte gegen GMO-Produkte. Die strengen Sicherheitsvorkehrungen der EU und anderer Länder halten sie für Hysterie und versteckten Protektionismus.



**Für alle, die mehr wissen wollen - die Zeitschriften der Landeszentrale für politische Bildung BW**

- BÜRGER & STAAT – Zeitschrift für Multiplikatoren politischer Bildung, Abonnement: 4 Hefte/Jahr 12.80 Euro, [www.buergerimstaat.de](http://www.buergerimstaat.de)
- POLITIK & UNTERRICHT – Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung, Abonnement: 4 Hefte/Jahr 14.00 Euro, [www.politikundunterricht.de](http://www.politikundunterricht.de)
- DEUTSCHLAND & EUROPA – Zeitschrift für Politik, Geschichte, Deutsch, Geografie und Kunst, Abonnement: 2 Hefte/Jahr 6.- Euro, [www.deutschlandundeuropa.de](http://www.deutschlandundeuropa.de)

Bestellung oder Download als PDF, kostenlos (ab 500 g zzgl. Versand). Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale: [www.lpb-bw.de/zeitschriften.html](http://www.lpb-bw.de/zeitschriften.html)



**mach's klar! ist eine Publikation der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.**

Die vierseitige Unterrichtshilfe erklärt politisches Basiswissen und bearbeitet aktuelle politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Themen. „mach's klar!“ erklärt Politik in einfacher Sprache, vereinfacht politische Themen und verdeutlicht sie mit vielen Bildern. Online gibt es zu den Heften Zusatzmaterialien, Links, Erklär-Filme und Lern-Apps.

Bestellung oder Download als PDF, kostenlos (ab 500 g zzgl. Versand)  
Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung:  
[www.lpb-bw.de/machs-klar.html](http://www.lpb-bw.de/machs-klar.html)



## M.4 - Rollenkarte Vorsitz

Als Vorsitz der WTO-Ministerkonferenz sind Sie für die Leitung der Sitzung verantwortlich.

### ZIEL UND AUFGABEN

Ziel des Treffens der Minister ist die Verabschiedung von Anträgen, um den Welthandel zu reformieren. Dabei stehen die drei Verhandlungsthemen Baumwollsubventionen, Zölle auf Bananen und Genmanipulierte Organismen (GMOs) auf der Tagesordnung. Ihre Aufgabe als Vorsitz ist es, die Sitzung der Ministerkonferenz zu strukturieren. Sie haben das Recht, den Delegierten der Staaten in den formellen Sitzungen das Wort zu erteilen und zu entziehen, die Sitzungsteilnehmenden auf die Einhaltung der Verhaltensweisen, welche in der Geschäftsordnung festgelegt sind, zu verpflichten sowie auf die Einhaltung des Zeitplans zu bestehen. Des Weiteren werden Sie die eingereichten Anträge auf formelle und inhaltliche Kriterien prüfen und über deren Zulässigkeit entscheiden.

Als Vorsitz tragen Sie eine besondere Verantwortung für das Gelingen und den reibungslosen Ablauf der Sitzung. Eine gute Vorbereitung auf die Rolle ist deshalb wichtig.

### ERÖFFNUNGSRUNDE

Ziel der Eröffnungsrunde ist die Vorstellung der Länderpositionen. Als Vorsitz eröffnen Sie die Ministerkonferenz der WTO und erteilen den Länderdelegationen das Wort. Sie haben die folgenden Aufgaben:

- Bitten Sie die Delegierten um Ruhe, damit die Eröffnungsrunde beginnen kann. Begrüßen Sie die Teilnehmenden, gehen Sie kurz auf die Geschäftsordnung ein und skizzieren Sie kurz den Ablauf der Konferenz und nennen Sie die drei Verhandlungsthemen. In der Eröffnungsrede sollten Sie:
  - Die Teilnehmenden begrüßen und die Konferenz eröffnen;
  - Den Ablauf ankündigen (Tour-de-Table, zwei informelle Sitzungen, 2 formelle Sitzungen);
  - Die drei Verhandlungsthemen vorstellen (GMOs, Zölle auf Bananen, Baumwollsubventionen), hierfür können Sie auch die Themendossiers nutzen;
  - Die wichtigsten Punkte der Geschäftsordnung vorstellen (Artikel 4, Artikel 5, Artikel 6, Artikel 8).
- Es folgt ein Tour-de-Table, in welchem jede Delegation kurz ihr Land vorstellt und die Positionen zu den Verhandlungsthemen darlegt. Ihre Aufgabe ist es, die Delegationen aufzurufen und auf die Einhaltung der Redezeiten zu achten („Der Vorsitz erteilt der Delegation aus Burkina Faso das Wort...“).
- Am Ende der Eröffnungsrunde weisen Sie die Länderdelegationen darauf hin, dass in der folgenden informellen Sitzung Anträge durch die Delegationen erarbeitet werden sollen und diese bei Ihnen eingereicht werden können. Legen Sie einen zeitlichen Rahmen für die informelle Sitzung fest und eine Zeit bis zu welcher Sie Anträge annehmen. Heben Sie hervor, dass ein Antrag nur gültig ist, wenn dieser von mindestens zwei Staaten unterstützt wird. Fragen Sie, ob es Nachfragen der Delegationen gibt. Danach beenden Sie die formelle Phase des Tour-de-Table und kündigen den Beginn der informellen Sitzung und deren zeitliches Ende an.

## ERSTE INFORMELLE SITZUNG

Die informelle Verhandlungsrunde bietet den Länderdelegationen die Gelegenheit, Anträge auszuarbeiten, um Reformen des Welthandels anzustoßen. Während der informellen Sitzung prüfen Sie die eingereichten Anträge und bereiten diese für die Vorstellung in der zweiten formellen Sitzung vor:

- Bereiten Sie die Technik darauf vor, die Anträge gut sichtbar zu projizieren (z.B. durch den Einsatz einer Dokumentenkamera).
- Fordern Sie die Länderdelegationen aktiv zur Einreichung von Anträgen auf und beraten Sie diese gegebenenfalls im Hinblick auf die formellen Kriterien.
- Prüfen Sie, ob die bei Ihnen eingereichten Anträge die erforderliche Mindestanzahl an unterstützenden Staaten (ein verantwortlicher Staat und zwei weitere unterstützende) haben, die Prinzipien der WTO (Meistbegünstigung, Gegenseitigkeit, Inländergleichbehandlung und Transparenz) erfüllen und ob die Anträge sich mit den Verhandlungsthemen befassen. Falls die Anträge nicht alle Anforderungen erfüllen, können Sie diese zurückgeben oder in der ersten formellen Sitzung die Ablehnung des Antrags kurz erläutern und diesen zur Neubearbeitung in der zweiten informellen Sitzung an die Staaten zurückgeben.
- Bestehen Sie auf die Einhaltung des von Ihnen festgelegten Zeitrahmens und beenden Sie die informelle Sitzung zu der vorgesehenen Zeit.

## ERSTE FORMELLE SITZUNG

Ziel der ersten formellen Sitzung ist es, die eingegangenen Anträge im Plenum zu diskutieren und über die einzelnen Anträge abzustimmen. In dieser Sitzung haben Sie folgende Aufgaben:

- Eröffnen Sie die Sitzung und weisen Sie auf den Ablauf der Sitzung hin: Jeder Antrag wird von der verantwortlichen Delegation kurz vorgestellt, im Plenum diskutiert und dann abgestimmt. Den Delegationen wird von Ihnen das Rederecht erteilt und die Abstimmung von Ihnen geleitet. Verweisen Sie auf das Konsensprinzip der WTO, welches bedeutet, dass während der Abstimmung keine Enthaltungen möglich sind und Beschlüsse einstimmig gefasst werden müssen.
- Falls Sie Anträge aus formellen oder inhaltlichen Gründen nicht zulassen können, stellen Sie diese kurz vor und erläutern Sie, warum diese abgelehnt wurden. Weisen Sie die Delegierten darauf hin, dass die Anträge in der nächsten informellen Sitzung bearbeitet werden können.
- Lassen Sie die eingereichten Anträge (geordnet nach Verhandlungsthemen) von den verantwortlichen Staaten vorstellen. Für jeden Antrag gilt der gleiche Ablauf:
  - Fragen Sie nach der Vorstellung, ob es Redebeiträge zu diesem Antrag gibt.
  - Führen Sie eine Rednerliste und erteilen Sie den Delegationen das Wort in der Diskussion. Sobald es keine Redebeiträge mehr gibt oder Sie aus zeitlichen Gründen die Diskussion beenden wollen, kündigen Sie die Schließung der Rednerliste an.
  - Leiten Sie die Abstimmung ein, indem Sie die Delegationen bitten, ihr Namensschild zu heben, jede Delegation hat nur eine Stimme. Fragen Sie, wer dem Antrag zustimmt und wer diesen ablehnt. Verkünden Sie das Ergebnis der Abstimmung („Der Antrag wurde mit einer Gegenstimme abgelehnt.“).

- Beenden Sie nach der Vorstellung aller eingereichten Anträge die erste formelle Sitzung und kündigen Sie den Zeitrahmen der zweiten informellen Sitzung an. Weisen Sie auf die zusätzlichen Themendossiers, die weitere Informationen zu den einzelnen Verhandlungsthemen beinhalten, hin. Betonen Sie, dass dies die letzte informelle Verhandlungsrunde ist.

### **ZWEITE INFORMELLE SITZUNG**

Die zweite informelle Sitzung dient den Länderdelegationen zur Erarbeitung oder Modifizierung von Anträgen. Sie prüfen erneut die eingereichten Anträge, bereiten die zweite formelle Sitzung vor und achten auf die Einhaltung der Zeit. Bereiten Sie bereits Ihr Abschlussstatement vor. In diesem sollten Sie kurz die verabschiedeten Anträge nennen und sich bei den Delegationen für die Zusammenarbeit bedanken.

### **ZWEITE FORMELLE SITZUNG**

Ziel der zweiten formellen Sitzung ist es, wie in der ersten, Anträge zu diskutieren und abzustimmen. Stellen Sie erst die formell abgelehnten Anträge vor, lassen Sie dann die eingereichten Anträge vorstellen und über jeden Antrag abstimmen. Beenden Sie nach der letzten Abstimmung die Sitzung, indem Sie ein kurzes Abschlussstatement geben und die Konferenz dann offiziell beenden.



## M.4 - Antrag



WTO OMC

RUNDE ..... ANTRAG NR .....

ANTRAG VON .....

VERANTWORTLICHE(R): .....

ANTRAGSTEXT .....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

## M.4 - Themendossier: Subventionen für Baumwolle

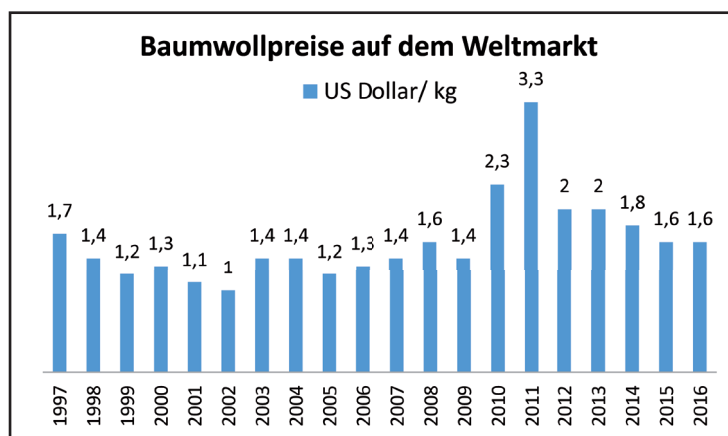
Baumwolle wird vor allem in Asien und Amerika angebaut. China ist das Land mit der größten Baumwollproduktion, gefolgt von den USA und Indien. Als Baumwollexporteur spielt China jedoch keine große Rolle, da der chinesische Bedarf an Baumwolle die Produktion noch übersteigt, sodass China ein Netto-Importeur ist. Beim Export von Baumwolle hält seit langem die USA die Spitzenposition. 2015/16 exportierte sie ca. 1 992 000 Tonnen Baumwollfasern. Indien hat in jüngster Zeit stark aufgeholt. 2015/16 erreichten seine Exporte mit ca. 1 258 000 Tonnen fast die der USA. Weitere wichtige Baumwollexporteure sind Brasilien (ca. 939 000 Tonnen 2015/16) und Australien (ca. 616 000 Tonnen 2015/16). Auch die EU exportiert Baumwolle (ca. 283 000 Tonnen 2015/16).

### Wichtige Baumwollexporteure:

	Exporte 2015/16 (ca.)
USA	1 992 000 Tonnen
Indien	1 258 000 Tonnen
Brasilien	939 000 Tonnen
Australien	616 000 Tonnen
EU	283 000 Tonnen
Burkina Faso	272 000 Tonnen
Mali	221 000 Tonnen
Benin	108 000 Tonnen
Tschad	57 800 Tonnen

Quelle: FAO

Während in all diesen Ländern Baumwolle nur ein Exportgut unter vielen ist, stellt der Baumwollanbau und Export für einige westafrikanische Länder eine zentrale Säule der Wirtschaft dar. Dazu gehören Benin, Burkina Faso, Mali und Tschad, die 2003 in der WTO eine Initiative zur Abschaffung der Subventionen im Baumwollbereich starteten. Zu diesem Zeitpunkt machte Baumwolle ca. 65 Prozent der Exporte Benins aus, ca. 55 Prozent in Burkina Faso, ca. 18 Prozent in Mali und ca. 70 Prozent im Tschad. Seitdem hat Burkina Faso seine Baumwollexporte weiter erhöht (von ca. 190 000 Tonnen 2003 auf ca. 272 000 Tonnen 2015/16). In Benin und Mali haben die Exporte nach einigen Schwankungen seit 2013 wieder ein ähnliches Niveau erreicht wie 2003.

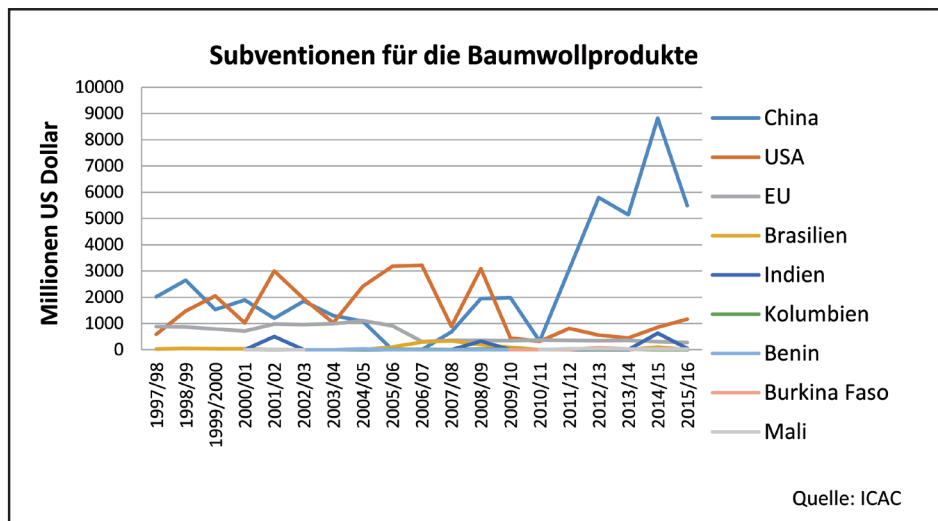


Wie alle Rohstofflieferanten sind Baumwollproduzenten stark von den Preisen am Weltmarkt abhängig. Einige Länder, die über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen, unterstützen ihre Baumwollproduzenten durch Direktzahlungen oder Maßnahmen zur Erhöhung und Stabilisierung der inländischen Marktpreise (Preisstützungsmechanismen). Derartige Subventionen steigen in der Regel, wenn die Weltmarktpreise fallen.

Die Subventionen verringern die Produktionskosten der begünstigten Produzenten, so dass diese auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig werden. Gleichzeitig tragen die Subventionen aber zu einem weiteren Verfall der Weltmarktpreise bei. Für ärmere Länder, die sich keine hohen Subventionszahlungen leisten können, wird die Lage dadurch zusätzlich erschwert, weswegen sie ein hohes Interesse daran haben in der WTO ein Verbot oder zumindest eine Reduktion von Subventionen auszuhandeln. Als die Baumwollpreise 2002 ein historisches Tief erreichten, identifizierten viele Beobachter die hohen Subventionen des größten Exporteurs USA als einen wichtigen Faktor.

Vor diesem Hintergrund starteten Benin, Burkina Faso, Mali und Tschad ihre Baumwollinitiative und Brasilien reichte eine Klage gegen die US-Baumwollsubventionen beim Streit-schlichtungsgremium der WTO ein.

In den letzten Jahren hat die USA ihre Baumwollsubventionen deutlich verringert. China hingegen, das seinen Baumwollproduzenten bereits seit langem Subventionen in einem mit dem der USA vergleichbaren Gesamtvolumen zahlte, hat seine Preisstützungsaktivitäten zuletzt erheblich ausgeweitet. Der Einfluss der chinesischen Subventionen auf den Weltmarktpreis ist geringer, da Sie kein großer Baumwollexporteur sind. Angesicht der neuerdings erreichten extremen Höhen der chinesischen Subventionszahlungen und der großen Lagerbestände an Baumwolle, die die chinesische Regierung taktisch einsetzt, ist aber inzwischen auch den chinesischen Subventionen ein zumindest potentiell hoher Einfluss auf den Weltmarkt



zuzuschreiben. Für WTO-Verhandlungen über Baumwollsubventionen stellt sich daher die Frage, ob auch Entwicklungsländer ihre Subventionen eliminieren oder zumindest reduzieren müssen sollten. Auch Brasilien, Indien, Kolumbien und selbst Benin, Burkina Faso und Mali haben ihren

Baumwollproduzenten in einigen der letzten Jahre Subventionen gezahlt – wenn auch in wesentlich geringerem Umfang als China und die USA. Die EU schließlich zahlt ihren Baumwollproduzenten in Griechenland und Spanien Subventionen, die pro Kilo die aller anderen Länder deutlich übersteigen. Da die produzierten Mengen gering sind, hält sich die Gesamthöhe der Zahlungen und der Einfluss auf den Weltmarktpreis jedoch in Grenzen.

## M.4 - Themendossier: Verbraucherschutz bei GMO

Die wichtigsten gentechnisch modifizierte Organismen (GMO) sind Soja, Mais, Baumwolle und Raps mit Resistenzen gegen Unkrautvernichtungsmittel und Schädlinge. Soja macht 50 Prozent der weltweit angebaute GMO-Pflanzen aus, Mais 33 Prozent, Baumwolle 12 Prozent, und Raps 5 Prozent. Lediglich <1 Prozent des weltweiten GMO-Anbaus entfallen auf andere Pflanzen.

Auswahl an Ländern mit GMO-Anbau	
	GMO-Anbaufläche 2016 in Millionen Hektar
USA	72,9
Brasilien	49,1
Indien	10,8
Kanada	11,6
China	2,8
Australien	0,9
Kolumbien	0,1
EU	0,1
Burkina Faso	--

Quelle: ISAAA

In der Debatte um Richtlinien für den Anbau und die Vermarktung von GMO wird üblicherweise zwischen einem EU-Ansatz und einem US-Ansatz unterschieden. In den Bevölkerungen vieler EU-Staaten existieren große Befürchtungen bezüglich Spätfolgen des Anbaus und Konsums von GMO für die Umwelt und die menschliche Gesundheit. Die EU hat spezielle Regeln für die Zulassung von GMO für Anbau und Vermarktung erlassen, die dem „Vorsorge-Prinzip“ folgen. Die Zulassung erfolgt nur, wenn eine umfangreiche Risiko-Analyse zu dem Schluss kommt, dass keine Gefahr für Konsumenten und die Umwelt droht. Für die Verweigerung der Zulassung ist kein Nachweis schädlicher Wirkungen notwendig, es genügt wenn solche nicht ausgeschlossen werden können.

Darüber hinaus müssen alle Nahrungs- und Futtermittel, die aus GMO hergestellt wurden, zur Information der Verbraucher gekennzeichnet werden. In den USA hingegen gibt es weniger Vorbehalte gegenüber GMO und es existiert kein spezielles Zulassungsverfahren für GMO und daraus hergestellte Produkte. Gemäß dem „Prinzip der substantiellen Gleichheit“ gelten für GMO-Produkte die gleichen Regeln für Nahrungsmittelsicherheit wie für konventionelle Produkte. Solange sie keine nachweislich gesundheitsschädlichen Substanzen enthalten, sind sie zugelassen. Auch gibt es keine Kennzeichnungspflicht für GMO-Produkte.

Mit dem „Cartagena Protocol on Biosafety“ (CPB) existiert ein internationales Abkommen zum Handel mit GMO, das auf dem von der EU geprägten Vorsorge-Prinzip basiert. Der Großteil der Staaten (171, Stand 2017) hat das CPB ratifiziert. Die USA, Kanada und Australien jedoch sind keine Mitglieder. Kanada und Australien haben Regelungen, die strenger sind als die der USA, aber nicht dem Vorsorgeprinzip folgen und von keiner generellen Gefährdung durch GMO ausgehen.

Die meisten Entwicklungsländer haben das CPB ratifiziert. Dennoch besitzen viele von ihnen bis heute keine oder nur unzulängliche eigene Gesetzgebungen und Behörden zur Umsetzung des Protokolls und zur Kontrolle des Anbaus, Imports und Verkaufs von GMO und GMO-Produkten. Die Aufgeschlossenheit von Landwirten und Konsumenten gegenüber GMO-Produkten ist unterschiedlich stark ausgeprägt. In einigen Entwicklungsländern, insbesondere dort, wo bereits GMO angebaut werden, gibt es heftige Kontroversen zum Thema. Weltweit haben die USA, gefolgt von Brasilien, Argentinien, Indien und Kanada die größte Anbaufläche an GMO-Pflanzen. In kleinerem Stil bauen u.a. auch China, Australien, Burkina Faso, die EU und Kolumbien GMO an.

Länder, die GMO anbauen, vor allem solche, die im großen Stil Agrarprodukte exportieren wie die USA, Kanada und Brasilien, haben ein Interesse daran, dass andere Länder ihre Märkte für GMO-Produkte öffnen. Es ist außerdem wichtig für sie, dass die Marktchancen ihrer Produkte nicht durch Verbraucherschutzstandards wie eine abschreckend-wirkende Kennzeichnungspflicht für GMO-Produkte beeinträchtigt werden. Ausgehend von dem US-Ansatz, der GMO- und konventionelle Produkte gleich behandelt, könnten GMO-Exporteure sich in der WTO auf das Prinzip der Nicht-Diskriminierung berufen. Denn dieses verbietet, dass ein Mitglied bei den Einfuhr- und Verkaufsbedingungen gleichartige Produkte aus verschiedenen Mitgliedsländern unterschiedlich behandelt. Aus Sicht des EU-Ansatzes besteht freilich keine Gleichartigkeit, weswegen GMO-skeptische Länder eine Diskriminierung aufgrund von GMO-Gehalt für zulässig halten.

Wenn ein Mitgliedsland sich durch die Importbestimmungen eines anderen diskriminiert fühlt, kann es eine Klage vor dem WTO-Streitschlichtungsgremium einreichen. Bei einem Streitfall über Einfuhrbeschränkungen oder Kennzeichnungspflichten von GMO-Produkten müsste das Streitschlichtungsgremium entscheiden, ob GMO-Produkte als gleichartig zu vergleichbaren konventionellen Produkten zu behandeln sind oder nicht. Die Entscheidung ist nicht eindeutig vorhersehbar. Um ihre Interessen zu sichern, müssen sowohl GMO-Gegner als auch Exporteure daher auf eine explizite Regelung zu GMO-Produkten drängen, bevor es zu einem Streitfall kommt. Allerdings verfolgen sie dabei natürlich unterschiedliche Interessen.

## M.4 - Themendossier: Zölle auf Bananen

Ausgangslage für die Verhandlungen ist die europäische Bananenmarktverordnung von 1993, die Bananenimporte aus den AKP-Ländern gegenüber solchen aus Lateinamerika begünstigt. Den Hintergrund der diskriminierenden EU-Bananenmarktverordnung bilden die historisch gewachsenen exklusiven Handelsbeziehungen einiger EU-Länder wie Frankreich und Großbritannien zu ihren ehemaligen Kolonien in Afrika und der Karibik. Im Rahmen des ersten Lomé-Abkommens von 1975 sicherte die Europäische Gemeinschaft (EG) den AKP-Ländern zu, dass sich die Importbedingungen für AKP-Bananen nicht verschlechtern würden. Als die unterschiedlichen Einfuhrregime der EU-Länder für Bananen im Rahmen der Einführung des europäischen Binnenmarkts 1993 vereinheitlicht werden mussten, versuchte die EU ihrer Verpflichtung gegenüber den AKP-Staaten gerecht zu werden, indem sie ein Quotensystem errichtete, das den traditionellen Importeuren in Afrika und der Karibik ihre Marktanteile sichern sollte.

Die EU-Bananenmarktverordnung

	<b>AKP-Bananen</b>	<b>Dollar-Bananen</b>
Zollquote 1 (857 700 t):	zollfrei	-
Zollquote 2 (2 000 000 t):	zollfrei	Zoll: 100 €/t
Importe außerhalb der Quoten:	Zoll: 750 €/t	Zoll: 850 €/t

Die EU-Bananenmarktverordnung unterteilt Bananen-Importe in drei Zollquoten. Die erste Zollquote ist für traditionelle Importeure aus AKP-Ländern reserviert und wird auf Basis historischer Importanteile auf die einzelnen Länder verteilt. Importe

im Rahmen dieser Quote sind zollfrei. Sie wurde 1993 auf knapp ein Drittel des Bananenbedarfs der EU (857 700 Tonnen) festgelegt, was die bisherigen Einfuhrmengen aus AKP-Ländern ausreichend abdeckte. Für die restlichen gut zwei Drittel des EU-Bananenbedarfs (2 Millionen Tonnen) wurde eine zweite Zollquote eingerichtet, die ebenfalls aufgrund historischer Werte an einzelne Importeure verteilt wird, aber auch eine geringe Quote für neue Importeure enthält. AKP-Bananen erhalten auch im Rahmen dieser zweiten Zollquote zollfreien Marktzugang, auf Bananen aus anderen Ländern wird ein Zoll von 100 Euro pro Tonne erhoben. Der Zoll auf Bananen außerhalb der zwei Quoten beträgt prohibitive 850 Euro pro Tonne (750 Euro für AKP-Staaten).

Die meisten Bananen werden in Asien produziert, gefolgt von Lateinamerika und Afrika. Asiatische Banane werden bisher hauptsächlich auf dem asiatischen Markt verkauft. Indien, der größte Bananenproduzent überhaupt und China produzieren größtenteils für den inländischen Markt. Um den EU-Markt konkurrieren AKP-Bananen und lateinamerikanische Bananen. Während AKP-Bananen fast ausschließlich in die EU exportiert werden, stellen für lateinamerikanische Bananen-Exporteure die USA und Kanada einen zweiten großen Absatzmarkt dar. Unter den lateinamerikanischen Ländern produzieren manche wie Brasilien hauptsächlich für den eigenen Markt, andere wie Ecuador und Kolumbien hingegen größtenteils für den Export.

Durch das Quotensystem der EU werden vor allem die Absatzmöglichkeiten sogenannter Dollar-Bananen auf dem EU-Markt eingeschränkt. Als Dollarbananen werden die Früchte bezeichnet, die von den großen multinationalen Unternehmen mit Sitz in den USA verkauft werden, die den internationalen Handel mit Bananen dominieren: Chiquita, Dole und Del Monte. Diese Firmen beziehen den Großteil ihrer Ware aus Lateinamerika, wo Bananen auf großen Plantagen kostengünstig angebaut werden. Die Exportkapazitäten dieser Firmen

übersteigen die ihnen zugewiesenen EU-Quoten deutlich, weswegen die USA und bananenexportierende lateinamerikanische Länder wie Ecuador und Kolumbien ein großes Interesse an einer Änderung der EU-Bananenmarktverordnung haben. Ein Interesse an der Aufrechterhaltung der EU-Bananenmarktverordnung haben die EU und die AKP-Staaten, insbesondere natürlich jene für deren Wirtschaft der Bananenexport eine große Rolle spielt wie St. Lucia und St. Vincent und die Grenadinen. Für diese zwei kleinen karibischen Inselstaaten, die zu den Winward Islands gehören, stellen Bananen ein zentrales Exportgut dar. Im Gegensatz zum Bananenanbau in Lateinamerika ist dieser in den Winward Islands durch einen geringeren Einfluss multinationaler Unternehmen, kleinere Betriebsgrößen, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, aber auch durch eine deutlich geringere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt gekennzeichnet. Der Erhalt der Bananenproduktion auf den Winward Islands hängt daher stark von einem Fortbestehen des bevorzugten Marktzugangs in der EU ab.

#### Bananenexporte im Vergleich:

	Exporte 2015/16 (ca.)
Ecuador	6 039 600 Tonnen
Kolumbien	1 673 600 Tonnen
Brasilien	80 300 Tonnen
Indien	80 200 Tonnen
China	7 600 Tonnen
St. Lucia	4 600 Tonnen
St. Vincent a.G.	2.000 Tonnen

In der WTO verbietet das Prinzip der Nichtdiskriminierung eine Bevorzugung bestimmter Handelspartner aufgrund von Kriterien wie historischer Beziehungen oder spezifischer Produktionsbedingungen. Ausnahmen vom Prinzip der Nicht-Diskriminierung gibt es für Freihandelszonen wie die EU und für einseitige Handelspräferenzen für Entwicklungsländer, die dann aber allen Entwicklungsländern oder – die einzige andere etablierte Kategorie – allen LDCs zugestanden werden müssen. Der präferentielle (= bevorzugte) Marktzugang, den die EU AKP-Bananen gewährt, erfüllt diese Bedingungen nicht und war nur durch eine temporäre Ausnahmegenehmigung möglich. Auch angesichts der Streitigkeiten um die Bananenmarktverordnung der EU sind die anderen Mitgliedsstaaten nun aber nicht mehr bereit, diese Ausnahmegenehmigung zu verlängern. Um eine rechtliche Grundlage für ihr präferentielles Handelsabkommen zu schaffen, müssten sich die EU und ihre AKP-Partner daher für eine Erweiterung der Ausnahmeregeln oder für eine weitere Differenzierung verschiedener Kategorien von Entwicklungsländern einsetzen.

Auch angesichts der Streitigkeiten um die Bananenmarktverordnung der EU sind die anderen Mitgliedsstaaten nun aber nicht mehr bereit, diese Ausnahmegenehmigung zu verlängern. Um eine rechtliche Grundlage für ihr präferentielles Handelsabkommen zu schaffen, müssten sich die EU und ihre AKP-Partner daher für eine Erweiterung der Ausnahmeregeln oder für eine weitere Differenzierung verschiedener Kategorien von Entwicklungsländern einsetzen.

## Lösungsvorschläge

Im Bereich der **Zölle auf Bananen** legten einige lateinamerikanische Staaten, inklusive Ecuador und Kolumbien, zwischen 1992 und 2007 mehrfach Beschwerde vor dem Streitschlichtungsgremium der WTO ein. 2009 einigten sich die EU, die betroffenen lateinamerikanischen und die AKP-Staaten schließlich in Verhandlungen auf ein neues Zollregime. Dieses sieht keine Quoten mehr vor, sondern einen einheitlichen Zoll, der bis spätestens 2019 schrittweise auf 114 Euro pro Tonne gesenkt werden soll. Bananen aus AKP-Ländern, die ein neues reziprokes Economic Partnership Agreement (EPA) mit der EU abgeschlossen haben oder vom EU-Programm für LDCs, dem Everything But Arms (EBA) Abkommen, profitieren, genießen zollfreien Zugang zum EU-Markt. Durch den verringerten Zollunterschied zwischen Bananenimporten aus den AKP-Ländern und aus Lateinamerika, ist der Wettbewerbsvorteil von AKP-Bananen auf dem EU-Markt deutlich gesunken. Die EU begleitet die Umstellung des Zollregimes daher mit einem finanziellen Unterstützungsprogramm für Bananen-exportierende AKP-Länder. Eine alternative Lösung hätte darin bestehen können, dass die EU ihr Zollquotensystem an den unterschiedlichen Entwicklungsniveaus verschiedener Bananen-exportierender Länder ausrichtet oder an den verschiedenen Produktionsmethoden einzelner Produzenten statt an historischen Beziehungen.

Die Auseinandersetzungen über die Abschaffung von **Subventionen für Baumwolle** dauern in der Realität an. Brasilien gewann 2005 einen Streitschlichtungsfall gegen die USA, bei dem einige der von den USA gezahlten Subventionen für nicht WTO-konform erklärt wurden. Im Laufe der folgenden Jahre einigte sich die USA mit Brasilien auf eine Umgestaltung der betroffenen Programme und zahlte außerdem Geld in einen Fördertopf für brasilianische Baumwollproduzenten. Insgesamt hat die USA ihre Baumwollsubventionen in den letzten Jahren deutlich reduziert, global gesehen besteht das Problem der Verzerrung der Weltmarktpreise durch hohe Subventionen jedoch fort. Die Baumwollinitiative von Benin, Burkina Faso, Mali und Tschad hat zu einem Prozess der gezielten Ausrichtung von Entwicklungshilfeprogrammen auf den westafrikanischen Baumwollsektor geführt. Eine Disziplinierung von Direkthilfen und Preisstützungssystemen für Baumwollproduzenten konnte aber bisher nicht erreicht werden. Mögliche Lösungen bewegen sich zwischen einem völligen Verbot von Subventionen und der Festlegung von Obergrenzen sowie zwischen einer einheitlichen Regel für alle WTO-Mitglieder und unterschiedlichen Regelungen für Industrie- und Entwicklungsländer. Um dadurch nicht mehr wettbewerbsfähigen Produzenten eine Umstellung auf andere Einnahmequellen zu ermöglichen, wären nationale oder internationale Hilfsprogramme denkbar.

In Bezug auf die unterschiedlich strengen **Verbraucherschutzregeln bei GMO** ist bisher in der WTO keine wirkliche Diskussion aufgekommen. Die USA, Kanada und Argentinien klagten 2003 erfolgreich vor dem WTO-Streitschlichtungsgremium gegen ein von der EU verhängtes, zeitlich unbestimmtes Moratorium bei der Zulassung neuer GMO-Sorten. Über die generelle WTO-Konformität des am Vorsorge-Prinzip orientierten EU-Ansatzes traf das Streitschlichtungsgremium aber keine Aussage. Konflikte zwischen Ländern mit unterschiedlichen Umgangsweisen mit GMO könnten am nachhaltigsten durch die Einigung auf internationale Standards bei der Zulassung und Kennzeichnung von GMO-Produkten gelöst werden. Das „Cartagena Protocol on Biosafety“ stellt einen Versuch dar, solche internationalen Standards zu schaffen, der allerdings nicht die Zustimmung aller Länder findet. Alternativ könnten die WTO-Mitglieder die WTO-Regeln bezüglich des Umgangs mit GMO-Produkten spezifizieren. Ein Kompromiss, der die Interessen beider Parteien berücksichtigt, könnte so aussehen, dass GMO-Produkte und konventionelle Produkte prinzipiell als gleichartig kategorisiert werden, gleichzeitig aber konkrete Ausnahmeregeln für die Ungleichbehandlung gleichartiger Produkte aufgrund von GMO-Gehalt festgelegt werden. Die Krux dabei läge freilich in der Aushandlung der Voraussetzungen für eine solche Ungleichbehandlung, wie z.B. des Nachweises berechtigter Befürchtungen bezüglich Gefahren für Menschen, Tiere und Pflanzen.



**Das Entscheidungsverfahren der WTO** könnte in Bezug auf seine Effizienz und seine Gleichberechtigung verbessert werden. Um die Effizienz der Entscheidungsfindung zu erhöhen, wäre es möglich, ein offizielles Entscheidungsgremium mit gewählten Vertretern für verschiedene Gruppen von Mitgliedsländern einzuführen. Die zu repräsentierenden Gruppen könnten nach geographischer Nähe und/oder nach wirtschaftlichem Entwicklungsstand bestimmt werden. Ein solches Führungsgremium könnte entweder direkt bindende Entscheidungen treffen oder Kompromisse aushandeln, welche dann der Gesamtmitgliedschaft zur Abstimmung vorgelegt werden. Bei Entscheidungen, die von der Mitgliedschaft als Ganzes getroffen werden, könnte von der Konsensregel Abstand genommen und zu einer Entscheidung aufgrund von (qualifizierten) Mehrheiten übergegangen werden.

Um die Gleichberechtigung zwischen Mitgliedsländern zu erhöhen, ist es notwendig, den Entscheidungsfindungsprozess inklusiv und transparent zu gestalten sowie Ausgleichsmaßnahmen für die unterschiedliche Ausstattung mit Ressourcen zu schaffen. Die Inklusivität und Transparenz von Verhandlungsprozessen liegt derzeit weitgehend in den Händen des Generalsekretärs und der Vorsitzenden der verschiedenen WTO-Gremien. Hier könnten eine Präzisierung von Verfahrensregeln und die Einführung offizieller Vertretungsstrukturen – wie oben bereits mit Bezug zur Effizienz vorgeschlagen – helfen. Denn die inoffiziellen Zirkel kleinerer Gruppen von Mitgliedsländern können nur bekämpft werden, wenn offizielle Gremien mit begrenzter Mitgliederzahl eingeführt werden. Verhandlungen im Plenum sind schwierig. Um die Gerechtigkeit zu erhöhen, könnte bei der Einrichtung offizieller Klein-Gremien die gleichberechtigte Repräsentation aller Ländergruppen festgeschrieben werden. Zum Ausgleich der unterschiedlichen Ressourcen verschiedener Länder könnte eine finanzielle Unterstützung für die Genfer Vertretungen armer Länder gezahlt werden. Schulungen, Beratungsangebote und Recherchedienstleistungen durch das WTO-Sekretariat könnten ausgebaut oder in eine unabhängige Stiftung ausgelagert werden. Auch die Berücksichtigung der eingeschränkten personellen Kapazitäten mancher Mitglieder bei der Planung von Verhandlungsabläufen könnte verbessert werden.

# Reflexionshandreichung

Ziel der Reflexion ist es, eine Verbindung zwischen Spiel und Realität herzustellen und das Planspiel auf inhaltlicher Ebene auszuwerten. Die im Zuge des Planspiels gewonnenen Eindrücke werden in einen größeren Zusammenhang eingeordnet und von den Schülern beurteilt. Hierfür sollte ausreichend Zeit eingeplant werden, da das erworbene Wissen ansonsten situativ gebunden bleibt.

Für das hier vorliegende Planspiel schlagen wir vier aufeinander aufbauende Reflexionsphasen vor (vgl. Plessner et al. 2011). Zunächst werden die eingenommenen Rollen symbolisch abgelegt und Distanz zur Rolle aufgebaut. Dann wird das Spiel thematisch auf der Ebene des gezeigten Spiels ausgewertet. Anschließend werden Bezüge zur Realität geschaffen und schließlich verschiedene inhaltliche Themen aus einer Metaperspektive betrachtet bzw. diskutiert.

## Reflexionsfragen aus der Praxis

Im Folgenden finden Sie eine Sammlung von Fragen und Themen für die verschiedenen Phasen der Reflexion. Die Auswahl und ggf. nötige Abwandlungen sind natürlich vom jeweiligen Spielverlauf und dem Leistungsniveau der Schüler sowie den spezifischen Lernzielen abhängig.

### 1. Phase: Distanzierung von der Rolle

- Wie erging es euch während des Planspiels? Habt ihr euch in euren Rollen wohlgefühlt?
- Gab es Momente, in denen ihr euch besonders gut/schlecht gefühlt habt? Warum?
- Wie liefen die Verhandlungen ab? Wurden alle Staaten miteinbezogen?

### 2. Phase: Thematische Auswertung auf der Spielebene

- Welche Ziele wurden von euch verfolgt? Welche wurden erreicht? Welche nicht?
- Konntet ihr eure Interessen durchsetzen? Warum oder warum nicht?
- Welche Strategien wurden von euch in den Verhandlungen eingesetzt?
- Hattet ihr eine feste Position oder hat sich eure Position im Laufe des Spiels geändert? Was hat euch dazu bewogen, eure Position zu verändern?
- Seid ihr zufrieden mit den Ergebnissen? Warum (nicht)?

In der inhaltlichen Auswertung kann es zudem wertvoll sein, die verschiedenen Konfliktlinien, die sich in den unterschiedlichen Themenfeldern zwischen den Ländergruppen ergeben, offenzulegen (s. Arbeitsblatt „Konfliktlinien“). Damit lässt sich die Komplexität der Strukturen im Welthandel darstellen und eine gute Grundlage für eine Reformdiskussion legen.

### 3. Phase: Realitätsbezug

In dieser Phase wird die Spielebene verlassen und versucht, einen Bezug zur Realität zu schaffen. Hierzu können reale WTO-Beschlüsse und Dokumente herangezogen werden. Wie realistisch wurden die Rollen gespielt?

- Wie realistisch liefen die Verhandlungen ab?
- Wie realistisch ist das Ergebnis?

#### 4. Phase: Meta-Perspektive

Ausgehend von den zuvor formulierten Lernzielen liegt der Fokus der letzten Phase auf der Reflexion und Beurteilung der Welthandelsorganisation. Dabei treten die behandelten Themenfelder in den Hintergrund, weshalb von einer Bewertung einzelner Länderpositionen abgesehen wird.

Welthandel:

- Wo verlaufen die zentralen Konfliktlinien?
- Welche Ansätze zur Konfliktlösung kann es geben?
- Welche Chancen bietet die WTO?
- Welche Defizite hat die WTO?
- Wie ist die Handlungsfähigkeit der WTO zu beurteilen?
- Welche Reformen wären denkbar?

Internationale Politik:

- Wodurch wird das Verhalten der Staaten geprägt?
- Welche Rolle spielen machtpolitische Überlegungen, wirtschaftliche Beziehungen, kulturelle Verbundenheit oder innerstaatliche Gegebenheiten?

#### Methoden

Damit die Reflexionsphase gewinnbringend ist, sollte sie methodisch abwechslungsreich gestaltet werden. Neben dem klassischen Lehrer-Schüler-Gespräch hat sich dessen Verbindung mit soziometrischen Übungen (wie z.B. der Positionslinie) in der Praxis bewährt. Hierbei stellen sich die Schüler gemäß ihrer Position entlang einer gedachten Linie im Raum auf. Die Endpunkte der Positionslinie stehen für volle Zustimmung oder Ablehnung. Von wesentlicher Bedeutung ist bei dieser Methode, dass nach jeder Aufstellung mindestens ein Schüler an den beiden Extremen und aus der Mitte ihre Position gegenüber der gesamten Klasse erläutern.

Weiterhin können auch schriftliche Formen der Reflexion empfohlen werden, weil sie eine nachhaltige Fixierung des Reflexionsprozesses und der Spielergebnisse ermöglichen. In Abhängigkeit der jeweiligen Fragestellungen und Lernziele haben sich unter anderen das stille Schreibgespräch, die Zielscheibe und Kurzerörterungen als zielführend erwiesen. In der Praxis der LpB wird oft eine Kombination aus „Positionslinie“ und Kartenabfrage angewandt. Ihre Meinung zur gestellten Frage machen die Schüler mit einer Moderationskarte auf einer Positionslinie im Raum sichtbar. Auf die Karte notieren sie das zentrale Argument für die von ihnen eingenommene Position. Dadurch entsteht auf dem Boden ein Meinungspanorama, welches in der Regel gute Anknüpfungspunkte für ein Gespräch über Reformoptionen bietet.

Für ein abschließendes Feedback können Evaluationsbögen oder große Plakate genutzt werden. Auf letzteren können die Schüler notieren, was ihnen gefallen hat und was sie anders machen würden. Außerdem lassen sich Punkte sammeln, die unklar geblieben sind. Es empfiehlt sich, das Feedback mit einer Abschlussrunde zu beenden, in welcher jeder einen Satz dazu formuliert, was sie oder er aus dem Tag mitnimmt.

## Inhaltliche Auswertung des WTO-Planspiels: Konfliktlinien transparent machen

Die Schüler sollen sich nochmal in ihre Rolle als Delegierte auf der WTO-Ministerkonferenz versetzen.

Jede Delegation erhält für jede These ein Schild mit Ländernamen. Auf der untenstehenden Tabelle (auf Flipchartpapier/an der Tafel aufgezeichnet) markieren sie dann mit dem Länderschild die Position ihres Landes zu dem jeweiligen Verhandlungsthema.

Liberalisierung +++	Liberalisierung ++	Liberalisierung +	Indifferente Haltung <sup>1</sup>	Einschränkung des Handels +	Einschränkung des Handels ++	Einschränkung des Handels +++
Zollabbau auf Bananen						
Subventionsabbau für Baumwolle						
Verbraucherschutz bei gentechnisch modifizierten Organismen						

Nachdem alle Schüler die Schilder markiert haben, wird das Konfliktlinienmodell im Plenum besprochen. Mögliche Fragen (in Abhängigkeit des Lernziels):

- Wurden Positionierungen vorgenommen, die nicht den tatsächlichen Positionen entsprechen?
- Welche Erkenntnisse lassen sich an dem Modell ablesen (z.B.: Industrieländer mit teils unterschiedlichen Positionen; manche Länder stehen manchen Themen indifferent gegenüber, wenige Vetospieler können eine Reform des Welthandels verhindern)?
- Bei welchen Themen seht ihr mehr bzw. weniger Einigungspotential?
- Was sagt das Konfliktlinienmodell insgesamt über Möglichkeiten und Grenzen einer globalen Handelspolitik aus?

<sup>1</sup> Da eine indifferente Haltung in der Regel bedeutet, dass keine Veränderung des status quo (eines eingeschränkten Handels) angestrebt wird, ist die Position ‚indifferente Haltung‘ auf der Seite der Einschränkung des Handels angeordnet.

# Politische Bildung auf Social Media

News aus Politik, Landeskunde und der LpB



/lpb.bw.de



lpb.bw



@lpbbw



/user/lpbbw

lpb  
BW



Teilnehmen können alle Schüler und Schülerinnen ab 13 Jahren. Gefragt sind Fantasie und Originalität sowie die Bereitschaft, Dingen auf den Grund zu gehen und mit Menschen in Kontakt zu treten.

Alle können etwas Passendes finden, wie sie sich zu einem politischen Thema äußern wollen: auf Plakaten, über Video- oder Tonreportagen, Erörterungen, Songs, Facharbeiten, Karikaturauswertungen, Websites, Filmclips oder Comics!

**Einsendeschluss: 16. November 2018**

Zum 61. Schülerwettbewerb gibt es für betreuende Lehrer und Lehrerinnen besondere Anerkennungen und jede Schülerin und jeder Schüler erhält einen Preis.

[www.schuelerwettbewerb-bw.de](http://www.schuelerwettbewerb-bw.de)

lpb  
BW

# Literatur und Links

## Thematisch-inhaltliche Einführung

Detaillierte, allgemeine Einführung zur WTO:

- Hoekman, Bernard M.; Kostecki, M. M. (2009): *The Political Economy of the World Trading System. The WTO and Beyond*. 3rd ed. Oxford, New York, NY: Oxford University Press.

Zu den Prinzipien des Welthandelsregimes:

- Finlayson, Jock A.; Zacher, Mark A. (1981): *The GATT and the Regulation of Trade Barriers. Regime Dynamics and Functions*. In *International Organization* 35 (4), pp. 273–314.

## Zur Doha-Runde

- Wilkinson, Rorden (2006): *The WTO. Crisis and the Governance of Global Trade*. London, New York: Routledge.
- Geck, Angela (2012): *Kein Grund zur Freude. Die WTO steckt in der Sackgasse*. In *iz3w* (330), S. 6–7.
- Geck, Angela; Rother, Stefan (2014): *Erfolg nach 18 Jahren*. In *Entwicklung und Zusammenarbeit (E+Z)* (1), S. 42.
- Wilkinson, Rorden; Hannah, Erin; Scott, James (2014): *The WTO in Bali. What MC9 Means for the Doha Development Agenda and Why it Matters?* Manchester: Brooks World Poverty Institute (BWPI working papers, 194). Available online at <http://www.bwpi.manchester.ac.uk/resources/workingpapers/wp-19414/>.

## Kritik und Reformdebatten

- Jawara, Fatoumata; Kwa, Aileen (2004): *Behind the Scenes at the WTO. The Real World of International Trade Negotiations. The Lessons of Cancun*. Updated ed. London, New York: Zed Books.
- Cottier, Thomas; Elsig, Manfred (2011): *Governing the World Trade Organization. Past, present and beyond doha*. New York: Cambridge University Press.
- Our World Is Not For Sale (OWINFS) network. <http://www.ourworldisnotforsale.org/>

## Szenario

### Bananenzölle

- Josling, Timothy E.; Taylor, Timothy G. (Hrsg.)(2003): *Banana Wars. The Anatomy of a Trade Dispute*. Wollingford and Cambridge: CABI publishing.

### Baumwollsubventionen

- Heinisch, Elinor Lynn (2006): *West Africa Versus the United States on Cotton Subsidies: How, Why and What Next?* In *The Journal of Modern African Studies* 44 (02), pp. 251–274.

## VerbraucherInnenschutz zu GMOs

- Sheldon, Ian (2007): Food Principles. Regulating Genetically Modified Crops after the 2006 WTO Ruling. In: The Brown Journal of World Affairs, Jg. XIV, H. 1, S. 121-134.

## Gruppen in den Verhandlungen

- WTO: Groups in the Negotiations.  
[https://www.wto.org/english/tratop\\_e/dda\\_e/negotiating\\_groups\\_e.htm](https://www.wto.org/english/tratop_e/dda_e/negotiating_groups_e.htm)

## Prinzipien der WTO

- Finlayson, Jock A.; Zacher, Mark A. (1981): The GATT and the Regulation of Trade Barriers. Regime Dynamics and Functions. In International Organization 35 (4), pp. 273-314.

## Länderdossiers (Auswahl)

- Länderinformationen des Auswärtigen Amtes: <http://www.auswaertiges-amt.de>;
- Statistisches Bundesamt: <http://www.destatis.de>;
- Länderhefte „Informationen zur politischen Bildung“ der Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de>;
- UN Food and Agriculture Organization (FAO). <http://faostat3.fao.org/home/E> (Daten zum Anteil der ArbeitnehmerInnen, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind)
- WTO: Word Tariff Profiles. Summary Tables: Agricultural Products. [https://www.wto.org/english/tratop\\_e/tariffs\\_e/tariff\\_data\\_e.htm](https://www.wto.org/english/tratop_e/tariffs_e/tariff_data_e.htm) (Daten durchschnittlicher, angewandter Zoll im Agrarbereich)
- International Cotton Advisory Committee (ICAC). <http://www.icac.org> (Daten zu Baumwollsubventionen)
- James, Clive. 2014. Global Status of Commercialized Biotech/GM Crops: 2014. ISAAA Brief No. 49. ISAAA: Ithaca, NY. <http://www.isaaa.org/resources/publications/briefs/49/default.asp> (Länderdaten zu GMO-Produkten)
- USDA Foreign Agricultural Service (19.08.2015): GAIN Reports: [gain.fas.usda.gov](http://gain.fas.usda.gov) (Länderinformationen zu GMOs)

## Fachdidaktische Literatur

- Capaul, Roman und Ulrich, Markus. Planspiele - Simulationsspiele für Unterricht und Training, KLV Verlag, 2010.
- Frech, Siegfried, Kuhn, Hans-Werner und Massing, Peter. Methodentraining für den Politikunterricht I, Wochenschauverlag 2010.
- Plessner, Ulrich und Schirrmeister, Jörg. „Spielend lernen?! - Mit Planspielen Europakompetenz erwerben!“. In Europa in der Schule, Perspektiven eines modernen Europaunterrichts, von Siegfried Frech, Jürgen Kalb und Karl-Ulrich Templ. Wochenschauverlag, 2014.
- Petrik, Andreas und Rappenglück, Stefan. „Handbuch Planspiele in der politischen Bildung“. Wochenschauverlag, 2017.

**Ergänzende Materialien zum Planspiel (z.B. Namens- und Tischschilder, etc.) finden Sie online unter [www.planspiele.lpb-bw.de](http://www.planspiele.lpb-bw.de).**

